



Beteiligungsbericht 2014 für Geschäftsjahr 2013



Vorwort des Oberbürgermeisters

A Allgemeines

	<u>Seite</u>
1. Kommunalrechtliche Grundlagen	1
2. Rechts- und Organisationsformen	2
2.1 Öffentlich-rechtlich	2
2.1.1 Regiebetrieb	2
2.1.2 Eigenbetrieb	2
2.1.3 Zweckverband	2
2.1.4 Wasser- und Bodenverband	3
2.2 Privatrechtlich	3
2.2.1 Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	3
2.2.2 Aktiengesellschaft (AG)	3
2.2.3 Kommanditgesellschaft (KG)	3
2.2.4 Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)	4
2.2.5 Genossenschaften	4
2.2.6 Eingetragener Verein (e.V.)	4
2.2.7 Stiftung	4
3. Vertretung der Stadt in den Beteiligungsgremien	5
4. Unterrichts- und Prüfungsrechte der Kommunen	6
5. Prüfung der Jahresabschlüsse	7
5.1 Gesellschaften	7
5.2 Eigenbetriebe	7
6. Gesetzliche Regelungen - § 123 a HGO	8
6.1 Inhalte des Beteiligungsberichtes	9
6.2 Grundlagen des Unternehmens	9
6.3 Unternehmenskennzahlen	9
6.4 Verbindung zum städtischen Haushalt	9
6.5 Unternehmensverlauf und –entwicklung	9
6.6 Darstellung der Bezüge	10
7. Vermögensrechnung (Bilanz)	10



	<u>Seite</u>
B Übersichten Beteiligungsstruktur	
1. Konzernübersicht	11
2. Beteiligungsstruktur	12
3. Übersicht wirtschaftlicher Daten der wesentlichen Beteiligungen	13
C Einzeldarstellungen der Eigenbetriebe und Gesellschaften	
1. Altenzentrum Wetzlar gGmbH	14 – 19
2. Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar	20 – 27
3. Eigenbetrieb Wasserversorgung Wetzlar	28 – 33
4. Eigenbetrieb Wetzlarer Stadthallen	34 – 41
5. Enwag Energie- und Wassergesellschaft mbH	42 – 55
6. Flugplatz Gießen - Wetzlar GmbH	56 – 60
7. Gasversorgung Lahn-Dill GmbH	61 – 70
8. Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH	71 – 77
9. Lahnpark GmbH	78 – 83
10. Regio MIT GmbH	84 – 90
11. Stadtentwicklungsgesellschaft Wetzlar mbH	91 – 101
12. Werner Gimmler Wetzlarer Verkehrsbetriebe und Reisebüro GmbH	102 – 110
13. Wetzlar Arena GmbH	111 – 115
14. Wetzlarer Hof Grundstücksverwaltungs GmbH	116 – 122
15. Wetzlarer Verwaltungs- und Bewirtschaftungs GmbH	123 – 127
16. Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH	128 – 134
D Glossar	135 – 142
E Anlagen	
Rechtliche Grundlagen: Gesetzestexte	
1. Wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde §§ 121 Hessische Gemeindeordnung	143 – 149
2. §53 –54 Haushaltsgrundsätzegesetz	150
F Impressum	



Vorwort des Oberbürgermeisters



Das städtische Gemeinwesen nimmt viele verschiedene Aufgaben zur Sicherung des Gemeinwohls wahr. Auch die Eigenbetriebe der Stadt Wetzlar und verschiedene Gesellschaften sowie Vereine und Verbände tragen maßgeblich zum Erhalt und zur Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt Wetzlar bei.

Um über die Tätigkeiten des städtischen Gemeinwesens zu berichten, lege ich Ihnen den Beteiligungsbericht der Stadt Wetzlar 2014 für das Geschäftsjahr 2013 gemäß § 123 a der Hessischen Gemeindeordnung vor. In diesem Bericht sind die Unternehmensdaten der Eigenbetriebe und der wesentlichen Gesellschaften zusammengefasst dargestellt. Wie bereits im Vorjahr ist er in Zusammenarbeit einiger Ämter der Stadtverwaltung, der Eigenbetriebe der Stadt Wetzlar und den Gesellschaften entstanden.

In diesem Jahr erscheint der mittlerweile zehnte Beteiligungsbericht, er wird jedes Jahr fortgeschrieben und an die eingetretenen Änderungen angepasst. Die finanzielle Entwicklung der einzelnen Beteiligungen wurde grafisch aufbereitet und dargestellt.

Ich freue mich, Ihnen mit diesem Beteiligungsbericht 2014 für das Geschäftsjahr 2013 einen Einblick über den Umfang der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Wetzlar geben zu können und hoffe, dass er Ihre Aufmerksamkeit findet.

Wetzlar,

Dette
Oberbürgermeister



Allgemeines



1. Kommunalrechtliche Grundlagen

Nach Artikel 28 Abs. 2 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland haben die Gemeinden und Gemeindeverbände das Recht, im Rahmen der Gesetze alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft auf ihrem Gebiet in eigener Verantwortung in Selbstverwaltung zu regeln. Diese verfassungsrechtlich normierte Garantie der Selbstverwaltung räumt den Kommunen die Personalhoheit, die Finanz- und Vermögenshoheit und insbesondere auch die Organisationshoheit ein. Damit haben die Kommunen das Recht, selbst zu entscheiden, auf welche Art und Weise sie ihre vielfältigen Aufgaben der Daseinsvorsorge erfüllen wollen.

Nicht erst seit Beginn der Verwaltungsreform hat sich gezeigt, dass sich bestimmte Leistungen außerhalb der klassischen Verwaltung mit ihrer Ämterstruktur in anderen Organisationsformen effizienter erbringen lassen. Für die Entscheidung, sich zur Aufgabenerfüllung privatrechtlicher Rechtsformen zu bedienen oder sich an solchen Unternehmen zu beteiligen, sind unterschiedliche Kriterien steuerlicher, organisatorischer oder betriebswirtschaftlicher Art ausschlaggebend.

Nach § 121 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der seit 01.04.2005 geltenden Fassung dürfen sich Gemeinden wirtschaftlich betätigen, wenn

1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
3. der Zweck nicht ebensogut wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Die unter Ziffer 3. genannten Einschränkungen gelten allerdings nicht für am 01.04.2004 bereits ausgeübte Betätigungen und sind deshalb für die in diesem Bericht genannten Beteiligungen nicht maßgeblich. Weiter regelt § 122 HGO, dass eine Gemeinde eine Gesellschaft, die auf dem Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, nur gründen oder sich daran beteiligen darf, wenn

1. die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO vorliegen,
2. die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist
3. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder einem entsprechenden Überwachungsorgan erhält und
4. gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht unter bestimmten Kriterien aufgestellt und geprüft wird.



Darüber hinaus regelt § 123 a HGO, dass ein jährlicher Beteiligungsbericht vorzulegen ist.

2. Rechts- und Organisationsformen

2.1 Öffentlich-rechtlich

2.1.1 Regiebetrieb

Regiebetriebe besitzen keine eigene Rechtspersönlichkeit. Sie sind organisatorisch, rechtlich, personell und haushaltsrechtlich Bestandteil der Stadtverwaltung und haben keine eigenen Organe. Sie sind Teil der städtischen Haushaltspläne/ Haushaltswirtschaft.

2.1.2 Eigenbetrieb

Eigenbetriebe sind wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit auf Grundlage des Hessischen Eigenbetriebsgesetzes (EBG) und der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Betriebssatzung. Hinsichtlich Organisation und Wirtschaftsführung sind Eigenbetriebe auf Grundlage eigener Wirtschaftspläne und Stellenübersichten selbstständig. Finanzwirtschaftlich sind Eigenbetriebe Sondervermögen der Stadt. Mangels eigener Rechtspersönlichkeit wird die Stadt durch die Handlungen der Eigenbetriebe im Außenverhältnis selbst berechtigt und verpflichtet. Die Stadtverordnetenversammlung entscheidet auch über die Grundsätze, nach denen der Eigenbetrieb geleitet werden soll und über die Wirtschaftspläne und Jahresabschlüsse. Organe der Eigenbetriebe sind die Betriebsleitung und die Betriebskommission.

2.1.3 Zweckverband

Zweckverbände sind rechtlich selbstständige Körperschaften des öffentlichen Rechts, die der gemeinsamen Wahrnehmung bestimmter kommunaler Aufgaben dienen, zu deren Erledigung die Mitglieder berechtigt bzw. verpflichtet sind. Sie verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) und ihrer Satzung in eigener Verantwortung. Organe der Zweckverbände sind der Vorstand als Verwaltungsbehörde und die Versammlung als Beschlussgremium. Mitglieder können nur Gebietskörperschaften sein. Die Mitglieder für die Versammlung werden durch die Gemeindevertretungen gewählt.



2.1.4 Wasser- und Bodenverband

Wasser- und Bodenverbände sind den Zweckverbänden ähnliche Körperschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit. Sie verwalten sich auf Grundlage des Wasserverbandsgesetzes (WVG) und ihrer Satzung selbst. Wasser- und Bodenverbände können nur Aufgaben im Bereich der Wasser-, Abwasser- und Abfallwirtschaft, Bodenordnung und der Landwirtschaft übernehmen. Mitglieder können nicht nur Gebietskörperschaften, sondern auch andere natürliche und juristische Personen sein. Organe sind der Vorstand und die Versammlung.

2.2 Privatrechtlich

2.2.1 Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

GmbHs verfügen über eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die Gesellschafter sind mit Einlagen an dem in Geschäftsanteile zerlegten Stammkapital (mindestens 25.000 €) beteiligt, ohne persönlich für die Verbindlichkeit der Gesellschaft zu haften. Pflichtorgane der GmbH sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Bildung fakultativer (freiwilliger) Aufsichtsräte ist aufgrund § 122 Abs. 1 Nr. 3 HGO jedoch die Regel.

2.2.2 Aktiengesellschaft (AG)

Aktiengesellschaften sind Gesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit, die ein in Aktien zerlegtes Stammkapital aufweisen. Die Gesellschafter (Aktionäre) sind nur mit den von ihnen erworbenen Aktien am Grundkapital beteiligt, ohne persönlich für Verbindlichkeiten der AG zu haften. Organe der AG sind der Vorstand als verantwortliches Geschäftsführungsorgan nach Innen und Außen, der Aufsichtsrat als Kontroll- und Überwachungsorgan und die Hauptversammlung der Aktionäre als Beschlussorgan. Im Gegensatz zur GmbH sieht das Aktienrecht umfassende Regelungen und Formvorschriften vor, so dass für die individuelle Ausgestaltung wenig Raum bleibt.

2.2.3 Kommanditgesellschaft (KG)

Kommanditgesellschaften sind Personengesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit, bei denen mindestens ein Gesellschafter unbeschränkt haftet (Komplementär) und die Haftung mindestens eines weiteren Gesellschafters auf seine Kapitaleinlage beschränkt ist (Kommanditist). Der Komplementär haftet mit seinem gesamten Vermögen für die Verbindlichkeiten der KG. Gesellschafter der KG können sowohl natürliche als auch juristische Personen sein (z. B. GmbH & Co.KG).



2.2.4 Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)

Gesellschaften bürgerlichen Rechts sind auf Vertrag beruhende Personenvereinigungen mit Teilrechtsfähigkeit zur Verfolgung eines gemeinsamen Zwecks. Im Außenverhältnis sind alle Gesellschafter zur Vertretung und Geschäftsführung berechtigt und haften unbegrenzt persönlich für alle Verbindlichkeiten der Gesellschaft.

2.2.5 Genossenschaften

Genossenschaften sind rechtlich selbstständige Gesellschaften, deren Zweck darauf gerichtet ist, den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb zu fördern. Im Regelfall haften die Genossen nur in Höhe ihres Geschäftsanteils; im Statut der Genossenschaft wird geregelt, ob und in welcher Höhe die Genossen im Konkursfall zur Leistung von Nachschüssen verpflichtet sind. Organe der Genossenschaft sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Vertreterversammlung.

2.2.6 Eingetragener Verein (e. V.)

Eingetragene Vereine sind auf Mitgliedschaftsbasis beruhende freiwillige Zusammenschlüsse von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zwecks. Mit Eintragung ins Vereinsregister wird der e. V. zur rechtsfähigen juristischen Person. Die Mitglieder haften nicht für die Verbindlichkeiten des Vereins, der Verein aber für zum Schadensersatz verpflichtende Handlungen seiner Organe. Organe des e. V. sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung.

2.2.7 Stiftung

Stiftungen sind rechtsfähige Organisationen zur Verwaltung eines von einem oder mehreren Stiftern eingebrachten Vermögenswertes. Im Vordergrund steht die zweckbestimmte Verwendung der Erträge bei gleichzeitiger Erhaltung des Stiftungsvermögens. In der Stiftungsverfassung müssen Regelungen über die Organe getroffen werden. Vom Gesetz vorgeschrieben ist nur der Vorstand; in der Regel wird aber ein Überwachungsorgan (Stiftungsrat, Aufsichtsrat, Beirat oder Kuratorium) gebildet.

Rechtlich unselbständige örtliche Stiftungen werden von der Gemeinde nach den Vorschriften der §§ 120, 115 HGO verwaltet. Als einziges Organ entscheidet üblicherweise ein Stiftungsbeirat über die Verwendung der Erträge.



3. Vertretung der Stadt in den Beteiligungsgremien

Für die öffentlich-rechtlichen Organisationsformen ist die Zusammensetzung und Auswahl der Mitglieder der vorgeschriebenen Gremien in den jeweiligen Spezialgesetzen und Betriebssatzungen abschließend geregelt. Ihnen gehören Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats sowie teilweise sachkundige Einwohner und Vertreter des Personalrats an.

Für die privatrechtlichen Organisationsformen ist die Vertretung der Gemeinde in § 125 HGO geregelt:

1. Der Gemeindevorstand vertritt die Gemeinde in Gesellschaften, die der Gemeinde gehören (Eigengesellschaften) oder an denen die Gemeinde beteiligt ist. Der Bürgermeister vertritt den Gemeindevorstand kraft Amtes; er kann sich durch ein von ihm zu bestimmendes Mitglied des Gemeindevorstandes vertreten lassen. Der Gemeindevorstand kann weitere Vertreter bestellen. Alle Vertreter des Gemeindevorstands sind an die Weisungen des Gemeindevorstands gebunden, soweit nicht Vorschriften des Gesellschaftsrechts dem entgegenstehen. Vorbehaltlich entgegenstehender zwingender Rechtsvorschriften haben sie den Gemeindevorstand über alle wichtigen Angelegenheiten möglichst frühzeitig zu unterrichten und ihm auf Verlangen Auskunft zu erteilen. Die vom Gemeindevorstand bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Verlangen des Gemeindevorstands jederzeit niederzulegen.
2. Abs. 1 gilt entsprechend, wenn der Gemeinde das Recht eingeräumt ist, in den Vorstand den Aufsichtsrat oder ein gleichartiges Organ einer Gesellschaft Mitglieder zu entsenden. Der Bürgermeister oder das von ihm bestimmte Mitglied des Gemeindevorstands führt in den Gesellschaftsorganen den Vorsitz, wenn die Gesellschaft der Gemeinde gehört oder die Gemeinde an ihr mehrheitlich beteiligt ist. Die Mitgliedschaft gemeindlicher Vertreter endet mit ihrem Ausscheiden aus dem hauptamtlichen oder ehrenamtlichen Dienst der Gemeinde.

In Anwendung dieser Vorschrift bestellt der Magistrat für die Gesellschafterversammlungen von Eigengesellschaften neben dem Oberbürgermeister oder dem von ihm bestimmten Mitglied zwei weitere Mitglieder des Magistrats als Vertreter der Stadt. Bei Beteiligungsgesellschaften ist die Zahl der Magistratsvertreter vom Gesellschaftsanteil der Stadt abhängig.

Bei der Frage der Weisungsgebundenheit kollidieren Gemeinderecht und Gesellschaftsrecht. Während § 125 HGO ausdrücklich ein Weisungsrecht vorsieht, gehen GmbH-Gesetz und Aktien-Gesetz von einem weisungsfreien Mandat der Aufsichtsratsmitglieder aus. Da insoweit Bundesrecht Landesrecht bricht, ist weisungswidriges Abstimmungsverhalten im Aufsichtsrat gesellschaftsrechtlich wirksam.



Normalerweise kann ein solcher Konflikt nicht entstehen, da sich das Interesse der Stadt und der Beteiligungsgesellschaft unabhängig von der Organisationsform decken sollten. Wenn vom Magistrat bestellte Vertreter in Beteiligungsgremien dauerhaft weisungswidrig „Oppositionspolitik“ betreiben, besteht die Möglichkeit der Abberufung nach § 125 Abs. 1 Satz 6 HGO.

4. Unterrichts- und Prüfungsrechte der Kommunen

Gemeinden, die an einem privatrechtlichen Unternehmen beteiligt sind, haben gemäß den §§ 53, 54 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) i.V.m § 123 Hessische Gemeindeordnung (HGO) besondere Unterrichts- und Prüfungsrechte.

Nach § 53 Abs. 1 HGrG hat eine Gemeinde das Recht, dass das Unternehmen

1. im Rahmen der Abschlussprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung prüfen lässt;
2. die Abschlussprüfer beauftragt, in ihrem Bericht auch darzustellen
 - a) die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,
 - b) verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,
 - c) die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages;
3. ihr den Prüfbericht der Abschlussprüfer und, wenn das Unternehmen einen Konzernabschluss aufzustellen hat, auch den Prüfungsbericht der Konzernabschlussprüfer unverzüglich nach Eingang übersendet.

Voraussetzung hierfür ist aber, dass die Gemeinde mehrheitsbeteiligt ist oder ihr ein Viertel der Anteile und zusammen mit anderen Gemeinden die Mehrheit der Anteile gehören.

Nach § 54 Abs. 1 HGrG kann in der Satzung bzw. im Gesellschaftsvertrag eines Unternehmens mit Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals bestimmt werden, dass die Rechnungsprüfungsbehörde dieser Gemeinde das Recht hat, sich zur Klärung von Fragen, die bei der Betätigungsprüfung auftreten, unmittelbar zu unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einzusehen.

§ 123 HGO knüpft an die besonderen Unterrichts- und Prüfungsrechte des HGrG an und verpflichtet die Gemeinde, die ihr aufgrund des § 53 Abs. 1 HGrG zustehenden Rechte auszuüben und darauf hinzuwirken, dass ihrem Rechnungsprüfungsamt die in § 54 HGrG vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden. Auf Anregung des Hessischen Landesrechnungshofs hat die Stadt durch Ergänzung der Gesellschaftsverträge ihrer Beteiligungsgesellschaften diese Befugnisse auf die jeweils zuständigen überörtlichen Prüfungsorgane erweitert.



Für die Betätigungsprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt ist gemäß § 131 Abs. 2 Nr. 6 HGO ein Prüfauftrag des Magistrats, des Oberbürgermeisters oder der Stadtverordnetenversammlung erforderlich.

5. Prüfung der Jahresabschlüsse

5. 1 Gesellschaften

Die gesetzlichen Vertreter der Kapitalgesellschaften haben nach § 264 Handelsgesetzbuch (HGB) i.V.m. § 242 HGB für jedes Geschäftsjahr einen Jahresabschluss sowie einen Lagebericht aufzustellen.

Für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gelten die §§ 316 bis 324 HGB. Nach § 316 Abs. 1 HGB ist eine Prüfung durch einen Abschlussprüfer vorgeschrieben.

Ziel der Prüfung von Jahresabschlüssen ist die Erteilung eines formellen Bestätigungsvermerkes durch einen unabhängigen Abschlussprüfer.

Über das Ergebnis der Prüfung hat der Abschlussprüfer schriftlich zu berichten.

5.2 Eigenbetriebe

Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind nach § 27 Abs. 2 Satz 1 Eigenbetriebsgesetz (EigbG) von einem Abschlussprüfer nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches zu prüfen.

Die Bestellung des Abschlussprüfers erfolgt gem. § 5 Nr. 13 EigbG durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung.

Die Prüfung erstreckt sich auf die Buchführung, auf die Erfolgsübersicht und auf die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung; dabei ist zu untersuchen, ob zweckmäßig und wirtschaftlich verfahren wurde.

Über die Prüfung ist schriftlich zu berichten (§ 27 Abs. 2 Satz 3 EigbG).

Die Prüfungsberichte der Abschlussprüfer werden über den Magistrat der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gem. § 5 Nr. 11 EigbG i.V.m. § 27 Abs. 3 EigbG über die Verwendung des Jahresgewinnes oder die Behandlung des Jahresverlustes.

Die Eigenbetriebe unterliegen neben der Jahresabschlussprüfung auch der örtlichen Prüfung gemäß § 131 Abs. 1 Nr. 3 HGO.



Danach gehört die dauernde Überwachung der Kassen der Eigenbetriebe sowie die Vornahme der regelmäßigen und unvermuteten Kassenprüfungen zu den Pflichtaufgaben des Rechnungsprüfungsamtes.

Das Rechnungsprüfungsamt erstellt über jede Kassenprüfung einen Prüfbericht und legt ihn gemäß § 41 Abs. 1 GemKVO dem Oberbürgermeister vor.

6. Gesetzliche Regelungen - § 123 a HGO

Im Rahmen der Reform des Gemeindehaushaltsrechtes wurde der § 123 a Hessische Gemeindeordnung, der die Erstellung und der Inhalt des Beteiligungsberichtes regelt, eingeführt.

Mit Inkrafttreten dieser Vorschrift ist die Stadt Wetzlar ab dem Jahr 2005 verpflichtet einen Beteiligungsbericht vorzulegen. Dieser ist in der Stadtverordnetenversammlung in öffentlicher Sitzung zu erörtern. Der Beteiligungsbericht der Stadt Wetzlar 2014 verarbeitet die geprüften Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe und Gesellschaften des Jahres 2013.

Gemäß der gesetzlichen Vorschrift sind alle privatrechtlichen Unternehmen, bei denen die Gemeinde mindestens über den Fünften Teil der Anteile verfügt in Bericht aufzunehmen. Über die gesetzliche Vorschrift hinaus wurden die drei Eigenbetriebe und die wesentlichen mittelbaren Beteiligungen mit in den Bericht aufgenommen.

Der Gesetzgeber hat als Adressaten dieses Berichtes neben den Mitgliedern der Gremien ganz deutlich die Öffentlichkeit benannt. Es ist geregelt, dass die Einwohner in geeigneter Weise über den Bericht zu unterrichten und berechtigt sind diesen einzusehen.

Der Beteiligungsbericht der Stadt Wetzlar wird nach der Erörterung in der Stadtverordnetenversammlung öffentlich ausgelegt und auf der Homepage der Stadt unter www.wetzlar.de veröffentlicht.



6.1 . Inhalte des Beteiligungsberichtes gem. § 123 a HGO

Die Eigenbetriebe und Unternehmen, an denen die Gemeinde mindestens über den fünften Teil der Anteile verfügt, werden im Teil C des Beteiligungsberichtes einzeln dargestellt. Dies erfolgt zur besseren Vergleichbarkeit im Wesentlichen in einheitlicher Struktur, einzelne Anpassungen waren jedoch unumgänglich. Die verschiedenen gesetzlichen Forderungen gem. § 123 a HGO wurden aufgegriffen und werden wie folgt umgesetzt:

6.2 Grundlagen des Unternehmens

Dieser Punkt beinhaltet wie gesetzlich gefordert die Angaben zum Gegenstand des Unternehmens, den Beteiligungsverhältnissen, der Besetzung der Organe und den Beteiligungen des Unternehmens. Darüber hinaus wird das Vorliegen der Voraussetzungen nach § 121 HGO – öffentliche Zweckerfüllung – bestätigt.

6.3 Unternehmenskennzahlen

Die Tabelle gibt die Zahlen der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst wieder und zeigt somit die Ertragslage der Unternehmen auf. Die beiden Graphiken stellen die wirtschaftliche Entwicklung seit dem Jahr 2007 dar.

Grundlage sind die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der geprüften Jahresabschlüsse jeweils zum Jahresende. Soweit diese nicht vorliegen, werden sie umgehend als Ergänzungslieferung nachgereicht.

6.4 Verbindungen zum städtischen Haushalt

Es werden die Kapitalzuführungen und Entnahmen durch die Stadt und Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft, sowie die von der Stadt gewährten Sicherheiten und Kreditaufnahmen dargestellt. Der Stichtag für die Angaben ist der 31.12.2013.

6.5 Unternehmensverlauf und –entwicklung

Der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens und die Grundzüge des Geschäftsverlaufs werden aufgezeigt. Darüber hinaus wird die erwartete Entwicklung dargestellt. Die Aussagen beziehen sich auf den Ablauf des Jahres 2013 und zu diesem Zeitpunkt geschätzte Entwicklung 2014.



6.6 Darstellung der Bezüge

Die gesetzliche Forderung der einzelnen Angabe der Bezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates bei Unternehmen nach § 53 Haushaltsgrundsätze-gesetz fällt bei den im Beteiligungsbericht beschriebenen Unternehmen unter die Schutzklausel gem. § 286 IV Handelsgesetzbuch, so dass diese nicht genannt werden. Der Gesamtbetrag der Entschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeit der Gremien wird in den jeweiligen Einzeldarstellungen aufgeführt.

7. Vermögensrechnung (Bilanz)

Die Stadt Wetzlar erstellt zum 01.01.2009 eine Eröffnungsbilanz. Bestandteil dieser ist das Finanzanlagevermögen, das sind u.a. die Eigenbetriebe, die Beteiligungen und Genossenschaftsanteile der Stadt Wetzlar.

Die Gliederung des Finanzanlagevermögens in der Vermögensrechnung (Bilanz) und deren Bezeichnung ist in den §§ 44, 49 und 50 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) und dem Kommunalen Verwaltungskontenrahmen (KVKR, Muster 12 zur GemHVO) verbindlich vorgeschrieben.

Demnach wird nach „Verbundenen Unternehmen“ und „Beteiligungen“ unterschieden. Bei den Verbundenen Unternehmen handelt es sich um die Eigenbetriebe, die Anteile an Verbänden und Unternehmen die mehrheitlich (über 50 – 100 %) durch die Kommune bestimmt werden. Als Beteiligungen werden Anteile an Unternehmen und Verbänden bezeichnet bei denen die Stadt Wetzlar über mindestens einem Fünftel verfügt.

In der Position „Sonstige Ausleihungen/Sonstige Finanzanlagen“ werden u.a. Anteile an Unternehmen unter 20 % und Genossenschaftsanteile der Kommunen in der Vermögensrechnung (Bilanz) ausgewiesen.



Übersichten



Konzernübersicht

Anteile an verbundenen Unternehmen

- Abwasserverband Wetzlar 79,5 %
- Altenzentrum Wetzlar gGmbH 100 %
- Stadtentwicklungsgesellschaft Wetzlar mbH 100 %
- Stadtreinigung Wetzlar 100 %
- Wasserversorgung Wetzlar 100 %

Wetzlarer Stadthallen 100 %

- enwag Energie- und Wassergesellschaft mbH 50,1 %
- Gasversorgung Lahn-Dill GmbH 50 % enwag
- Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH 25,1 %
- Werner Gimmler Wetzlarer Verkehrsbetriebe und Reisebüro GmbH 100 %
- Wetzlar Arena GmbH 100 %
- Wetzlarer Hof Grundstücksverwaltung GmbH 95,59 %
- Wetzlarer Verwaltungs- und Bewirtschaftungs GmbH 51 %
- Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH 88,21 %

Beteiligungen

- Flugplatz Gießen-Wetzlar GmbH 35 %
- Lahnpark GmbH 25 %
- Zweckverband Hallenbad Waldgirmes 33 %
- Zweckverband Sparkasse Wetzlar 20 %

Sonstige Finanzanlagen

- Anteile unter 20 %**
- Kommunales Gebietsrechenzentrum – KIV in Hessen
- RegioMIT 10 %
- Rhein-Main-Verkehrsbund 3,704 %
- Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH 1,93 %
- Wasserverband Kleebach 8,98 %
- Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke 11,68 %
- Regionalmanagement Mittelhessen GmbH 5,40 %

Genossenschaften

- Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG
- Volksbank Wetzlar Weilburg eG



Beteiligungsstruktur

Stadt Wetzlar

Vermögensrechnung Stadt Wetzlar

- Eigenbetrieb Wetzlarer Stadthallen
- Eigenbetrieb Stadtreinigung
- Eigenbetrieb Wasserversorgung
- Altenzentrum Wetzlar gGmbH
- Flugplatz Gießen-Wetzlar GmbH
- Abwasserverband Wetzlar
- Zweckverband Hallenbad Waldgirmes
- Stadtentwicklungsgesellschaft Wetzlar mbH
- Regio MIT GmbH
- Regionalmanagement Mittelhessen GmbH

- Lahnpark GmbH
- Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH
- Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke
- Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH
- Kommunales Gebietsrechenzentrum – KIV in Hessen
- Wasserverband Kleebach
- Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG
- Volksbank Wetzlar Weilburg eG
- Zweckverband Sparkasse Wetzlar

Bilanz Eigenbetrieb Stadthallen

- Wetzlarer Hof Grundstücksverwaltung GmbH
- enwag Energie- und Wassergesellschaft mbH
 - Gasversorgung Lahn-Dill GmbH
- Werner Gimmmler Wetzlarer Verkehrsbetriebe und Reisebüro GmbH
- Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH
- Wetzlarer Verwaltungs- und Bewirtschaftungs GmbH
- Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH (WWG)
- Wetzlar Arena GmbH



1. Übersicht wirtschaftlicher Daten der Eigenbetriebe und Beteiligungen (mind. 20%)

Gesellschaft	Stammkapital		Anteil der Stadt		Stammkapital-anteil		Bilanzdaten 2013			G u V- Daten 2013		
			Prozent	Euro	Anlagevermögen TEuro	Eigenkapital TEuro	Bilanzsumme TEuro	Umsatzerlöse /Erträge TEuro	Personal-aufwand TEuro	Ergebnis TEuro		
Eigenbetrieb Stadtreinigung	1.300.000,00 €		100,00%	1.300.000,00 €	4.206	852	4.954	8.234	3.117	-472		
Eigenbetrieb Wasserversorgung	50.000,00 €		100,00%	50.000,00 €	0	646	923	5.553	0	-176		
Eigenbetrieb Wetzlarer Stadthallen	16.286.180,29 €		100,00%	16.286.180,29 €	50.859	28.978	52.649	680	1.048	-1.071		
Werner Gimmler Wetzlarer Verkehrsbetriebe und Reisebüro GmbH	1.354.923,50 €		100,00%	1.354.923,50 €	10.680	951	13.899	11.257	5.163	181		
Stadtentwicklungsgesellschaft Wetzlar mbH	51.129,19 €		100,00%	51.129,19 €	898	52	2.174	98	15	-37		
Wetzlar Arena GmbH	25.000,00 €		100,00%	25.000,00 €	0	18	20	0	0	-2		
Altentzentrums Wetzlar gGmbH	209.000,00 €		100,00%	209.000,00 €	2.170	1.947	2.622	4.527	3.405	-101		
Wetzlarer Hof Grundstücksverwaltung GmbH	335.816,51 €		98,96%	332.339,73 €	1.782	1.666	1.935	178	9	2		
Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH	4.800.000,00 €		88,21%	4.234.080,00 €	85.972	31.756	92.313	16.587	3.441	539		
Wetzlarer Verwaltungs- und Bewirtschaftungs GmbH	51.129,19 €		51,00%	26.075,89 €	66	251	383	1.920	741	91		
enwag Energie- und Wassergesellschaft mbH	17.000.000,00 €		50,10%	8.517.000,00 €	31.852	35.069	55.317	52.599	7.597	6.807		
Gasversorgung Lahn Dill	5.138.483,41 €		50% (enwag)	2.569.241,70 €	2.867	6.477	8.596	6.735	0	1.338		
Flugplatz Gießen - Wetzlar GmbH	76.693,78 €		35,00%	26.842,82 €	0	103	104	4	0	1		
Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH	1.533.875,64 €		25,10%	384.491,49 €	84.907	34.572	91.233	14.136	2.237	1.105		
Lahnpark GmbH	28.000,00 €		25,00%	7.000,00 €	0	24	62	24	7	-1		



Einzel- darstellungen der Eigenbetriebe und Gesellschaften



1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Gründung:

Die **Altenzentrum Wetzlar gGmbH** wurde zum 01. Januar 2005 durch Umwandlung des Eigenbetriebes Altenzentrum gegründet.

1.2 Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Altenhilfe- und Altenpflegeleistungen. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Geschäftszweck unmittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann Zweigniederlassungen errichten und sich an gleichartigen oder ähnlichen Körperschaften, die steuerbegünstigte Zwecke verfolgen, beteiligen.

1.3 Öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck besteht in der Daseinsvorsorge im Sinne einer ausreichenden und sozial verträglichen Betreuung und Pflege gebrechlicher Menschen. Das Altenzentrum Wetzlar erfüllt diesen Zweck durch ihre angebotenen Leistungen.

1.4 Stammkapital:

209.000,00 €

Stadt Wetzlar 100 %

1.5 Organe:

Gesellschafterversammlung
Aufsichtsrat
Geschäftsführung

Aufsichtsrat

Manfred Wagner	Vorsitzender, Bürgermeister
Wolfram Dette	stellv. Vorsitzender, Oberbürgermeister
Gudrun Felkl	Stadträtin
Hans Litzinger	Stadtverordneter
Dr. Fritz Teichner	Stadtverordneter
Erich Lautz	Stadtverordneter
Angelika Kunkel	Stadtverordnete
Gudrun Borchers	Stadtverordnete
Margarete Budasch – Buchheim	Betriebsrat



Geschäftsführung

Herr Dipl. Betriebswirt Harald Seipp

1.5.1. Bezüge Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat erhielt für seine Tätigkeit eine Vergütung von 869 Euro.

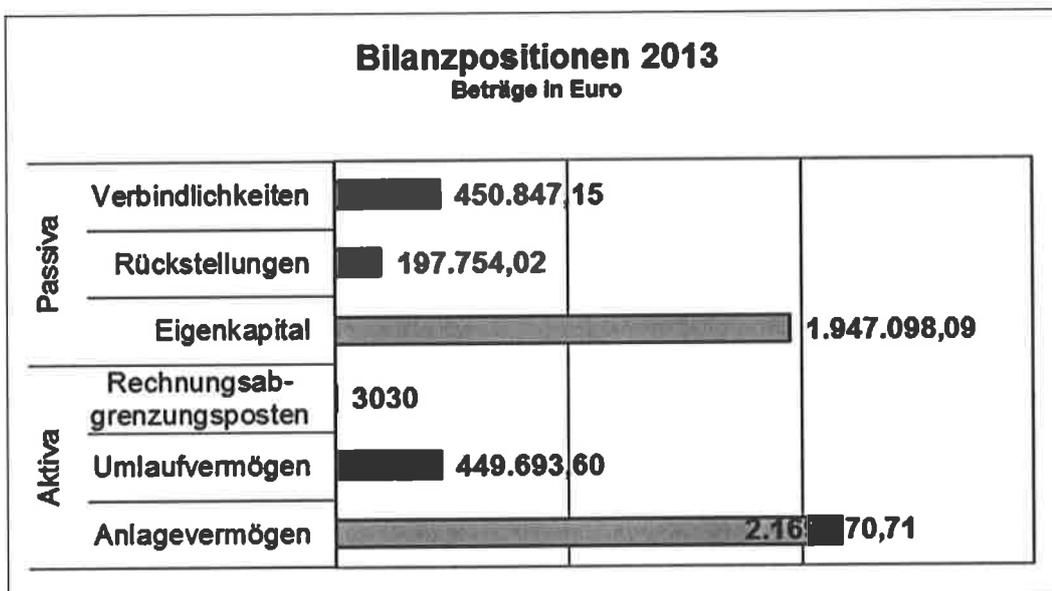
**2. Unternehmenskennzahlen**

Unternehmenskennzahlen	2013	2012	Veränderung 2012 - 2013
	Euro	Euro	Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	2.169.670,71	5.196.598,82	-3.026.928,11
Umlaufvermögen	449.693,60	478.578,83	-28.885,23
Rechnungsabgrenzungsposten	3.030,00	2.836,00	194,00
Bilanzsumme	2.622.394,31	5.678.013,65	-3.055.619,34
Passiva			
Eigenkapital	1.947.098,09	2.047.909,59	-100.811,50
<i>davon Stammkapital</i>	<i>209.000,00</i>	<i>209.000,00</i>	<i>0,00</i>
Sonderposten	0,00	448.218,95	-448.218,95
Rückstellungen	197.754,02	275.459,66	-77.705,64
Verbindlichkeiten	450.847,15	2.768.312,23	-2.317.465,08
Rechnungsabgrenzungsposten	26.695,05	138.113,22	-111.418,17
Bilanzsumme	2.622.394,31	5.678.013,65	-3.055.619,34
Gewinn- und Verlustrechnung			
Erträge	4.526.919,02	4.731.043,76	-204.124,74
sonstige betriebliche Erträge	380.299,11	238.424,32	141.874,79
sonstige Erträge	0,00	0,00	0,00
Betriebsleistung	4.907.218,13	4.969.468,08	-62.249,95
Materialaufwand	966.218,00	952.187,68	14.030,32
Personalaufwand	3.404.594,23	3.468.092,74	-63.498,51
Abschreibungen	50.682,72	236.128,35	-185.445,63
sonst. betr. Aufwendungen	636.898,87	225.784,55	411.114,32
Betriebsaufwand	5.058.393,82	4.882.193,32	176.200,50
Zinsen und ähnliche Erträge	50.947,80	0,00	50.947,80
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.728,67	46.355,25	-39.626,58
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-106.956,56	40.919,51	-147.876,07
außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
außerordentlicher Aufwand	20.496,87	0,00	20.496,87
weitere Erträge	26.641,93	5.218,03	21.423,90
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-100.811,50	46.137,54	-146.949,04

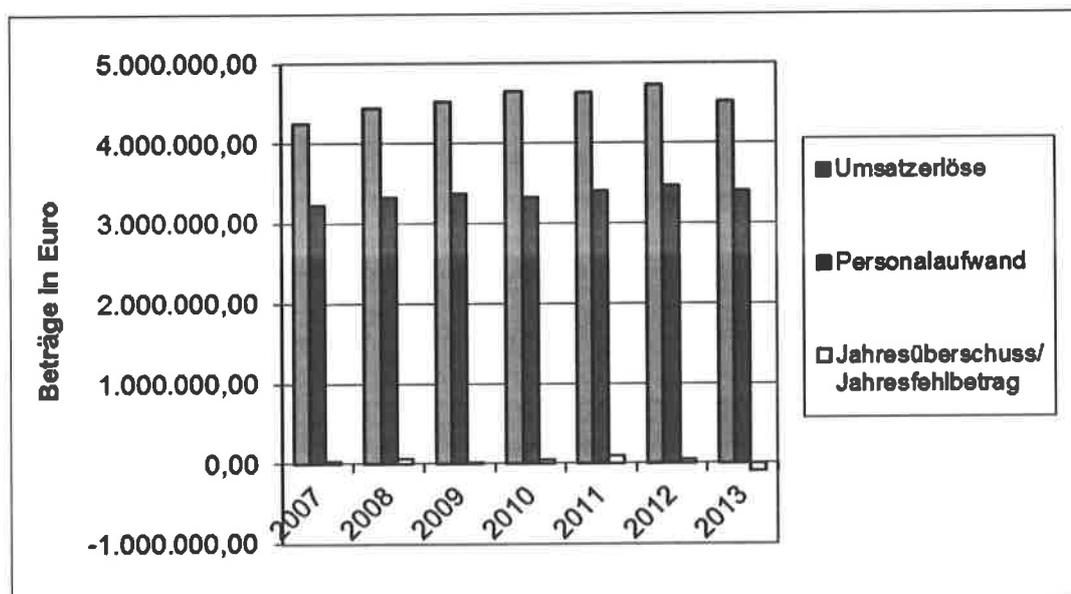


2.2 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Gewinn- und Verlustrechnung





3. Verbindung zum städtischen Haushalt im Jahr 2013:

a) Darlehen

Keine

b) Sicherheiten

Gegenüber dem Altenzentrum Wetzlar gGmbH bestehen Bürgschaften zum 31.12.2013 in Höhe von 324.559,41 €.

c) Erträge / erhaltene Zuschüsse

Die von verschiedenen städtischen Ämtern erbrachten Leistungen für die Gesellschaft wurde mit der Zahlung von Verwaltungskostenerstattungen an die Stadt abgegolten. Die Einnahmen sind in den jeweiligen Unterabschnitten des städtischen Haushalts folgender Ämter veranschlagt: Rechnungsprüfungsamt, Hauptamt, Personal- und Organisationsamt, Rechtsamt, Kämmerei und Planungs- und Hochbauamt.

d) Aufwendungen / geleistete Zuschüsse

Einzelne Ämter der Stadtverwaltung Wetzlar treten hier als Kunde auf und nehmen die angebotenen Leistungen des Unternehmens in Anspruch.

4. Unternehmensverlauf und –entwicklung 2013

Die Altenzentrum Wetzlar gemeinnützige GmbH ist im Bereich der stationären Versorgung und Pflege von Seniorinnen und Senioren tätig.

Die Gesellschaft verfügt über 149 zugelassene Plätze, wobei 6 Plätze im Rahmen der sogenannten Kurzzeit- bzw. Verhinderungspflege zur Verfügung stehen. Der Wohnbereich IV wurde im Vorjahr zu einem Lebensort für Menschen mit einer dementiellen Erkrankung nach dem anerkannten Konzept von Prof. Böhm spezialisiert.

Weiterhin wird eine Großküche als Regiebetrieb der Gesellschaft geführt. Diese beliefert im Rahmen ihrer Kapazitäten auch Pflegeheime und Tagesstätten im Umkreis.

Mit rund 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Voll- und Teilzeitkräfte) erfüllt die Gesellschaft den bestehenden Versorgungsauftrag und sorgt für die entsprechend hohe Qualität der zu erbringenden Dienstleistungen.

Diese hohe Qualität in der Versorgung wurde, wie auch im Jahr 2012, im Berichtsjahr von den zuständigen Stellen des Regierungspräsidiums, der Hess. Heimaufsicht, vor Ort überprüft. Im Berichtsjahr konnte die hohe Auslastung der vorhandenen Pflegeplätze aus dem Vorjahr nicht wieder erreicht werden. Der Umsatz aus Pflegeleistungen nahm um 180 T€ ab, im We-



sentlichen aufgrund einer niedrigeren Belegung der vorhandenen Heimplätze. Grund hierfür sind die umfangreichen Modernisierungsmaßnahmen, die eine Blockierung einiger Heimplätze während der Baumaßnahme zur Folge hat.

Zum 1. Januar 2013 wurde die Veräußerung der Immobilie Pariser Gasse 3 im Rahmen eines Erbbaurechtsvertrages an die Wetzlarer Wohnungsgesellschaft durchgeführt. Der Verkaufspreis wurde auf Basis der vorhandenen Buchwerte ermittelt und führte daher für das Unternehmen zu keinerlei Nachteilen. Ein langjähriger Mietvertrag von 25 Jahren sichert den Verbleib des Unternehmens an dem derzeitigen Standort.

Risikobericht

Bei allen Geschäftsaktivitäten der Gesellschaft sind neben Chancen auch immer die Risiken zu beobachten.

Diese Risiken sind zu minimieren, indem durch eine fortwährende Beobachtung und Analyse der wichtigsten Kennzahlen gezielt gesteuert wird, um einer negativen Entwicklung entgegenzuwirken.

Durch die bereits oben erwähnte Tatsache, dass die Immobilie zum 1. Januar 2013 an die Wetzlarer Wohnungsgesellschaft übergegangen ist, ist das Risiko durch einen hohen Investitionsbedarf in Bedrängnis zu kommen, ausgeschlossen.

Prognosebericht

Die Situation im Pflegemarkt ist derzeit nicht mehr ausgeglichen, Angebot und Nachfrage halten sich nicht mehr die Waage. Tendenziell ist festzustellen, dass in den Ferienzeiten das Angebot an Kurzzeitpflegeplätzen zu gering ist. Durch die neu hinzukommenden stationären Pflegeplätze in und um Wetzlar ist ein Überangebot entstanden. Dies wird zu Belegungsproblemen führen.

Im Falle des Altenzentrums kommt auch im kommenden Geschäftsjahr die umfassende Modernisierung im laufenden Betrieb hinzu. Diese Maßnahmen beeinflussen sowohl den Geschäftsbetrieb und die Belegungssituation.

Für 2014 rechnet die Gesellschaft mit stabilen Umsätzen und plant wegen der Umbaumaßnahmen einen Verlust in der Größenordnung des Berichtsjahres 2013 ein.

Im Geschäftsjahr 2015 wird dann noch die Umgestaltung der Außenanlage erfolgen, so dass ab 2016 eine modernisierte und zeitgemäße Einrichtung im Wettbewerb zur Verfügung steht.



1. Grundlagen des Eigenbetriebes

1.1 Gründung:

Der **Eigenbetrieb Stadtreinigung** wurde am 01. Januar 2003 gegründet.

1.2 Unternehmensgegenstand:

Zweck des Eigenbetriebes einschließlich etwaiger Hilfs- und Nebenbetriebe ist die Sicherstellung der Abfallentsorgung, der Straßenreinigung, des Winterdienstes sowie der Instandhaltung des städtischen Fuhrparks. Zur Erfüllung dieses Zweckes werden die Aufgabenbereiche des bisherigen Stadtreinigungs- und Fuhramtes der Stadt Wetzlar einschließlich ihrer Nebenbetriebe in einem Eigenbetrieb im Sinne des § 127 HGO und des § 1 EigBGes zusammengefasst und nach dessen Vorschriften und den Bestimmungen der Satzung geführt. Der Eigenbetrieb ist berechtigt, auch Leistungen außerhalb der jeweiligen Satzungen für die Abfallbeseitigung und die Straßenreinigung sowie im Fahrbahn- und Gehwegwinterdienst zu erbringen. Die Kfz-Werkstatt des Eigenbetriebes darf Wartungs- und Reparaturarbeiten an Fahrzeugen und Geräten übernehmen, die mit den betriebseigenen Fahrzeugen vergleichbar sind. Dies gilt auch für Leistungen, die außerhalb des Stadtbetriebes erbracht werden. Darüber hinaus kann der Eigenbetrieb Aufgaben in Form einer Betriebsführung übernehmen, wenn diese den Betriebszweck nicht gefährden und er hierfür eine angemessene Vergütung erhält.

Der öffentliche Zweck nach § 121 HGO wird erfüllt.

1.3 Stammkapital:

1.300.000,00 €

Stadt Wetzlar 100 %



1.4 Organe:

Betriebskommission

Die Mitglieder der dritten Betriebskommission wurden am 30.08.2011 bestellt; der Betriebskommission gehören zum 31. Dezember 2013 an:

Wolfram Dette	Oberbürgermeister
Norbert Kortlüke	Stadtrat (Vorsitzender)
Günter Schmidt	Stadtrat
Dr. Karl Ihmels	Stadtverordneter
Karl-Heinz Schäfer	Stadtverordneter
Tobias Rompf	Stadtverordneter
Karl Hedderich	Stadtverordneter
Christian Cloos	Stadtverordneter
Uwe Lang	Stadtverordneter
Dr. Barbara Greis	Stadtverordnete
Erich Lautz	Stadtverordneter
Herbert H.G. Wolf	Stadtverordneter
Reiner Lugner	Personalrat
Hans Marksteiner	Personalrat
Waldemar Kleber	Wirtschaftlich oder technisch erfahrene Person
Mürvet Öztürk	Wirtschaftlich oder technisch erfahrene Person

Betriebsleitung

Betriebsleiter: Armin Schöffner, Magistratsoberrat
stellv. Betriebsleiter: Michael Bietz, Oberamtsrat

1.5. Bezüge Betriebsleitung und -kommission:

In Ausübung des Wahlrechts nach § 286 Abs. 4 HGB wird auf die Angaben über die Aufwandsentschädigung der Betriebsleitung verzichtet.

An die Mitglieder der Betriebskommission wurden in 2013 Sitzungsgelder in Höhe von 555,00 € gezahlt.



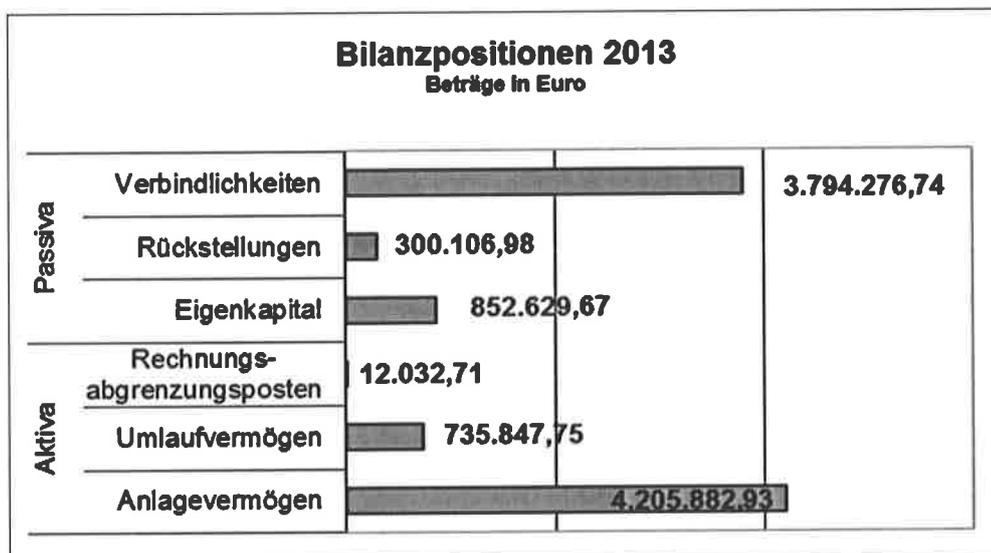
2. Unternehmenskennzahlen

Unternehmenskennzahlen	2013	2012	Veränderung 2012 - 2013
	Euro	Euro	Euro
<u>Bilanz</u>			
Aktiva			
Anlagevermögen	4.205.882,93	4.196.414,00	9.468,93
Umlaufvermögen	735.847,75	598.460,11	137.387,64
Rechnungsabgrenzungsposten	12.032,71	11.628,57	404,14
Bilanzsumme	4.953.763,39	4.806.502,68	147.260,71
Passiva			
Eigenkapital	852.629,67	1.324.775,97	-472.146,30
<i>davon Stammkapital</i>	<i>1.300.000,00</i>	<i>1.300.000,00</i>	<i>0,00</i>
Rückstellungen	300.106,98	407.171,78	-107.064,80
Verbindlichkeiten	3.794.276,74	3.068.769,93	725.506,81
Rechnungsabgrenzungsposten	6.750,00	5.785,00	965,00
Bilanzsumme	4.953.763,39	4.806.502,68	147.260,71
<u>Gewinn- und Verlustrechnung</u>			
Umsatzerlöse	8.234.447,63	8.379.267,04	-144.819,41
sonstige betriebliche Erträge	49.248,70	45.854,92	3.393,78
Betriebsleistung	8.283.696,33	8.425.121,96	-141.425,63
Materialaufwand	3.926.199,92	3.975.141,77	-48.941,85
Personalaufwand	3.116.546,05	3.075.914,48	40.631,57
Abschreibungen	554.891,45	538.045,63	16.845,82
sonst. betr. Aufwendungen	1.104.262,03	1.081.049,25	23.212,78
Betriebsaufwand	8.701.899,45	8.670.151,13	31.748,32
Zinsen und ähnliche Erträge	21.878,47	40.435,92	-18.557,45
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	65.058,88	71.778,53	-6.719,65
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-461.383,53	-276.371,78	-185.011,75
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	214,65	117,09	97,56
Sonstige Steuern	-10.977,42	-10.697,95	-279,47
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-472.146,30	-286.952,64	-185.193,66

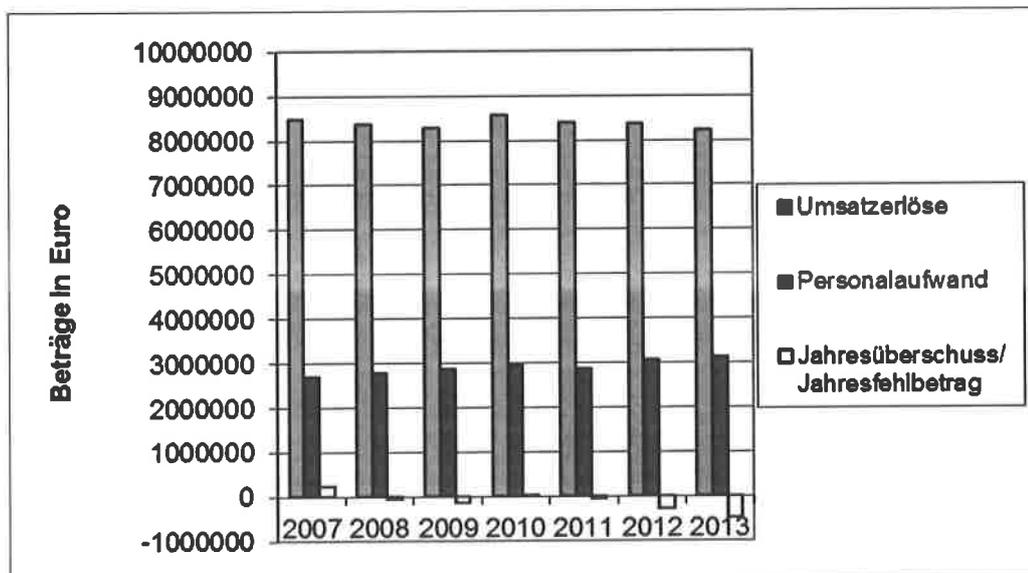


2.2 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Gewinn- und Verlustrechnung





3. Verbindung zum städtischen Haushalt im Jahr 2013:

a) Darlehen

Dem Eigenbetrieb Stadtreinigung wurde zum 31.12.2013 ein Darlehen in Höhe 1.530.167,35 € gewährt.

b) Sicherheiten

keine

c) Erträge / erhaltene Zuschüsse

Die von verschiedenen städtischen Ämtern erbrachten Leistungen für den Eigenbetrieb wurde mit der Zahlung von Verwaltungskostenerstattungen an die Stadt abgegolten. Die Erträge sind in den jeweiligen Produkten des städtischen Haushalts folgender Ämter veranschlagt: Rechnungsprüfungsamt, Stadtbetriebsamt, Tiefbauamt, Stadtbüro und Stadtteilbüros, Amt für Informationstechnik, Personal- und Organisationsamt, Rechtsamt, Kämmerei, Kassen- und Steueramt und Planungs- und Hochbauamt.

d) Aufwendungen / geleistete Zuschüsse

Die Stadtverwaltung Wetzlar nimmt Leistungen der Kfz-Werkstatt in Anspruch.

4. Unternehmensverlauf und –entwicklung 2013

1. Allgemeine Erläuterungen

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23.04.2002 wurde der Magistrat der Stadt Wetzlar mit der Schaffung der Voraussetzungen zur Umwandlung des Stadtreinigungs- und Fuhramtes in einen Eigenbetrieb beauftragt. Die zur Änderung der Rechtsform notwendige Betriebssatzung hat die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 30.10.2002 beschlossen. Mit Wirkung vom 01.01.2003 entstand somit aus dem bisherigen Stadtreinigungs- und Fuhramt der Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar.

Der Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar ist unter der Nr. HRA 6452 im Handelsregister beim Amtsgericht Wetzlar eingetragen.

2. Geschäftsverlauf

Für das elfte Wirtschaftsjahr wurde eine Umsatzprognose von 8,2 Mio. € im Nachtragserfolgsplan zugrunde gelegt. Die Erlöse konnten auch in dieser Höhe in 2013 erreicht werden.



Aus dem Wirtschaftsplan 2013 ergab sich zunächst ein Jahresfehlbetrag in Höhe von -281 T€. Im Nachtragswirtschaftsplan erfolgte eine Anpassung des Ergebnisses auf -415 T€. Die Instandsetzung eines schadhafte Presswerks am Aufbau eines Müllwagens hat neben einem gestiegenen Reparaturaufkommen an den betriebseigenen Fahrzeugen zur ausgewiesenen Erhöhung des Planansatzes geführt. Außerdem hat die geringere Inanspruchnahme von Leistungen der Werkstatt durch die Fahrzeuge des städtischen Fuhrparks einen Erlösrückgang nach sich gezogen. Auch hat der lang anhaltende Winter im ersten Quartal zu einer deutlichen Steigerung des Verbrauchs von Auftausalz und Splitt geführt, so dass Mehrausgaben zu verzeichnen waren.

Der Eigenbetrieb hat das Wirtschaftsjahr 2013 nunmehr mit einem Jahresverlust von -472.146,30 € abgeschlossen. Neben den weiterhin gestiegenen Aufwendungen für die Reparaturen der betriebseigenen Kraftfahrzeuge und den Einkauf von Winterdienstmaterial haben sich entsprechende Auswirkungen durch die Bestandsveränderungen der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe ergeben.

3. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten

Bei der Gründung des Eigenbetriebs wurde von der Stadt Wetzlar das Betriebsgrundstück in der Altenberger Straße mit aufstehenden Bauten in das Vermögen des Eigenbetriebs eingebracht. Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 14.02.2005 erfolgte zum 01.06.2004 die Zuordnung des neu errichteten Wertstoffhofs einschließlich Grundstück zum Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar.

4. Risikofrüherkennung

Ein nach dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) gefordertes Risikofrüherkennungssystem für den Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar ist gesondert eingerichtet und dokumentiert. Die Überprüfung des Risikoszenarios ergibt aufgrund mittlerweile veränderter Rahmenbedingungen und weiterer eingeleiteter Maßnahmen für den größten Betriebsbereich Abfallentsorgung keine den Fortbestand des Eigenbetriebs gefährdenden Risiken.

5. Zusammenfassung

Im Betriebsbereich **Abfallentsorgung** (hoheitlich) konnten im Vergleich zum Vorjahr die Betriebserträge um 2,2 % bzw. 131,0 T€ gesteigert werden. Gleichzeitig haben sich die betrieblichen Aufwendungen nur um 1,6 % bzw. 95,3 T€ erhöht, so dass der Bereich im Geschäftsjahr 2013 mit -252,4 T€ erneut defizitär abgeschlossen hat, jedoch um 33,2 T€ besser als im Vorjahr.

Der Betriebsbereich **Straßenreinigung und Winterdienst** (hoheitlich) hat sich hingegen deutlich negativ entwickelt. Hierzu beigetragen haben im Vergleich zum Vorjahr insbesondere der Mehrverbrauch von Salz und Sole (+87,0 T€) sowie gestiegene Personalaufwen-



dungen (+62,3 T€). Das Spartenergebnis ist mit -136,4 T€ deutlich negativ, so dass sich hieraus nach Hinzurechnung einer angemessenen Eigenkapitalverzinsung eine Entnahme aus der Rücklage für den Gebührenaussgleich ergab.

Der Geschäftsverlauf der **Kfz-Werkstatt** ist im Jahr 2013 durch einen deutlichen Rückgang der Erlöse gegenüber den städtischen Ämtern geprägt (-64,7 T€). Insbesondere im letzten Kalendermonat konnten die Umsatzerwartungen nicht erfüllt werden. Hierfür ursächlich waren der nur geringe Winterdienstesinsatz einhergehend mit reduzierten Wartungs- und Reparaturarbeiten sowie die aus betrieblicher Ertragssicht eher ungünstige Lage der Weihnachts- und Neujahrsfeiertage. Gleichzeitig konnten die betrieblichen Aufwendungen nur um 35,4 T€ gesenkt werden, so dass eine Ergebnisverschlechterung gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen ist.

Die Betriebsergebnisse der Werkstatt der Jahre 2003 bis 2013 stellen sich wie folgt dar:

Jahr	Verlust
2003	-133.241 €
2004	-175.857 €
2005	-94.998 €
2006	-94.571 €
2007	-27.928 €
2008	-62.419 €
2009	- 46.746 €
2010	- 54.077 €
2011	-96.472 €
2012	-47.454 €
2013	-74.456 €

6. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Nachdem im Zuge der Einführung eines Identsystems in der **Abfallentsorgung** inzwischen die Ausrüstung der Müllgefäße mit den erforderlichen Transpondern abgeschlossen ist, erfolgt nunmehr die Ausstattung der Entsorgungsfahrzeuge mit den fahrzeugbezogenen Komponenten und die Implementierung der Hard- und Softwarebestandteile im System des Eigenbetriebes. Nach Abgleich mit den bisherigen Veranlagungsgrundlagen werden zunächst die Abfuhrdaten über einen längeren Zeitraum erfasst und ausgewertet. Auf der Grundlage dieser Faktoren sind dann Möglichkeiten zur Erschließung weiterer Optimierungspotentiale zu entwickeln.



Im Zuge der Prüfung von Einsparpotentialen wurden auch die Auswirkungen des Leihcontainerdienstes auf den Betriebsbereich Abfallentsorgung detailliert untersucht. Hierbei zeigte sich, dass besonders das Absetzkippgeschäft eine deutlich negative Deckungsbeitragsfunktion aufweist. Es wird daher dringend erforderlich sein, hier gegensteuernde Maßnahmen zu ergreifen.

Aus den **Erfahrungen des Winterdienstverlaufes** der letzten Jahre ist erkennbar, dass die Intensität der winterlichen Witterungsbedingungen erheblichen Einfluss auf das Betriebsergebnis hat. Der nachfolgend dargestellte **Aufwand für den Streumittelverbrauch** der vergangenen Jahre zeigt deutlich die durch den Witterungsverlauf bedingten starken Schwankungen auf:

<i>Saison</i>	<i>T €</i>
2006/07	16,2
2007/08	30,5
2008/09	104,5
2009/10	98,0
2010/11	121,9
2011/12	21,5
2012/13	162,4
2013/14	22,2

Die im Herbst 2011 auf dem Betriebsgelände des Eigenbetriebs in der Altenberger Straße errichtete neue Salzhalle mit einem Fassungsvermögen von rund 1.000 t hat dazu beigetragen, dass dauerhaft ausreichend Streumaterial zur Verfügung steht, um die Verkehrssicherheit auf den Straßen und Wegen im Stadtgebiet Wetzlar sicherstellen zu können.

Weitere, den Geschäftsbetrieb maßgeblich beeinflussende Sachverhalte sind für das Geschäftsjahr 2013 und darüber hinaus derzeit nicht erkennbar.



1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Gründung:

Der Eigenbetrieb „Wasserversorgung Wetzlar“ wurde am 01. Januar 2011 gegründet.

1.2 Unternehmensgegenstand:

Die Einrichtungen zur Trinkwasserversorgung – mit Ausnahme von Einrichtungen zur Trinkwassergewinnung – werden als Eigenbetrieb nach dem Eigenbetriebsgesetz und den Bestimmungen dieser Satzung geführt. Der Eigenbetrieb ist befugt, alle Geschäfte zu führen, die seinen Betriebszweck fördern oder wirtschaftlich berühren. Er kann die Erfüllung seiner Aufgaben ganz oder teilweise auf andere Körperschaften übertragen, wenn dadurch die Versorgungssicherheit nicht beeinträchtigt wird.

1.3 Öffentlicher Zweck:

Zweck des Eigenbetriebes ist es, das Stadtgebiet mit Trinkwasser zu versorgen und das hierfür benötigte Wasser zu beschaffen.
Der Eigenbetrieb hat keine Gewinnerzielungsabsicht.

1.4 Stammkapital:

50.000,00 €

Aufteilung:

Stadt Wetzlar

100 %

1.5 Organe:

Die Mitglieder der ersten Betriebskommission wurden am 30. August 2011 bestellt; der Betriebskommission gehören zum 31. Dezember 2013 an:

Norbert Kortlüke	Stadtrat, Vorsitzender
Wolfram Dette	Oberbürgermeister, stellv. Vorsitzender
Karlheinz Kräuter	Stadtrat
Waldemar Droß	Stadtverordneter
Thomas Heyer	Stadtverordneter
Dr. Barbara Greis	Stadtverordnete
Hermann Spory	Stadtverordneter
Herbert H.G. Wolf	Stadtverordneter
Rolf-Georg Pross	Wirtschaftlich oder technisch erfahrene Person



Betriebsleitung

Betriebsleiter: Armin Schöffner
Stellv. Betriebsleiter: Stefan Kaiser

1.5.1. Bezüge Betriebskommission:

An die Mitglieder der Betriebskommission wurden in 2013 Sitzungsgelder in Höhe von 375,00 € gezahlt.

**2. Unternehmenskennzahlen**

Unternehmenskennzahlen	2013	2012	Veränderung 2012 - 2013
	Euro	Euro	Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00
Umlaufvermögen	746.890,32	836.763,08	-89.872,76
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	175.999,03	119.731,26	56.267,77
Bilanzsumme	922.889,35	956.494,34	-33.604,99
Passiva			
Eigenkapital	645.999,03	469.731,26	176.267,77
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	175.999,03	119.731,26	56.267,77
<i>davon Stammkapital</i>	<i>50.000,00</i>	<i>50.000,00</i>	<i>0,00</i>
Rückstellungen	3.850,00	2.150,00	1.700,00
Verbindlichkeiten	919.039,35	954.344,34	-35.304,99
Bilanzsumme	922.889,35	956.494,34	-33.604,99
Gewinn- und Verlustrechnung			
Umsatzerlöse	5.553.360,84	5.661.492,76	-108.131,92
sonstige betriebliche Erträge	129.712,42	121.891,55	7.820,87
Betriebsleistung	5.683.073,26	5.783.384,31	-100.311,05
Materialaufwand	5.736.730,45	5.756.787,42	-20.056,97
Personalaufwand	0,00	0,00	0,00
Abschreibungen	0,00	0,00	0,00
sonst. betr. Aufwendungen	122.589,30	152.160,06	-29.570,76
Betriebsaufwand	5.859.319,75	5.908.947,48	-49.627,73
Zinsen und ähnliche Erträge	28,88	107,34	-78,46
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	50,16	76,98	-26,82
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-176.267,77	-125.532,81	-50.734,96
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00	0,00
Sonstige Steuern	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-176.267,77	-125.532,81	-50.734,96

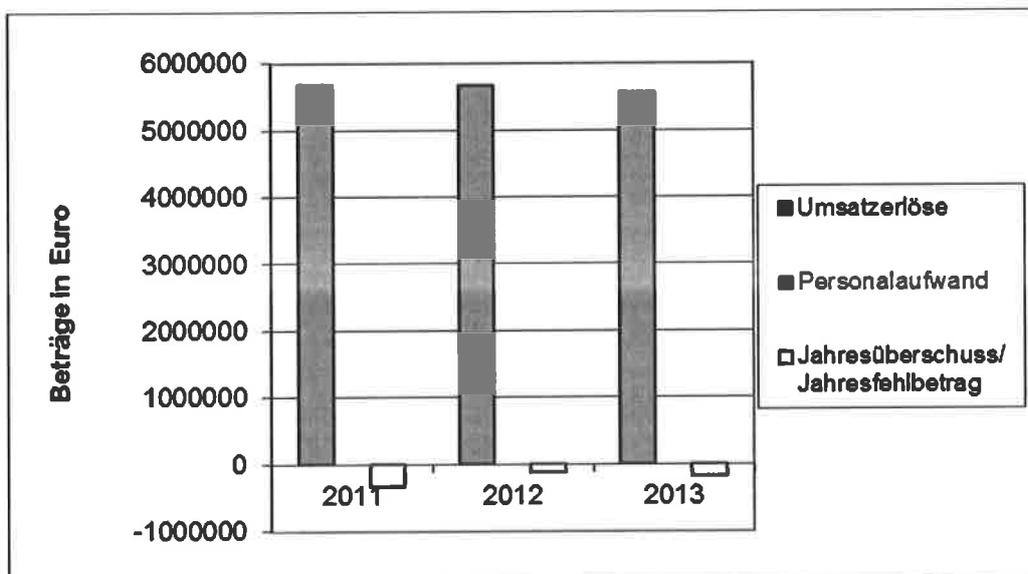


2.2 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz

		Bilanzpositionen 2013			
		Beträge in Euro			
Passiva	Verbindlichkeiten				919.039,35
	Rückstellungen	3.850,00			
	Eigenkapital	0,00			
Aktiva	vorgetragenes Defizit	175.999,03			
	Umlaufvermögen				746.890,32
	Anlagevermögen	0,00			

b) Gewinn- und Verlustrechnung





3. Verbindung zum städtischen Haushalt im Jahr 2013:

a) **Darlehen**
keine

b) **Sicherheiten**
keine

c) **Erträge / erhaltene Zuschüsse**
Die von verschiedenen städtischen Ämtern erbrachten Leistungen für den Eigenbetrieb wurde mit der Zahlung von Verwaltungskostenerstattungen an die Stadt abgegolten. Die Erträge sind in den jeweiligen Produkten des städtischen Haushalts folgender Ämter veranschlagt: Kassen- und Steueramt, Büro des Magistrats (Poststelle).

d) **Aufwendungen / geleistete Zuschüsse**
keine

e) **Kapitalzuführungen**
Die Stadt Wetzlar führt dem Eigenbetrieb Wasserversorgung im Jahr 2013 einen Betrag in Höhe von 120.000 € zur Eigenkapitalverstärkung zu. Dieser wird in der Bilanz des Eigenbetriebs in die Rücklagen aufgenommen.

4. Unternehmensverlauf- und entwicklung 2013

1. Allgemeine Erläuterungen

Der Eigenbetrieb Wasserversorgung Wetzlar ist unter der Nr. HRA 7151 im Handelsregister beim Amtsgericht Wetzlar eingetragen.

2. Geschäftsverlauf

Für das dritte Wirtschaftsjahr wurde für die betrieblichen Erträge eine Prognose in Höhe von 5.770 T€ im Erfolgsplan zugrunde gelegt. Letztendlich konnten Erträge in Höhe von 5.683 T€ in 2013 erreicht werden.

Aus dem Wirtschaftsplan 2013 ergab sich zunächst ein negatives Ergebnis in Höhe von -139 T€. Im Nachtragswirtschaftsplan erfolgte eine Anpassung des Ergebnisses auf -129 T€ aufgrund rückläufiger Mengen bei dem Wasserbezug im ersten Halbjahr.

Ein geringeres Gebührenaufkommen sowohl bei der verbrauchsabhängigen Leistungsgebühr als auch bei der zählergrößenabhängigen Grundgebühr sowie eine Bestandsbereinigung aufgrund erstmals vorliegender, stichtagsbezogener „Offen-Posten-Listen Schlussbilanz“ aus der Gebührenabrechnung für die Jahre 2012 und 2013 hat letztendlich zu einem Jahresfehlbetrag i. H. v. -176 T€ geführt.



3. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Risiken könnten sich bei sinkenden Wasserverbrauchsmengen ergeben, wenn der allgemeine Trend zum sparsameren Umgang mit Frischwasser – auch zur Einsparung von Abwassergebühren – weiter anhält. In diesem Fall würden bei der gegenwärtigen Gebühren- und Kostensituation auch zukünftig Verluste anfallen.

Daher wird für das Jahr 2015 eine Überprüfung der Gebührenkalkulation mit dem Ziel angestrebt, eine kostendeckende Gebühr zu erheben.

Den Geschäftsbetrieb maßgeblich beeinflussende Sacherhalte sind für das Geschäftsjahr 2014 und darüber hinaus derzeit nicht erkennbar.



1. Grundlagen des Eigenbetriebes

1.1 Gründung: Der **Eigenbetrieb Stadthallen** wurde 1991 gegründet.

1.2 Unternehmensgegenstand:

Zweck des Eigenbetriebes einschließlich etwaiger Hilfs- und Nebenbetriebe ist die Verwaltung und Bewirtschaftung der städtischen Gemeinschaftseinrichtungen und die Standortwerbung für Wetzlar einschließlich damit verbundener Investitionen sowie das Halten von Geschäftsanteilen, die mittelbar oder unmittelbar den Zwecken des Eigenbetriebes förderlich sind. Der Eigenbetrieb kann auch Aufgaben in Form einer Betriebsführung übernehmen, wenn diese den eigentlichen Betriebszweck nicht gefährden und der Eigenbetrieb hierfür eine angemessene Vergütung erhält.
Der öffentliche Zweck nach § 121 HGO wird erfüllt.

1.3 Stammkapital: **16.286.180,29 €**

Stadt Wetzlar 100 %

1.4 Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen:

Energie- und Wassergesellschaft mbH	50,1 %
Wetzlarer Hof Grundstücksverwaltung GmbH	95,6 %
Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH	88,2 %
Wetzlarer Verwaltungs- und Bewirtschaftungs GmbH	51 %
Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH	25,1 %
Wetzlar Arena GmbH	100 %
Werner Gimmler Verkehrsbetriebe und Reisebüro GmbH	100 %

**1.5 Organe:****Betriebskommission**

Die Mitglieder der Betriebskommission wurden am 30. August 2011 bestellt. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden die Aufgaben durch den Magistrat wahrgenommen.

Manfred Wagner	Vorsitzender, Bürgermeister
Wolfram Dette	Oberbürgermeister und Stadtkämmerer, stellv. Vorsitzender
Ruth Viehmann	Stadträtin
Martina Heil-Schön	Stadtverordnete
Udo Volck	Stadtverordneter
Günter Pohl	Stadtverordneter
Karl Hedderich	Stadtverordneter
Thomas Meißner	Stadtverordneter
Peter Hauptvogel	Stadtverordneter (bis 27.05.2013)
Dunja Boch	Stadtverordnete (ab 28.05.2013)
Thomas Heyer	Stadtverordneter
Dennis Schneiderat	Stadtverordneter
Klaus Linke	Stadtverordneter (bis 05.03.2013)
Dr. Heidi Bernauer-Münz	Stadtverordnete (ab 06.03.2013)
Matthias Karen	Vertreter des Personalrates
Karina Richter	Vertreterin des Personalrates
Waldemar Kleber	Sachkundiger Bürger
Rainer Kamara	Sachkundiger Bürger (bis 05.03.2013)
Jürgen Weigel	Sachkundiger Bürger (ab 06.03.2013)

Betriebsleitung

Herr Friedrich Rolf Hess

1.6. Bezüge Aufsichtsrat: Die Gesamtbezüge (Sitzungsgelder) der Betriebskommission in 2013 betragen 450,39 €.



2. Unternehmenskennzahlen

Unternehmenskennzahlen	2013	2012	Veränderung 2012 - 2013
	Euro	Euro	Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	50.859.515,87	51.909.898,20	-1.050.382,33
Umlaufvermögen	1.783.413,80	1.043.992,03	739.421,77
Rechnungsabgrenzungsposten	6.258,84	1.132,63	5.126,21
Bilanzsumme	52.649.188,51	52.955.022,86	-305.834,35
Passiva			
Eigenkapital	28.978.259,84	30.049.339,24	-1.071.079,40
<i>davon Stammkapital</i>	<i>16.286.180,29</i>	<i>16.286.180,29</i>	<i>0,00</i>
Sonderposten für Investitionszuschüsse	6.474.120,54	5.166.410,00	1.307.710,54
Rückstellungen	158.213,25	167.852,00	-9.638,75
Verbindlichkeiten	17.038.594,88	17.571.421,62	-532.826,74
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	52.649.188,51	52.955.022,86	-305.834,35
Gewinn- und Verlustrechnung			
Umsatzerlöse	679.695,60	684.163,10	-4.467,50
sonstige betriebliche Erträge	306.745,06	300.403,16	6.341,90
sonstige Erträge	0,00	0,00	0,00
Betriebsleistung	986.440,66	984.566,26	1.874,40
Materialaufwand	1.319.759,12	1.238.041,88	81.717,24
Personalaufwand	1.048.221,85	1.066.771,58	-18.549,73
Abschreibungen	1.187.467,00	1.539.406,88	-351.939,88
sonst. betr. Aufwendungen	380.605,91	385.194,18	-4.588,27
Betriebsaufwand	3.936.053,88	4.229.414,52	-293.360,64
Zinsen und ähnliche Erträge	96,01	22.362,61	-22.266,60
Erträge aus Beteiligungen	2.309.260,00	2.209.060,00	100.200,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	346.978,26	331.710,08	15.268,18
Abschreibungen auf Finanzanlagen	1.343,54	1.121,00	222,54
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-988.579,01	-1.346.256,73	357.900,26
Steuern	82.500,39	87.481,08	-4.980,69
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-1.071.079,40	-1.433.737,81	362.880,95

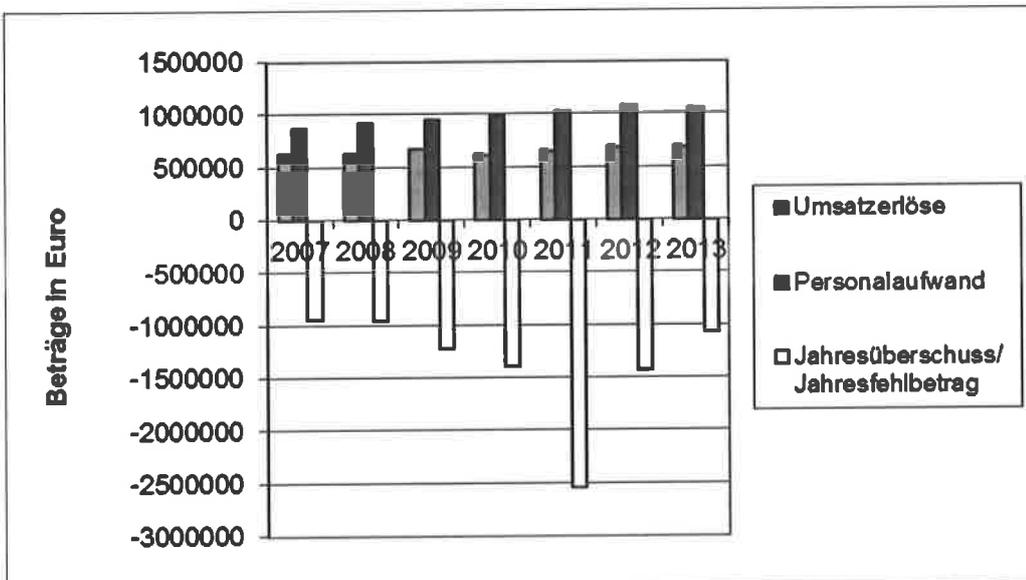


2.2 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz

Bilanzpositionen 2013		Beträge in Euro	
Passiva	Verbindlichkeiten	17.038.594,88	
	Rückstellungen	158.213,25	
	Eigenkapital	28.978.259,84	
Aktiva	Rechnungsabgrenzungsposten	6.258,84	
	Umlaufvermögen	1.783.413,80	
	Anlagevermögen	50.859.515,87	

b) Gewinn- und Verlustrechnung





3. Verbindung zum städtischen Haushalt im Jahr 2013:

a) Darlehen

keine

b) Sicherheiten

keine

c) Erträge / erhaltene Zuschüsse

Die von verschiedenen städtischen Ämtern erbrachten Leistungen für den Eigenbetrieb wurden mit der Zahlung von Verwaltungskostenerstattungen an die Stadt abgegolten. Die Erträge sind in den jeweiligen Produkten des städtischen Haushalts folgender Ämter veranschlagt: Rechnungsprüfungsamt, Amt für Informationstechnik, Rechtsamt, Stadtteilbüros Münchholzhausen und Naunheim, Personalamt und Büro des Magistrats (Post-, Fahr- und Botendienste).

d) Aufwendungen / geleistete Zuschüsse

Einzelne Ämter der Stadtverwaltung Wetzlar mieten bei Bedarf Räumlichkeiten, Veranstaltungsorte u. ä. an.

4. Unternehmensverlauf und –entwicklung 2013

A. Überblick über den Geschäftsverlauf

I. Beschreibung der Geschäftstätigkeit

Der Eigenbetrieb wurde mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 19. November 1990 zum 1. Januar 1991 gegründet. Art und Umfang der Geschäftstätigkeit sind in der Betriebssatzung vom 13. November 1990, zuletzt geändert zum 30. März 1995, geregelt. Die satzungsgemäße Aufgabe besteht in der Verwaltung und Bewirtschaftung der städtischen Gemeinschaftseinrichtungen sowie in der Standortwerbung für die Stadt Wetzlar. Hiermit verbunden ist die Durchführung von Investitionen in die vorgenannten Einrichtungen. Weiterhin sind dem Eigenbetrieb wesentliche Geschäftsanteile städtischer Beteiligungen zur Stärkung der Eigenkapitalbasis sowie der Finanz- und Ertragslage zugeordnet.

Dem Eigenbetrieb sind folgende Einrichtungen und Aufgabengebiete zugeordnet:

- Rittal-Arena Wetzlar
- Stadthalle Wetzlar mit Tiefgarage
- Stadthaus am Dom mit Tiefgarage
- Bürgerhaus Nauborn
- Saalbau Niedergirmes



- Bürgerhaus Steindorf
- Bürgerhaus Münchholzhausen
- Sport- und Kulturhalle Naunheim
- Bürgerhaus Büblingshausen, Gaststätte, Büroräume
- Festspielanlage Rosengärtchen
- Fest- und Parkplatz Finsterloh
- Fest- und Parkplatz Bachweide
- Saal Aula, Arnsburger Gasse
- Tourist-Information
- City-Bus

B. Darstellung der Lage des Eigenbetriebes

Im Bereich der Vermietung der Stadthalle Wetzlar wird die Vermarktung im Kongressbereich weiterhin verstärkt. Mit der Initiative WETZLAR KONGRESS wird in Zusammenarbeit mit Hotels und der Rittal-Arena die Stadt Wetzlar als Kongress- und Tagungsort präsentiert und weiter entwickelt.

Die Tourist-Information wirbt für die Stadt Wetzlar in Sparten des Städtetourismus. Als Service werden für die Tagungs- und Kongressteilnehmer individuelle Rahmenprogramme durchgeführt, die über die herkömmlichen Angebote von Stadtführungen hinausgehen.

I. Finanzlage

Im gesamten Geschäftsjahr 2013 war die Liquidität des Eigenbetriebs sichergestellt. Ausstehende Steuerforderungen wurden durch Liquiditätshilfen überbrückt. Einschließlich der regelmäßig wiederkehrenden Einnahmen konnte der Eigenbetrieb alle anfallenden Verpflichtungen stets zum Fälligkeitszeitpunkt erfüllen.

II. Ertragslage

Der Gesamtumsatz (T€ 986) ist gegenüber dem Vorjahr (T€ 985) leicht gestiegen. Der Materialaufwand inkl. der Instandhaltungen erhöhte sich um T€ 81. Gründe dafür liegen in Erhöhungen der Instandhaltungen sowie bei den Energiekosten (Energiepreise/Verbräuche).

Die Personalkosten sanken gegenüber dem Vorjahr um T€ 19. Die Abschreibungen verringerten sich gegenüber dem Vorjahr von T€ 1.539 (Vj. 2012) auf T€ 1.187. Grund für die Höhe der Abschreibung in 2012 war eine Sonderabschreibung in Höhe von 295 T€. Der Jahresfehlbedarf hat sich um T€ 363 von T€ 1.434 im Vorjahr auf T€ 1.071 in 2013 verringert.



C. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

I. Voraussichtliche Entwicklung

Für das Jahr 2014 geht der Eigenbetrieb bei vergleichbaren Rahmenbedingungen wie im abgelaufenen Geschäftsjahr von einer ähnlichen Entwicklung der Belegung der Stadthalle sowie der anderen Veranstaltungsorte aus. Durch eine starke Bewerbung als Kongress- und Tagungsstandort ist der Eigenbetrieb bestrebt, durch diese Veranstaltungen eine stärkere Auslastung der Stadthalle Wetzlar sowie eine gesamtstädtische positive Auswirkung für Hotels, Gastronomie und Einzelhandel zu erzielen.

Die Rittal Arena ist durch eine 1-jährige Vertragsverlängerung bis zum 31.12.2015 an die Gegenbauer Location Management & Services GmbH verpachtet.

Der Saalbau Niedergirmes ist auf Grund und Boden der Gebr. Waldschmidt GmbH & Co. KG gebaut. Seit Januar 2008 läuft über das Vermögen der Gebr. Waldschmidt das Insolvenzverfahren. Aller Voraussicht nach wird der Insolvenzverwalter den gesamten Gebäudekomplex im September 2014 verkaufen. Der Saal steht deshalb für Vermietungen an Vereine oder Bürger über den Eigenbetrieb nicht mehr zur Verfügung.

Für Bauten auf fremden Grundstück (Saalbau Niedergirmes) wird es in 2014 eine Sonderabschreibung in Höhe von T€ 125 beim Eigenbetrieb geben.

D. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Planungen basieren auf dem Niveau der gegenwärtigen Gewinnausschüttungen der enwag mbH, der WWG und der WVVB. Sie dienen weitgehend zur Abdeckung des betrieblichen Defizits sowie der Sicherstellung einer stabilen Finanzlage.

Nach eigenem Kenntnisstand wird davon ausgegangen, dass sich die bestehende Verlustsituation in den nächsten Jahren aufgrund der stetigen Kosten für Abschreibungen, Zinsen und Personal nicht verringern wird. Die Erhöhung der Benutzungstarife ab 01.01.2011 wird die Verlustsituation des Eigenbetriebs nur geringfügig verbessern.

Eine Entscheidung über das weitere Vorgehen im Zusammenhang mit dem Stadthaus am Dom wird in der Eigentümergemeinschaft beschlossen. In diesem Zusammenhang wird auch der Eigenbetrieb über die Umsetzung der brandschutztechnischen und statischen Auflagen für die Säle des Stadthauses entscheiden.

Mit Schreiben vom 22.04.2013 teilte das Finanzamt mit, das beabsichtigt ist, von den Steuererklärungen ab 2008 hinsichtlich der Behandlung des Bereichs „Rittal-Arena“ abzuweichen. Dieser Bereich soll als nicht i. S. v. § 8 VII KStG begünstigtes Dauerverlustgeschäft behandelt werden und würde in Höhe seiner Verluste somit eine verdeckte Gewinnausschüttung an die Stadt Wetzlar darstellen. Dies hätte zur Folge, dass hierauf Kapitalertragssteuer entsteht.



Für die Bereiche 2008 – 2011 hat das Finanzamt Gießen die Körperschaftssteuer im Bescheid vom 16.06.2014 wie veranlagt beschieden. Eine entsprechende Erstattung in Höhe von 363 T€ inkl. 23 T€ Zinsen wurde am 20.06.2014 überwiesen.

Für die Bereiche ab 2012 konnte noch keine abschließende Beurteilung mit dem Finanzamt erzielt werden.



1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Gründung: Die **Energie- und Wassergesellschaft mbH** wurde durch den Gesellschaftsvertrag vom 03. Dezember 1987 gegründet.

1.2 Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist die öffentliche Versorgung mit elektrischer Energie, Gas und Wasser sowie die Versorgung mit Wärme. Die Stadt Wetzlar kann der Gesellschaft weitere Aufgaben übertragen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten, pachten oder verpachten sowie Unternehmens- und Interessengemeinschaftsverträge schließen.

1.3 Öffentlicher Zweck Der öffentliche Zweck besteht in der Sicherstellung der Energieversorgung. Mit der Betreibung des Versorgungsnetzes und der Belieferung der Kunden mit Strom, Gas- und Wasser wird der öffentliche Zweck erfüllt.

1.4 Stammkapital: 17.000.000,00 €

<u>Aufteilung:</u>	Stadt Wetzlar	50,1 %
	Thüga AG München	49,9 %

1.5 Beteiligungen: 50 % an der Gasversorgung Lahn-Dill GmbH, Wetzlar

1.6 Organe: Gesellschafterversammlung

Wolfram Dette	Oberbürgermeister und Stadtkämmerer, Vorsitzender
Dr. Gerhard Holtmeier	Vorstandsmitglied der Thüga AG, München



Aufsichtsrat

Wolfram Dette	Oberbürgermeister und Stadtkämmerer Vorsitzender
Dr. Gerhard Holtmeier	Vorstandsmitglied Thüga Stellv. Vorsitzender
Dr. Anton Binder	Thüga AG, München (bis 31.12.2013)
Klaus Breidsprecher	Stadtverordneter
Dr. Matthias Büger	Stadtverordneter
Carl-Peter Greis	Bauassessor
Dr. Karl Ihmels	Stadtverordneter
Karl-Heinz Kinkler	Kauf. Angestellter
Eberhard Bodo Klee	Betriebsrat
Jörg Kratkey	Stadtverordneter (bis 11.03.2013)
Helmut Lattermann	Rechtsanwalt
Christa Lefèvre	Stadtverordnete
Dr. Christian Liebl	(ab 01.01.2013)
Jürgen Löhr	Betriebsrat
Bernhard Noack	Elektromeister
Mürvet Öztürk	(ab 29.05.2013)
Günter Pohl	Rechtsanwalt (ab 17.05.2013)
Klaus Tschakert	Stadtverordneter
Dr. Christof Schulte	Vorstandsmitglied der Thüga AG, München

Geschäftsführung

Dipl.- Volkswirt Wolfgang Schuch
Dipl.- Ingenieur Detlef Stein

1.6.1. Bezüge Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat erhielt für seine Tätigkeit eine Vergütung von 9.360,00 EUR.



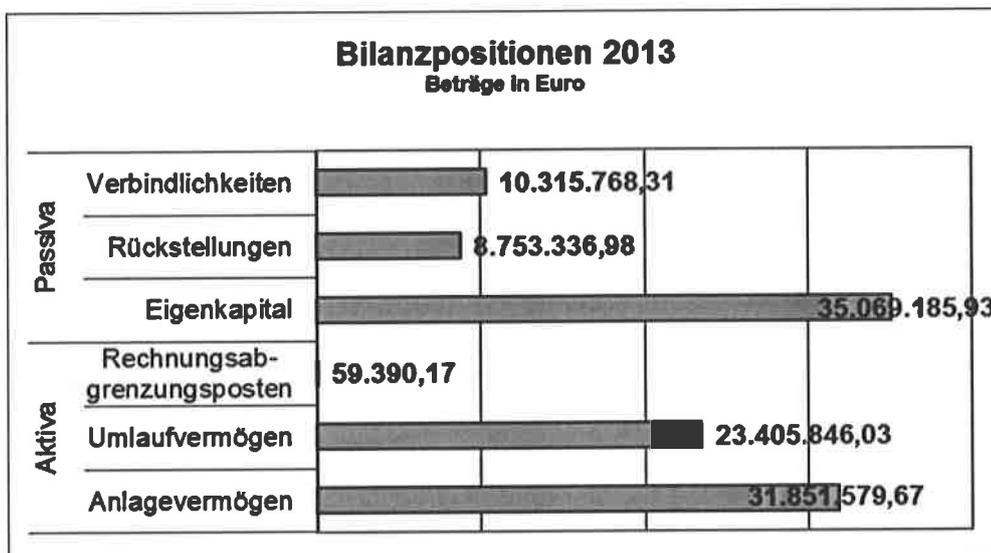
2. Unternehmenskennzahlen

Unternehmenskennzahlen	2013	2012	Veränderung 2012 - 2013
			Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	31.851.579,67	33.045.747,82	-1.194.168,15
Umlaufvermögen	23.405.846,03	20.189.874,65	3.215.971,38
Rechnungsabgrenzungsposten	59.390,17	48.733,54	10.656,63
Bilanzsumme	55.316.815,87	53.284.356,01	2.032.459,86
Passiva			
Eigenkapital	35.069.185,93	32.461.549,67	2.607.636,26
<i>davon Stammkapital</i>	<i>17.000.000,00</i>	<i>17.000.000,00</i>	<i>0,00</i>
empfangene Ertragszuschüsse	1.178.524,65	1.473.656,14	-295.131,49
Rückstellungen	8.753.336,98	8.817.163,75	-63.826,77
Verbindlichkeiten	10.315.768,31	10.531.852,05	-216.083,74
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	134,40	-134,40
Bilanzsumme	55.316.815,87	53.284.356,01	2.032.459,86
Gewinn- und Verlustrechnung			
Umsatzerlöse (ohne Stromsteuer + Erdgsteuer)	52.598.732,29	51.864.794,24	733.938,05
sonstige betriebliche Erträge	7.416.876,74	7.121.665,41	295.211,33
Andere aktivierte Eigenleistungen	483.223,83	362.100,17	438.726,72
Betriebsleistung	60.498.832,86	59.348.559,82	1.150.273,04
Materialaufwand + Fremdleistungen	37.089.813,35	35.374.504,82	1.715.308,53
Personalaufwand	7.596.947,31	7.418.231,41	178.715,90
Abschreibungen	2.939.976,02	3.092.530,95	-152.554,93
sonst. betr. Aufwendungen	4.330.491,93	5.657.850,71	-1.327.358,78
Betriebsaufwand	51.957.228,61	51.543.117,89	414.110,72
Zinsen und ähnliche Erträge (inkl. Beteiligungsertr.)	976.126,03	764.854,18	211.271,85
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	380.102,38	385.808,66	-5.706,28
außerordentliche Erträge		0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.137.627,90	8.184.487,45	953.140,45
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00
Steuern	2.329.991,64	2.325.313,26	4.678,38
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	6.807.636,26	5.859.174,19	948.462,07
Gewinnvortrag			0,00
Bilanzgewinn	6.807.636,26	5.859.174,19	948.462,07

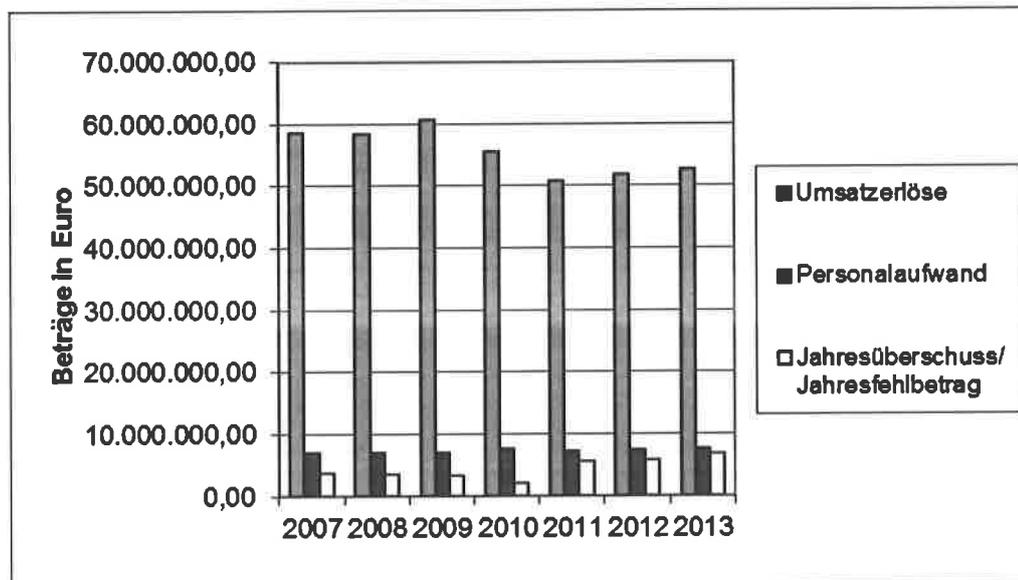


2.2 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Gewinn- und Verlustrechnung





3. Verbindung zum städtischen Haushalt und Wirtschaftplan des Eigenbetriebes Stadthallen Wetzlar im Jahr 2013:

a) Darlehen

Der enwag wurde gemäß des Einbringungsvertrages aus dem Jahr 1987 ein Darlehen zum Stand 31.12.2013 von 130.521,12 € gewährt.

b) Sicherheiten

Gegenüber der enwag bestehen zum 31.12.2013 Bürgschaftsverpflichtungen der Stadt Wetzlar in Höhe von 2.752.002,76 € aus verschiedenen Bürgschaften.

c) Erträge / erhaltene Zuschüsse

Die Konzessionsabgabe wird aufgrund der Strom-, Wasser und Gas-Konzessionsverträge gewährt. Die Abgabe für das Jahr 2013 betrug 2.621.227,83 €.

d) Aufwendungen / geleistete Zuschüsse

Einzelne Ämter der Stadtverwaltung Wetzlar treten hier als Kunde auf und nehmen die angebotenen Leistungen der Gesellschaft in Anspruch.

4. Unternehmensverlauf und –entwicklung 2013

Die deutsche Wirtschaft setzte in 2013 ihren moderaten Wachstumskurs fort. Die gesamtwirtschaftliche Leistung stieg, getragen von einer guten Binnenkonjunktur, um 0,4 %. Dieses eher bescheidene Wachstum ging erfreulicherweise mit einer Beschäftigung auf Rekordniveau einher.

Der Primärenergieverbrauch stieg um 2,6 %. Temperaturbereinigt erhöhte sich der Primärenergiebedarf um lediglich 1 %. Ursächlich hierfür war die kühle Witterung in der ersten Jahreshälfte, die den Bedarf an Energie für die Wärmeerzeugung trieb. In 2013 erhöhte sich folglich der Erdgasverbrauch bei wiederum sinkendem Bedarf für die Stromerzeugung um 6,7 %. Der Erdgasanteil am Primärenergiebedarf stieg auf 22,5 %. Dabei steuerte allein die heimische Erdgasförderung doppelt so viel Energie bei wie die gesamte Windkraftherzeugung, was die Bedeutung des Energieträgers Erdgas für die nationale Versorgung unterstreicht.

Im Unterschied zum Primärenergieverbrauch ist der Stromverbrauch erneut gesunken; mit rund 600 Mrd. kWh war er im Jahr 2013 um 1,1 % geringer als im Vorjahr. Die gesamtwirtschaftliche Stromproduktivität, die sich in den letzten Jahren um rund 1 % verbessert hatte, nahm 2013 mit 1,6 % deutlich zu. Bei der Stromerzeugung blieb die Braunkohle mit einem Anteil von 25,5 % wichtigster Energieträger. Einen deutlichen Anteilsgewinn konnten die Erneuerbaren Energien mit knapp 25,5 % nach 22,8 % im Vorjahr verzeichnen. Da der Anteil an



emissionshaltigen und emissionsfreien Energieträgern wegen des Rückganges der Kernenergie und der geringeren Erdgasverstromung im Mittel unverändert blieb, stiegen die energiebedingten CO₂-Emissionen, ähnlich wie der Primärenergieverbrauch, um etwa 2,5 % oder 20 Mio. t CO₂.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft ist nur bedingt an die Veränderung des Bruttozialproduktes bzw. die Beschäftigung gebunden. Hier stehen letztlich die regulatorischen Vorgaben, die wettbewerbliche Intensität auf dem Energievertriebsmarkt und natürlich der Energiebedarf der Kunden als wesentliche Ergebnistreiber im Vordergrund.

2013 war für enwag ein erfolgreiches Jahr. Die Ergebnisprognose, welche wegen der schwierigen Markt- und Wettbewerbslage einen Rückgang gegenüber dem vergleichsweise sehr guten Vorjahr berücksichtigte, wurde übertroffen und eine nochmalige Ergebnissteigerung erzielt.

In der Stromversorgung folgte der Energiebedarf dem Bundestrend. Der Strominput im Netz verminderte sich auf 231,6 Mio. kWh. Es herrscht anhaltend scharfer Preiswettbewerb in allen Marktsegmenten. Besonders jedoch im Bereich der Großkunden haben margenfreie Konkurrenzangebote zu weiteren Kundenverlusten geführt. Zusammen mit einem überproportionalen Verbrauchsrückgang bei den Vertriebskunden führte dies zu einem Rückgang des Marktanteiles im Netzgebiet auf 56 %. Um dem Absatzrückgang entgegenzuwirken, wurden die Vertriebsaktivitäten außerhalb des Netzgebietes intensiviert und dabei Jahreskundenmengen von gut 2 Mio. kWh erzielen können. Dieser Erfolg reicht aber nicht aus, um die Absatzmengen zu stabilisieren. In 2013 endete für den Netzbetrieb die erste Anreizregulierungsperiode. Die im Laufe der Regulierungsperiode für den Netzbetrieb sukzessive gesenkten Entgelte haben das Netzergebnis nochmals belastet.

Den Gasversorgern hat der kalte und lang andauernde Winter 2012/2013 zu guten Absatzbedingungen verholfen. Im Netzgebiet stiegen die Erdgasmengen um 5 % auf 539,7 Mio. kWh.

Neben den positiven Temperatureinflüssen setzte sich im Berichtsjahr der erfreuliche Trend beim Neuanschluss von Kunden an das Erdgasnetz fort. Bereits im vierten Jahr in Folge wuchs die Zahl der Neuanschlüsse. In 2013 entschieden sich trotz des bereits bestehenden hohen Verdichtungsgrades weitere 56 Kunden für eine Erdgasversorgung. Dies ist der höchste Zuwachs seit 2006.

Die erkennbar gute Akzeptanz des Energieträgers Erdgas und der damit verbundenen Anwendertechnik zeigt, dass Erdgas eine zukunftssträchtige Energieart ist, deren Potenzial in der Energiewende längst nicht ausgeschöpft ist. Dies gilt umso mehr, als die Energiewende in der öffentlichen Diskussion stromfokussiert ist und das große Klimaschutzpotenzial im Wärmemarkt weitgehend unbeachtet bleibt. Mit den gegenüber anderen Heizsystemen geringsten CO₂-Vermeidungskosten, einer ebenso effizienten wie zuverlässigen Anwendertechnik und attraktiven Preisen sieht die Gesellschaft für eine Erdgasversorgung auch künftig hervorragende Marktchancen.

Im Geschäftsbereich Dienstleistungen steht unverändert der Bau und Betrieb der öffentlichen Wasserversorgung gewidmeten Wasserversorgungsanlagen nach den Vorgaben der Stadt Wetzlar im Mittelpunkt. Die hier im Rahmen eines Pacht- und Betriebsführungsvertrages



erbrachten Leistungen werden von der Gesellschaft zu gegenüber dem Vorjahr unveränderten Konditionen abgerechnet. Mit einem Vergleich konnte die enwag die seit vielen Jahren andauernden Auseinandersetzungen mit der Hessischen Kartellbehörde über die Angemessenheit unserer bis 31. Dezember 2010 berechneten Wasserentgelte beenden. Teile der an einer strittigen Weiterführung des Verfahrens orientierten bilanzierten Risikovorsorge waren somit aufzulösen und haben das Ergebnis getrieben.

Zum verbesserten Ergebnis haben die Geschäftsbereiche wie folgt beigetragen:

	Jahresüberschuss	
	2013 TEUR	2012 TEUR
Stromversorgung	2.109	2.167
Gasversorgung	3.878	3.388
Dienstleistungen	821	304
Zusammen:	6.808	5.859

Stromversorgung

In der Stromversorgung konnte das Vorjahresergebnis zwar nicht mehr erreicht werden, es liegt aber über den Erwartungen.

Für den Stromvertrieb bedeutete der Verlust an Marktanteilen eine Reduktion der Absatzmengen von 137,6 Mio. kWh auf 128,8 Mio. kWh.

Aufgrund der Beschaffungsstrategie konnte die Gesellschaft die Bezugskosten auf einem Niveau halten, welches unter Einbeziehung der übrigen Vertriebskostenentwicklung stabile Preise zum Jahresbeginn erlaubt hätte. Allerdings verhinderten die staatlich verursachten Strompreisbestandteile, insbesondere die zur Finanzierung des Ausbaus Erneuerbarer Energie erhobene Umlage, die wünschenswerte Preisstabilität. Ausschließlich diese von der enwag nicht zu beeinflussenden Kostensteigerungen mussten zum 1. Januar 2013 mit insgesamt 2,42 Cent/kWh an die Jahreskunden weitergegeben werden. Diese Preiserhöhung ist wesentlicher Grund für die trotz Mengenrückgang gestiegenen Umsatzerlöse. Sie stiegen von 23.157 T€ auf 24.130 T€. Da die Gesellschaft nur staatlich verursachte Mehrkosten in die Verkaufspreise einbezogen hat, verschlechterte sich absatzbedingt der Rohertrag. Zusätzlich haben steigende vorgelagerte Netzkosten den Rohertrag belastet. Aufgrund verminderter Personalkosten, gesunkener sonstiger betrieblicher Aufwendungen und einem verbesserten Finanzergebnis blieben wir nur 4,8 % unter dem sehr guten Vorjahresergebnis. Das EBIT verminderte sich auf 2.035 T€ nach 2.137 T€ im Vorjahr.

Mit dem Geschäftsjahr 2013 endete die erste Anreizregulierungsperiode mit einer zunächst letztmaligen Absenkung der auf den Netzbetrieb entfallenden Entgelte. Der Rohertrag verminderte sich hierdurch von 6.523 T€ auf 6.400 T€. Die Veränderung der übrigen Kosten- und Erlöspositionen konnte diese Ergebnisverschlechterung nicht kompensieren, wie die Entwicklung des EBIT zeigt. Es verminderte sich von 944 T€ auf 810 T€. Dieses Ergebnis lässt eine angemessene Kapitalverzinsung nicht zu, steht einem dauerhaft sicheren Netzbetrieb entgegen.



gen und ist nicht geeignet, den sich aus der Energiewende ergebenden steigenden Anforderungen an einen Stromnetzbetreiber gerecht zu werden.

Das Vorjahresergebnis konnte in der Stromsparte zwar nicht ganz erreicht werden, es liegt aber wegen des guten Abschneidens des Vertriebes über den Erwartungen.

Gasversorgung

Das sehr gute Vorjahresergebnis konnte übertroffen werden und liegt über den Erwartungen. Allerdings überdeckt dieses erfreuliche Ergebnis die unbefriedigende Kundenentwicklung des Vertriebes.

Die Versorgung der Märkte mit Erdgas war im Berichtsjahr stets gut und sorgte auf den Großhandelsmärkten für stabile Preise mit geringen Volatilitäten. Gestützt auf diese Entwicklung konnte die Gesellschaft mit einer risikoorientierten Beschaffungsstrategie die Verkaufspreise im Geschäftsjahr wiederum unverändert lassen. Die Kunden profitieren damit in der dritten Heizperiode in Folge von einem stabilen und wettbewerbsfähig vorteilhaften Preisniveau auf dem Wärmemarkt.

Trotz attraktiver, unterdurchschnittlich niedriger Konditionen ist der Marktanteil gesunken. Aggressiver Preiswettbewerb im Jahreskundensegment und nicht nachvollziehbare, margenfreie Preisstellung bei Großkunden haben auch angesichts mancher unseriöser Angebote mit hohen Risiken für die Kunden zu einer Minderung des Marktanteils um 7 % auf 73 % geführt.

Die vom Vertrieb abgesetzte Menge reduzierte sich von 412,9 Mio. kWh auf 397,9 Mio. kWh. Damit konnten Umsatzerlöse von 19.224 T€ nach 19.969 T€ im Vorjahr erzielt werden. Da sich im Berichtsjahr im Wesentlichen durch höhere Transportkosten der Materialaufwand erhöhte, schlug der Umsatzrückgang überproportional auf den Rohertrag durch. Er ging von 4.470 T€ auf 3.330 T€ zurück. Durch Verminderung der Personalkosten, deutliche Rückführung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen und ein gestiegenes Beteiligungsergebnis konnte ein EBIT von 3.318 T€ nach 3.409 T€ erzielt werden. Die Umsatzrendite, gemessen am Verhältnis EBIT zu Umsatz, blieb dabei mit rund 17 % unverändert.

Für den Transport der in im Netzgebiet benötigten Gasmengen berechnet der Netzbetrieb Entgelte, die sich - wie im Strombereich auch - nicht mehr auf der Grundlage kostenbasierter Kalkulation ergeben, sondern nach dem System der Anreizregulierung ermittelt werden. In diesem Konzept ist vorgesehen, dass die Regulierungsbehörde den Gasnetzbetreibern für die Dauer von fünf Jahren die Netzerlöse unabhängig von der tatsächlichen eigenen Kostenentwicklung unter Beachtung der Unternehmenseffizienz vorgibt. In 2012 hat sich die enwag mit der Landesregulierungskammer auf Grundlage des in 2011 gestellten Antrages auf neue Netzentgelte verständigen können. Diese sind seit dem 1. Januar 2013 wirksam.

Mit den im Berichtsjahr gestiegenen Transportmengen und unter Einbeziehung der erhöhten vorgelagerten Netzkosten in die neuen Netzentgelte konnten Erlöse von 6.127 T€ nach 4.561 T€ erzielt werden. Da im Vorjahr die Netzentgelte aufgrund einer Erlösüberschreitung in 2010 reduziert werden mussten und im Berichtsjahr eine ergebniswirksame Erlöskorrektur wegen Überschreitung der vorgegebenen Erlösobergrenzen zu erfolgen hat, findet sich die Erlösstei-



gerung nicht im Ergebnis wieder. Darüber hinaus haben sich steigende Personalkosten im EBIT niedergeschlagen. Es verbesserte sich gleichwohl von 1.338 T€ auf zufriedenstellende 1.784 T€.

Dienstleistungen

Die Ertragslage im Tätigkeitsumfeld Dienstleistungen wird von den von der Gesellschaft für die öffentliche Wasserversorgung erbrachten Leistungen bestimmt. Auch wenn die Contractingaktivitäten im Berichtsjahr zu höheren Umsätzen geführt haben, sie stiegen von 93 T€ auf 227 T€, sind diese wie auch die Betriebsführungsleistungen von untergeordneter Bedeutung.

Im Berichtsjahr ist ein gestiegenes Ergebnis auszuweisen. Das EBIT stieg von 425 T€ auf überplanmäßige 1.228 T€. Beide Kennzifferwerte geben allerdings die durchschnittliche Leistungsfähigkeit der Sparte aufgrund von Sondereinflüssen nicht zutreffend wieder. Konnte die Gesellschaft in 2012 aufgrund des in Wetzlar stattfindenden Hessentages zusätzliche Dienstleistungen vermarkten und somit Kosten für vorhandene Ressourcen in Umsatz ummünzen, führten im Berichtsjahr zugunsten des Personalaufwandes aufzulösende Rückstellungen zur Unterschreitung der geplanten Personalaufwendungen. Nicht realisierte, mit Dritten für 2013 geplante Netzmaßnahmen drückten den Materialbedarf und führten zu stark unterdurchschnittlichen Aufwendungen bei den bezogenen Leistungen. Gestiegene aktivierte Eigenleistungen, verminderte Abschreibungen, aber vor allem die bilanziellen Auswirkungen aus den durch Vergleich beendeten Auseinandersetzungen mit der Hessischen Landeskartellbehörde trieben das Ergebnis auf eine operativ nicht wiederholbare Höhe.

Risiko- und Chancenbericht

Vor dem Hintergrund des KonTraG hat enwag im Jahre 1999 ein Risikomanagementsystem eingerichtet. Da Energieversorgungsunternehmen durch Regulierung und Wettbewerb einer immer komplexeren und dynamischeren Unternehmensumwelt gegenüberstehen, ist das Risikomanagementsystem neben den gesetzlichen Verpflichtungen Bestandteil der integrierten Unternehmensführung und wird kontinuierlich weiterentwickelt. Ziel des Risikomanagementsystems ist es, Risiken und Chancen frühzeitig zu erkennen, zu bewerten, zu dokumentieren und gegenzusteuern, um Handlungsspielräume zu schaffen, welche die langfristige Sicherung bestehender und den Aufbau neuer Erfolgspotenziale ermöglichen und somit den Fortbestand der enwag sicherstellen.

Soweit Risiken hinreichend konkretisiert und quantifiziert werden können, werden diese bei der Wirtschaftsplanung bzw. im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen im Jahresabschluss berücksichtigt. Im Rahmen des Risikomanagementprozesses identifiziert die enwag regelmäßig alle relevanten Risikopotenziale und bewertet die einzelnen Risikofelder unter Berücksichtigung von durchgeführten Gegenmaßnahmen nach ihrer potenziellen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit. Darüber hinaus erfolgt im Bedarfsfall eine Ad-hoc-Berichterstattung. Das Risikomanagementsystem fördert die Risikoverantwortung der Mitarbeiter und damit die aktive Steuerung der Risiken.



In zwei Risikobeiratssitzungen wurden von Geschäftsführung, Risikobeauftragten und Risikomanagerin die aktuelle Risikosituation, die Umsetzung von Gegenmaßnahmen sowie die strategische Ausrichtung des Unternehmens und die Nutzung von möglichen Chancen diskutiert. Mithilfe einer Risikomanagementsoftware wird die Risikolage dokumentiert und die Risikofelder werden mindestens halbjährlich aktualisiert. Das Risikofrüherkennungssystem ist im Risikohandbuch dokumentiert, das die dauerhafte personenunabhängige Funktionsfähigkeit des Risikomanagementprozesses sicherstellt.

Die Geschäftsführung der enwag berichtet regelmäßig den Gremien, insbesondere dem Aufsichtsrat, über die wesentlichen Risiken, deren wirtschaftliche Auswirkungen und über geeignete Gegenmaßnahmen sowie über mögliche Chancen. Allen Aufsichtsratsmitgliedern liegen das Risikohandbuch, die aktuelle Risikomatrix und die ausführlichen Risikoberichte über die wesentlichen Risikofelder vor. Der Aufsichtsrat hat die Angemessenheit des bestehenden Risikomanagementsystems bestätigt.

Risiken sind untrennbar mit jeder unternehmerischen Tätigkeit verbunden und können den Prozess der Zielsetzung und Zielerreichung negativ beeinflussen. Gesetzliche Änderungen der Rahmenbedingungen, insbesondere auf europäischer Ebene, können großen Einfluss auf unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben. Angesichts des gestiegenen Risikopotenzials sind nicht genutzte Chancen auch Risiken.

Branchenspezifische Herausforderungen der Energiewirtschaft sind die vielfältigen rechtlichen und regulatorischen Vorgaben, die merklich auf das Energiegeschäft einwirken, in ihrer konkreten Ausgestaltung im Vorfeld aber zumeist nur schwer zu kalkulieren sind. Vor dem Hintergrund der langfristig ausgelegten Investitionen sind Energieversorger aber in sehr starkem Maße auf verlässliche energiepolitische Rahmenbedingungen angewiesen.

Die Anreizregulierung setzt den Netzbetreibern jährlich zu reduzierende Erlösbergrenzen, die sich auf der Grundlage eines bundesweiten Effizienzvergleichs an den branchenbesten Unternehmen orientieren.

Neben den witterungsbedingten und den allgemeinen konjunkturellen Risiken ergeben sich aufgrund der hohen Dynamik der Energiemärkte und der damit verbundenen hohen Volatilität der Energiepreise wettbewerbsbedingte Bezugs-, Absatz- und Preisrisiken im Strom- und Gasmarkt, aber auch neue Chancen zur Vermarktung. Zusätzlich beeinflussen ein höherer Bürokratieaufwand, steigende IT-Kosten, umfangreiche Kundenanforderungen an Preisgestaltung sowie technische Entwicklungen wie Smart Meter das Netz- und Vertriebsgeschäft von Energieversorgungsunternehmen.

Den hieraus resultierenden Umsatz-, Beschaffungs- und Kundenabwanderungsrisiken begegnet die Gesellschaft durch eine gezielte Beschaffungsstrategie, ein konsequentes Kostenmanagement sowie ein marktorientiertes Produkt- und Kundenmanagement. Die enwag stellt sich den Herausforderungen und den sich ständig verändernden Rahmenbedingungen durch kontinuierliche Weiterentwicklung interner Prozesse, gezielte Steuerung von Investitionen und Wahrung von Chancen.



Der Druck auf die Ertragslage erhöht sich stetig, operative und strategische Entscheidungen sind von der Regulierung und den Gesetzesänderungen geprägt. Die Eingriffe der Politik haben zu einer deutlichen Kostensteigerung geführt.

Die Umsätze sind vor allem in der Sparte Gas in hohem Maße witterungsabhängig. Ungeöhnlich milde Wetterphasen während der Herbst- und Wintermonate können sich negativ auf die Ergebnisse auswirken. Bei der Beschaffung der Energie können durch Preisschwankungen und nicht zutreffende Absatzprognosen Risiken entstehen. Insbesondere eine sinkende Differenz zwischen Beschaffungs- und Verkaufspreisen sowie das Auseinanderlaufen von Absatzprognosen und tatsächlichen Verbräuchen können einen großen Einfluss auf die Ertrags- und Liquiditätslage haben. Zudem ist enwag verstärktem Wettbewerb ausgesetzt, der die Margen nachhaltig mindern könnte.

Längere Betriebsstörungen oder der Ausfall von Anlagen oder Komponenten könnten die Ertragslage beeinträchtigen. Den Ausfallrisiken begegnet die Gesellschaft durch die kontinuierliche Optimierung der Wartungs-, Instandhaltungs- und Erneuerungsprogramme. Die Gesellschaft verbessert ständig die technischen Standards und schult das eigene Personal. Gegen dennoch eintretende Schadensfälle ist die enwag in einem wirtschaftlich sinnvollen Umfang versichert.

Fremdanbieter liefern enwag Energie, Material, Dienstleistungen, Anlagen und Anlagenkomponenten. Dabei sind Lieferverzögerungen, Lieferausfälle und Qualitätsmängel der bezogenen Komponenten möglich. Dies kann zu Ausführungsstörungen führen und die Ertragslage beeinflussen. Die Gesellschaft begrenzt derartige Risiken durch eine sorgfältige Auswahl der Lieferanten und eine enge Zusammenarbeit mit ihnen.

Finanzwirtschaftliche Risiken bestehen durch Zahlungsverzögerungen oder -ausfälle im Privat- und Geschäftskundenbereich, denen durch ein systematisches Forderungsmanagement und verstärkte Bonitätsprüfungen begegnet wird.

Zinsrisiken aus langfristigen Finanzierungen bestehen nicht. Bei den aufgenommenen Krediten wurden Festzinsvereinbarungen abgeschlossen.

Die Liquiditätslage ist gut, es sind keine Engpässe aufgetreten und zukünftig nicht zu erwarten. Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko und zur Aufrechterhaltung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit dient eine Liquiditätsplanung, die permanent an aktuelle Änderungen angepasst wird und als Basis für die Geldmitteldisposition dient. Flüssige Mittel werden zu üblichen Zinssätzen angelegt. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus sind die Zinserträge jedoch niedrig. Für mögliche Schadensfälle und Haftungsrisiken sind Versicherungen abgeschlossen, die mögliche Auswirkungen auf das Unternehmen eng begrenzen.

Komplexe Informationstechnologien gewinnen in Unternehmen eine immer stärkere Bedeutung. Dies bedingt eine zunehmende Abhängigkeit. Ausfälle oder Störungen der Systeme und der Verlust oder Missbrauch von Daten können den Betrieb erheblich beeinträchtigen. Im Nachgang zu der im Vorjahr durchgeführten IT-Risikoanalyse befindet sich derzeit ein IT-Sicherheitsmanagementkonzept mit einer Leitlinie zur Informationssicherheit und Sicherheitsrichtlinien in Arbeit. Prozessoptimierungen ziehen kontinuierliche Anpassungen und Investitio-



nen in die IT-Infrastruktur nach sich. Die Aufrechterhaltung der IT-Systeme ist durch diverse technologische Sicherungsmaßnahmen gewährleistet, die Redundanz durch ein externes Rechenzentrum sichergestellt.

Auch im Bereich der technischen Anlagen bestehen durch Nichtverfügbarkeiten operative Risiken. Dem Risiko von ungeplanten Versorgungsunterbrechungen in den Verteilnetzen wird durch gezielte Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten begegnet. enwag lässt sich regelmäßig nach TSM zertifizieren.

Der Anspruch, die ständig neuen Anforderungen an die Prozesse unseres Tätigkeitsfeldes möglichst mit eigenen Ressourcen zu erfüllen, erfordert ein hohes Maß an Flexibilität und Leistungsbereitschaft von den Mitarbeitern. Gezielte Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie ein hoher Motivationsgrad unseres Personals sind wesentliche Voraussetzungen für unseren zukünftigen Erfolg.

Risiken bestehen aus den Aktivitäten der Regulierungs- und Kartellbehörden sowie aus gerichtlichen Entscheidungen. Dies beinhaltet zum einen die von Bundesnetzagentur und Landesregulierungsbehörde eingeleiteten Maßnahmen zur Netzregulierung und zum anderen die Einflussnahme der Kartellbehörde auf die Wasserpreise.

Durch einen Vergleich wurde im Berichtsjahr das Ende 2010 von der Hessischen Landeskartellbehörde initiierte neue Wasserkartellverfahren abgeschlossen. Die Wasserversorgung wird seit 1. Januar 2011 vom kommunalen Eigenbetrieb „Wasserversorgung Wetzlar“ wahrgenommen. Das Kartellrecht findet auf Wassergebühren keine Anwendung.

Das Urteil des Bundesgerichtshofes zur Unwirksamkeit von Preisanpassungsklauseln mit Verweis auf die außer Kraft gesetzte AVBGasV in Normsonderverträgen vom 31. Juli 2013 aufgrund der Auslegung nach europäischem Recht war nichts Überraschendes. enwag hat diese Entwicklung erwartet und hieraus resultierende Risiken angemessen bilanziert.

Zur Umsetzung der behördlichen Festlegungen zu den Geschäftsprozessen im Strom- und Gassektor und der Anforderungen der Energiewirtschaftsgesetz-Novelle waren auch im Berichtsjahr erhebliche Anstrengungen erforderlich.

Um ein Nichterkennen bzw. eine Fehleinschätzung von Verpflichtungen aus gesetzlichen und technischen Vorschriften zu vermeiden, wird auf die Angebote der Thüga-Fachabteilungen und juristische Beratungen zurückgegriffen. Des Weiteren ist enwag in Verbänden, Interessen- und Arbeitsgemeinschaften vertreten.

Regelmäßige Revisionsprüfungen stellen sicher, dass Prozesse ordnungsgemäß ablaufen sowie Gesetze und Verordnungen eingehalten werden. Darüber hinaus wird die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit von Prozessen sichergestellt.

Chancen und die damit verbundenen Ergebnispotenziale werden im Rahmen der mittelfristigen Unternehmensplanung betrachtet.



Obwohl der Wettbewerbs- und Regulierungsdruck immer stärker wird, hat die Fokussierung auf den traditionellen Bereich bisher gute bis sehr gute Ergebnisse erzielt. Durch den zunehmenden Wettbewerbsdruck wird jedoch immer mehr Aufwand zulasten der Marge benötigt, um Bestandskunden zu halten oder Neukunden zu gewinnen. enwag nutzt Chancenpotenziale und begegnet diesem Risiko durch die Beteiligung an der überregionalen Vertriebsgesellschaft fünfwerke und die kontinuierliche Erweiterung ihres Versorgungsgebietes mit regio Strom.

Die Investitionsmöglichkeiten in erneuerbare Energien werden fortlaufend auf Wirtschaftlichkeit geprüft. Chancen, die sich durch die Energiewende ergeben, wollen wir in Wettbewerbsvorteile und Marktanteile umsetzen.

Nach kritischer Prüfung der Risiko- und Chancensituation sind derzeit keine bestandsgefährdenden Risiken bekannt oder zu erwarten. Die vorhandenen Risiken werden als beherrschbar angesehen. Allein jene Risiken, die durch politische und rahmenrechtliche Gesetze und Vorgaben beeinflusst werden und für die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage zunehmend an Bedeutung gewinnen, sind durch enwag nur begrenzt zu steuern. Infolge der derzeitigen energiewirtschaftlichen Lage ist die Gesellschaft gehalten, die eingesetzten Methoden des Risikomanagements ständig weiterzuentwickeln. Das Risikomanagementsystem, das jährlich durch den Abschlussprüfer geprüft wird, erfüllt alle gesetzlichen Vorgaben und ist geeignet, Entwicklungen, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, frühzeitig zu erkennen.

Ausblick

Das Investitionsbudget 2014 ist mit 3.635 T€ geplant und soll vollständig mit eigenen Mitteln finanziert werden.

Für die Netzbetriebe Strom und Gas werden unterschiedliche Entwicklungen erwartet.

Im Stromnetz beginnt ab dem 1. Januar die neue fünfjährige Regulierungsperiode. Zum Start erfolgte eine Anpassung der Netzentgelte, womit eine geringfügige Entgeltverbesserung einhergeht. Ausgehend von dem unbefriedigenden Ergebnisniveau des Berichtsjahres erzielt die Gesellschaft damit eine im Plan liegende Ergebnisverbesserung. Dies ändert aber nichts daran, dass es im Stromnetzbetrieb bis zum Beginn der nächsten Regulierungsperiode bei nicht auskömmlichen, einem dauerhaft zuverlässigen Netzbetrieb entgegenstehenden, Ergebnissen bleiben wird.

Im Gasnetzbetrieb konnte in 2013 ein auskömmliches Ergebnis erzielt werden. Auskömmliche Ergebnisse werden hier auch im weiteren Verlauf der Regulierungsperiode erwartet. Allerdings setzt dies in den einzelnen Geschäftsjahren das Erreichen der geplanten Transportmengen voraus. Genau dies ist für 2014 aufgrund des nahezu vollständigen Ausbleibens winterlicher Temperaturen nicht mehr zu erwarten. Die nicht mehr zu erreichende eingeplante Transportmenge wird zu einer Unterschreitung der geplanten Transporterlöse und damit zu einem deutlichen Ergebnisrückgang führen.

Der Energievertrieb ist einem scharfen Kundenwettbewerb ausgesetzt. Hier setzt die Gesellschaft auf Kundenbindung durch faire Konditionen und kompetenten Service vor Ort.



Im Bereich des Stromvertriebes stand die enwag wiederum vor der Aufgabe, steigende staatliche Mehrbelastungen in die Verkaufspreise einzubeziehen. Aufgrund der insgesamt günstigen Entwicklung der wesentlichen Vertriebskostentreiber war es möglich, lediglich die nicht beeinflussbaren staatlich verursachten Mehrkosten, insbesondere die gestiegene Umlage für Erneuerbare Energien, in einer Preiserhöhung zum 1. Januar 2014 weiterzugeben.

Auch nach der Erhöhung um 0,79 Cent/kWh sind die Jahreskundenpreise unterdurchschnittlich. Zudem verbessert sich die Wettbewerbsposition im Laufe des Geschäftsjahres durch Preissteigerungen bei Wettbewerbern.

Trotz vergleichsweise attraktiver Preise werden weiterhin Kundenverluste erwartet. Um den Kundenverlusten entgegenzuwirken, hat die Gesellschaft ihr Vertriebsgebiet nochmals um vier Orte im regionalen Umfeld erweitert. Die hier erwarteten Neukunden werden den Absatzrückgang nicht kompensieren können. Dementsprechend wurde mit einem verminderten Vertriebsergebnis geplant. Dieses wird erreicht.

Im Erdgasvertrieb kann die enwag aufgrund der Preisentwicklung auf den Großhandelsmärkten den Kunden in 2014 wiederum stabile Preise bieten. Gleichwohl ist für die enwag als Marktführer im angestammten Versorgungsgebiet wie im Strombereich auch mit unvermeidlichen Kundenverlusten zu rechnen. Dies wurde bei der Ergebnisplanung durch Reduzierung des erreichbaren Unternehmenserfolges angemessen berücksichtigt.

Die außergewöhnlich milde Witterung in den ansonsten absatzstarken Wintermonaten zu Beginn des Geschäftsjahres hat zu einer erheblichen Unterschreitung der hierfür geplanten Absatzmengen geführt. Mit dem Erreichen der angestrebten Mengenziele ist nicht mehr zu rechnen und das geplante Vertriebsergebnis wird voraussichtlich deutlich verfehlt.

Im Geschäftsbereich Dienstleistungen konnte aufgrund einmaliger Kosten- und Erlöseffekte in 2013 ein überplanmäßiges Ergebnis erzielt werden. Für 2014 wird davon ausgegangen, das geplante, deutlich geringere Ergebnis operativ auch zu erreichen.

Um den Kern des Dienstleistungsgeschäftes, den dauerhaft zuverlässigen Betrieb der Wasserversorgungsanlagen, auch künftig zu gewährleisten, ist eine Überprüfung der Leistungsentgelte erforderlich.

Das für das Unternehmen mit 4.397 T€ geplante Ergebnis ist aufgrund des witterungsbedingten geringen Gasbedarfes operativ nicht mehr zu erreichen. Allerdings bleibt die wirtschaftliche Stabilität des Unternehmens von der witterungsbedingten Ergebnisverschlechterung unberührt.



1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Gründung:

Die **Flugplatz Gießen – Wetzlar GmbH** wurde 1972 gegründet.

1.2 Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Betriebes des Flugplatzes in der Gemarkung Gießen-Lützellinden für sportliche Zwecke. Die Gesellschaft arbeitet auf gemeinnütziger Grundlage und hat das Ziel, den Ausbau des Flugplatzgeländes für die in- und ausländische Luftfahrt zu fördern. Eine gewerbliche Betätigung des Unternehmens ist derzeit ausgeschlossen.

1.3 Öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck ist u.a. zum Transport von Schwerverletzten und Spenderorganen, Geschäftsflüge der heimischen Industrie und zur touristischen Infrastrukturaufwertung im Bereich des Flugsportangebotes gegeben. Durch die Förderung des Betriebes des Flugplatzes wird das touristische Angebot in der Region erweitert.

1.4 Stammkapital:

76.693,78 €

Aufteilung:

Stadt Gießen	26.842,82 €	35,0 %
Stadt Wetzlar	26.842,82 €	35,0 %
Gebr. Allendörfer GmbH	21.474,26 €	28,0 %
Aero-Club Lützellinden	1.533,88 €	2,0 %

1.5 Organe:

Gesellschafterversammlung

Der Vorsitz in der Gesellschafterversammlung wechselt von Wahlzeit zu Wahlzeit der kommunalen Vertretungsorgane zwischen den Vertretern der Städte Gießen und Wetzlar.

Astrid Eibelshäuser	Vorsitzende, Stadträtin Stadt Gießen
Manfred Wagner	Bürgermeister, Stadt Wetzlar
Rolf Allendörfer	Geschäftsführer, Firma Gebrüder Allendörfer GmbH und den AERO-Club Lützellinden e. V.
Robert Schuchmann	Vorsitzender des AERO-Club Lützellinden e. V.



Geschäftsführung

Dr. Hans-Bernd Würthner
Rolf Allendörfer

1.5.1. Bezüge Organe:

Die Organe erhielten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.



2. Unternehmenskennzahlen

Unternehmenskennzahlen	2013	2012	Veränderung 2012 - 2013
	Euro	Euro	Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	0	0	0,00
Umlaufvermögen	104.283,79	103.372,10	911,69
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	104.283,79	103.372,10	911,69
Passiva			
Eigenkapital	102.747,01	102.007,07	739,94
<i>davon Stammkapital</i>	<i>76.693,78</i>	<i>76.693,78</i>	<i>0,00</i>
Rückstellungen	1.260,00	1.200,00	60,00
Verbindlichkeiten	276,78	165,03	111,75
Bilanzsumme	104.283,79	103.372,10	911,69
Gewinn- und Verlustrechnung			
Zinserträge	3.580,84	4.320,82	-739,98
Veräußerungsgewinne	0,00	0,00	0,00
Erträge	3.580,84	4.320,82	-739,98
Abschlusskosten	0,00	0,00	0,00
Rechts- und Beratungskosten	0,00	0,00	0,00
Gebühren, Beiträge u.ä.	406,78	295,03	111,75
sonstiges	2.302,86	1.396,85	906,01
sonstige betr. Aufwendungen	2.709,64	1.691,88	1.017,76
Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	626,01	-626,01
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	871,20	3.254,95	-2.383,75
Steuern	-131,26	1,08	-132,34
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	739,94	3.256,03	-2.516,09

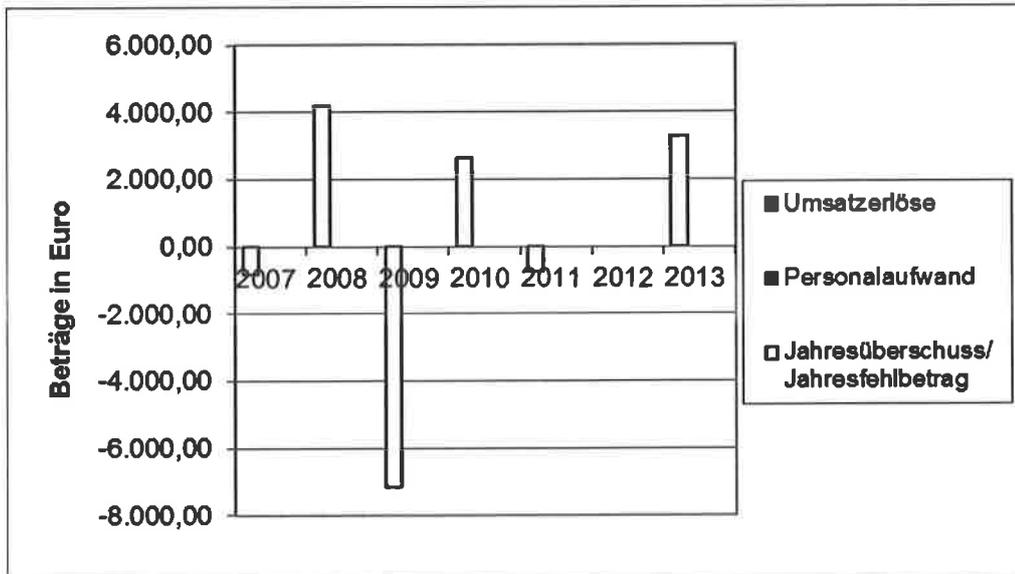


2.2 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

Bilanz

Bilanzpositionen 2013 Beträge in Euro			
Passiva	Verbindlichkeiten	276,78	
	Rückstellungen	1.260,00	
	Eigenkapital		2.747,01
Aktiva	Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	
	Umlaufvermögen		4.283,79
	Anlagevermögen	0,00	

b) Gewinn- und Verlustrechnung





3. Verbindung zum städtischen Haushalt 2013

a) Darlehen

keine

b) Sicherheiten

keine

c) Erträge / erhaltene Zuschüsse

keine

d) Aufwendungen / geleistete Zuschüsse

keine

4. Unternehmensverlauf und –entwicklung

Das Anlagevermögen blieb im Berichtszeitraum in seiner Zusammensetzung unverändert und ist bereits voll abgeschrieben. Gezeichnetes Kapital und Gesellschafterkreis blieben unverändert. Das Jahresergebnis stammt grundsätzlich aus dem Ergebnis der erzielten Zinserträge der angelegten Wertpapiere.

Die Flugplatz Gießen/Wetzlar GmbH ist seit Gründung praktisch nur ein Firmenmantel ohne eigene Beschäftigte und ohne wirtschaftliche Betätigung. Das bei Gründung der Gesellschaft Anfang der siebziger Jahre angestrebte Ziel, den privaten Sonderlandeplatz Lützellinden zu einem Verkehrslandeplatz zu entwickeln, wurde politisch nicht weiterverfolgt. Im Hinblick auf mögliche zukünftige Veränderungen wurde die Gesellschaft aber nicht aufgelöst, vor allem auch, um auf Ebene der Gesellschafterversammlung kommunale Interessen einzubringen und aufgetretene Konflikte mit dem Betreiber und den Nutzen des Sonderlandeplatzes lösen zu können.



1. Grundlagen des Unternehmens

1.1. Gründung:

Die **Gasversorgung Lahn-Dill GmbH** wurde durch den Gesellschaftsvertrag vom 09. Dezember 1987 gegründet.

1.2 Unternehmensgegenstand:

Abschluss von Gas- Konzessionsverträgen mit Städten und Gemeinden und der Aufbau und Betrieb öffentlicher Gasversorgungen in den konzessionierten Gebieten.

1.3 Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck besteht in der Sicherstellung der Erdgasversorgung. Mit der Betreibung des Versorgungsnetzes wird dieser Zweck erfüllt.

1.4 Stammkapital:

5.138.483,41 €

Aufteilung:

enwag, Energie- und Wassergesellschaft mbH	2.569.241,70 €	50 %
Thüga Aktiengesellschaft München	2.569.241,70 €	50 %

1.5 Organe:

Gesellschafterversammlung

Wolfram Dette

Oberbürgermeister und Stadtkämmerer
Vorsitzender

Dr. Gerhard Holtmeier

Vorstandsmitglied Thüga AG, München
Stellv. Vorsitzender



Aufsichtsrat

Wolfram Dette	Oberbürgermeister und Stadtkämmerer Vorsitzender
Dr. Gerhard Holtmeier	Vorstandsmitglied der Thüga AG, München, Stv. Vorsitzender
Dr. Anton Binder	Thüga AG, München (bis 31.12.2013)
Ruth Viehmann	Stadträtin
Dr. Christian Liebl	Thüga AG, München
Norbert Kortlüke	Stadtrat

Geschäftsführung

Dipl.- Ing. Detlef Stein

1.6. Bezüge Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat erhielt für seine Tätigkeit eine Vergütung von 1.687,29 EUR.



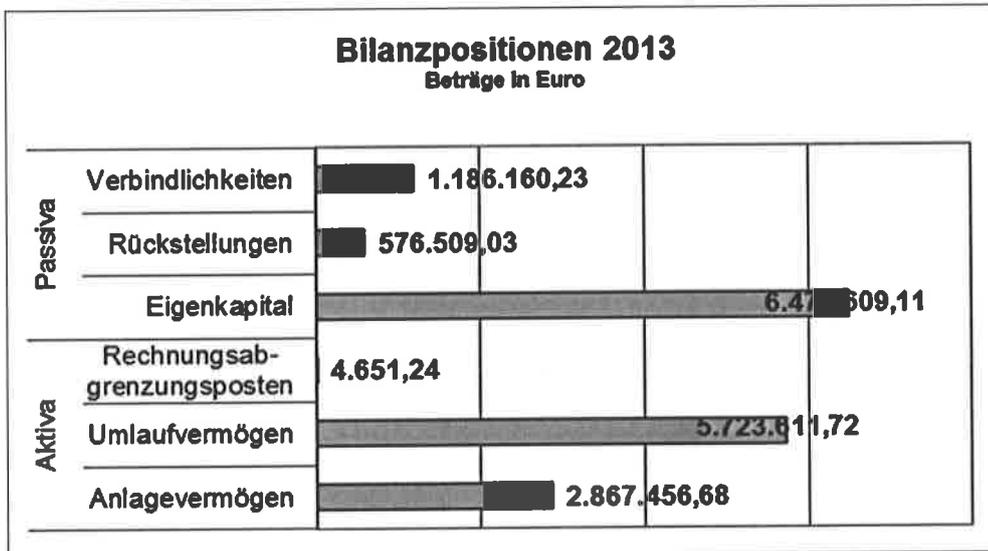
2. Unternehmenskennzahlen

Unternehmenskennzahlen	2013	2012	Veränderung 2012 - 2013
	Euro	Euro	Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	2.867.456,68	2.901.742,39	-34.285,71
Umlaufvermögen	5.723.611,72	5.544.712,03	178.899,69
Rechnungsabgrenzungsposten	4.651,24	4.532,95	118,29
Bilanzsumme	8.595.719,64	8.450.987,37	144.732,27
Passiva			
Eigenkapital	6.476.609,11	6.574.102,84	-97.493,73
<i>davon Stammkapital</i>	<i>5.138.483,41</i>	<i>5.138.483,41</i>	<i>0,00</i>
Empfangene Ertragszuschüsse	356.441,27	455.069,55	-98.628,28
Rückstellungen	576.509,03	310.695,94	265.813,09
Verbindlichkeiten	1.186.160,23	1.111.119,04	75.041,19
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	8.595.719,64	8.450.987,37	144.732,27
Gewinn- und Verlustrechnung			
Umsatzerlöse (ohne Erdgassteuer)	6.735.181,49	7.007.078,14	-271.896,65
sonstige betriebliche Erträge	88.796,56	254.117,80	-165.321,24
andere Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00
Betriebsleistung	6.823.978,05	7.261.195,94	-437.217,89
Materialaufwand	4.487.815,93	4.808.272,89	-320.456,96
Personalaufwand	0,00	0,00	0,00
Abschreibungen	305.014,83	329.376,40	-24.361,57
sonst. betr. Aufwendungen	201.057,80	279.907,80	-78.850,00
Betriebsaufwand	4.993.888,56	5.417.557,09	-423.668,53
Betriebsergebnis	1.830.089,49	1.843.638,85	-13.549,36
Zinsen und ähnliche Erträge	27.341,26	36.990,64	-9.649,38
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	20.853,68	2.228,00	18.625,68
außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.836.577,07	1.878.401,49	-41.824,42
Steuern	498.451,37	442.782,06	55.669,31
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	1.338.125,70	1.435.619,43	-97.493,73

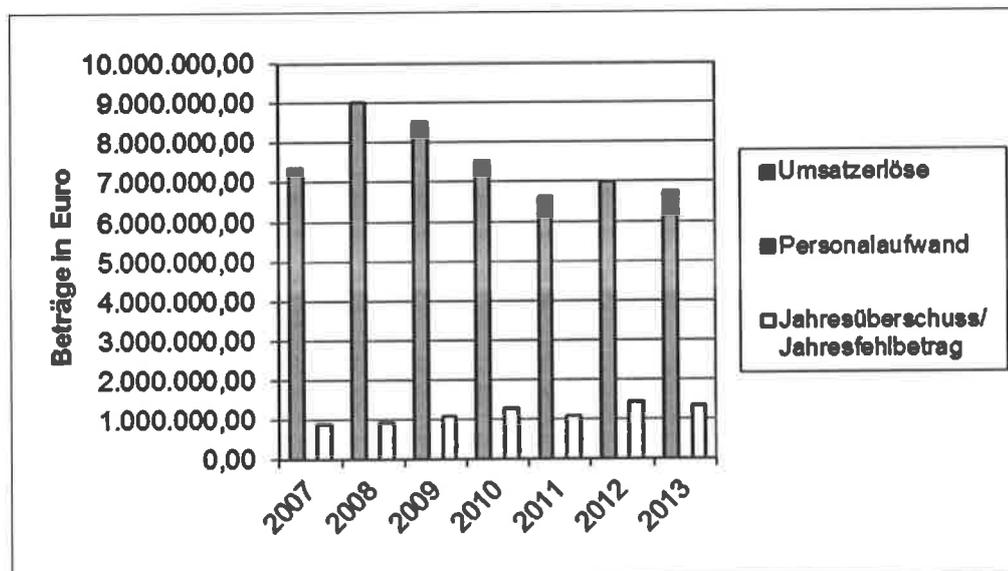


2.2 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Gewinn- und Verlustrechnung





3. Verbindung zum städtischen Haushalt im Jahr 2013:

a) Darlehen

Keine

b) Sicherheiten

Keine

c) Erträge / erhaltene Zuschüsse

Keine

d) Aufwendungen / geleistete Zuschüsse

Keine

4. Entwicklung im Geschäftsjahr 2013

Die deutsche Wirtschaft setzte in 2013 ihren moderaten Wachstumskurs fort. Die gesamtwirtschaftliche Leistung stieg, getragen von einer guten Binnenkonjunktur, um 0,4 %. Dieses eher bescheidene Wachstum ging erfreulicherweise mit einer Beschäftigung auf Rekordniveau einher.

Der Primärenergieverbrauch stieg um 2,6 %. Temperaturbereinigt erhöhte sich der Primärenergiebedarf um lediglich 1 %. Ursächlich hierfür war die kühle Witterung in der ersten Jahreshälfte, die den Bedarf an Energie für die Wärmeerzeugung trieb. In 2013 erhöhte sich folglich der Erdgasverbrauch bei wiederum sinkendem Bedarf für die Stromerzeugung um 6,7 %.

Der Erdgasanteil am Primärenergiebedarf stieg auf 22,5 %. Dabei steuerte die heimische Erdgasförderung doppelt so viel Energie bei wie die gesamte Windkraftherzeugung, was die Bedeutung des Energieträgers Erdgas für die nationale Versorgung unterstreicht.

In der heimischen Region vermochte die wirtschaftliche Entwicklung dem Bundestrend nicht zu folgen. Hier gingen die Umsätze des produzierenden Gewerbes zurück. Die Beschäftigung konnte dabei auf dem Vorjahresniveau gehalten werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft ist nur bedingt an die Veränderung des Bruttozialproduktes bzw. die Beschäftigung gebunden. Hier stehen die regulatorischen Vorgaben, die wettbewerbliche Intensität auf dem Gasvertriebsmarkt und natürlich der temperaturabhängige Erdgasbedarf der Kunden im Vordergrund.



2013 war für die Gasversorgung Lahn-Dill ein erfolgreiches Jahr. Die Ergebnisprognose, welche wegen der schwierigen Markt- und Wettbewerbslage bereits einen Rückgang gegenüber dem vergleichsweise sehr guten Vorjahr berücksichtigte, wurde übertroffen. Dabei hat der kalte und lang andauernde Winter 2012/2013 trotz der zu Beginn der Heizperiode 2013/2014 milden Temperaturen Gasversorgern zu guten Absatzbedingungen verholfen. Im Netzgebiet stieg der Erdgasbedarf um 5,3 % auf 175,3 Mio. kWh.

Neben den positiven Temperatureinflüssen setzte sich im Berichtsjahr der erfreuliche Trend beim Neuanschluss von Kunden an das Erdgasnetz fort. Bereits im vierten Jahr in Folge wuchs die Zahl der Neuanschlüsse. In 2013 entschieden sich 73 Neukunden für eine Erdgasversorgung, was gegenüber dem ebenfalls erfolgreichen Vorjahr nochmals eine Steigerung von 23 % ausmachte.

Die erkennbar gute Akzeptanz des Energieträgers Erdgas und der damit verbundenen Anwendertechnik zeigt, dass Erdgas eine zukunftsträchtige Energieart ist, deren Potential in der Energiewende längst nicht ausgeschöpft ist. Dies gilt umso mehr, als die Energiewende in der öffentlichen Diskussion stromfokussiert ist und das große Klimaschutzpotential im Wärmemarkt weitgehend unbeachtet bleibt. Mit den gegenüber anderen Heizsystemen geringsten Co₂-Vermeidungskosten, einer ebenso effizienten wie zuverlässigen Anwendertechnik und attraktiven Preisen sieht die Gesellschaft für eine Erdgasversorgung auch künftig hervorragende Marktchancen.

Die Versorgung der Märkte mit Erdgas war im Berichtsjahr stets gut und sorgte auf den Großhandelsmärkten für stabile Preise mit geringen Volatilitäten. Gestützt auf diese Entwicklung konnten mit risikoorientierten Beschaffungsstrategien die Verkaufspreise im Geschäftsjahr wiederum unverändert gehalten werden. Die Kunden der Gasversorgung Lahn-Dill profitieren damit in der dritten Heizperiode in Folge von einem stabilen und wettbewerblich vorteilhaften Preisniveau auf dem Wärmemarkt.

Trotz der attraktiven Konditionen der Gesellschaft ist der Marktanteil gesunken. Aggressiver Preiswettbewerb im Jahreskundensegment hat trotz mancher unseriöser Angebote mit hohen Risiken für die Kunden zu einer Minderung des Marktanteils um gut 5 % auf 73 % geführt.

Ertragslage

Die vom Vertrieb abgesetzte Menge reduzierte sich von 130,9 Mio. kWh auf 128,4 Mio. kWh. Damit konnte die GLD Umsatzerlöse von 6.254 T€ nach 6.493 T€ im Vorjahr erzielen. Durch Verminderung des Materialaufwandes und Reduzierung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen gelang eine Verbesserung des Vertriebsergebnisses. Als Leistungsindikator dafür wird das EBIT herangezogen. Es verbesserte sich von 653 T€ auf 849 T€. Auch die Umsatzrendite gemessen mit dem EBIT im Verhältnis zu den erzielten Umsatzerlösen zeigte eine positive Entwicklung und stieg von 10,1 % auf 13,6 %.

Im regulierten Netzbetrieb musste die Gasversorgung Lahn-Dill Ergebniseinbußen hinnehmen. Mit Beginn der neuen Anreizregulierungsphase zum 1. Januar 2013 verminderten sich die mit



der Landesregulierungsbehörde abgestimmten Entgelte für die Inanspruchnahme der Erdgasverteilungsanlagen deutlich um rd. 8 %. Der Preisentwicklung folgend verminderten sich die Erlöse des Netzbetriebes von 2.244 T€ auf 2.085 T€. Zu den Erlösminderungen waren noch höhere Materialaufwendungen erforderlich, so dass sich das EBIT von 1.189 T€ auf 979 T€ verschlechterte. Parallel hierzu verminderte sich die Umsatzrendite. Sie reduzierte sich von 53 % auf 47 %.

Das insgesamt erzielte Ergebnis liegt mit einem Jahresüberschuss von 1.338 T€ über den Erwartungen und lässt eine gute Kapitalverzinsung zu.

Finanzlage

Die finanzielle Lage der Gesellschaft ist sehr solide. Zahlungsverpflichtungen konnten innerhalb der vereinbarten Fälligkeiten ohne auf bestehende Kreditlinien zurückgreifen zu müssen erfüllt werden.

Der Mittelzufluss aus der operativen Geschäftstätigkeit (cash flow) verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr erheblich von – 623 T€ auf 2.264 T€. Hierbei ist allerdings zu beachten, dass im Vorjahr aufgrund der damaligen Absatzentwicklung die Forderungen gestiegen sind und zudem passive Rechnungsabgrenzungsposten aufzulösen waren, wodurch die überaus hohen liquiden Mittel auf ein angemessenes Niveau reduziert wurden.

Das geplante Investitionsvolumen konnte im Laufe des Geschäftsjahres der erfreulichen Nachfrage nach Gashausanschlüssen folgend von 360 T€ auf 396 T€ erhöht werden. Zur Finanzierung der Anlagezugänge standen Abschreibungen im Volumen von 305 T€ zur Verfügung. Daneben flossen dem Unternehmen Baukostenzuschüsse in Höhe von 126 T€ für die Erstellung von Gashausanschlüssen zu.

Risiko- und Chancenbericht

Um den Fortbestand des Unternehmens gefährdende Entwicklungen und zukunftsweisende Chancen frühzeitig zu erkennen, wurde im Jahre 1999 dem KonTraG entsprechend, bei der Betriebsführerin enwag Energie- und Wassergesellschaft mbH ein Risikomanagementsystem eingerichtet. Da Gasversorgungsunternehmen durch Regulierung und Wettbewerb einer immer komplexeren und dynamischeren Unternehmensumwelt gegenüberstehen, ist das Risikomanagementsystem neben den gesetzlichen Verpflichtungen Bestandteil der integrierten Unternehmensführung und wird kontinuierlich weiterentwickelt. Ziel des Risikomanagementsystems ist es, Risiken und Chancen frühzeitig zu erkennen, zu bewerten, zu dokumentieren und gegenzusteuern, um Handlungsspielräume zu schaffen, welche die langfristige Sicherung bestehender und den Aufbau neuer Erfolgspotenziale ermöglichen und somit den Fortbestand der Gasversorgung Lahn-Dill GmbH sicherstellen.

In zwei Risikobeiratssitzungen wurden von Geschäftsführung, Risikobeauftragten und Risikomanagerin die aktuelle Risikosituation, die Umsetzung von Gegenmaßnahmen sowie die stra-



tegische Ausrichtung des Unternehmens und die Nutzung von möglichen Chancen diskutiert. Mithilfe einer Risikomanagementsoftware wird die Risikolage dokumentiert und die Risikofelder mindestens halbjährlich aktualisiert. Das Risikofrüherkennungssystem ist im Risikohandbuch dokumentiert, das die dauerhafte personenunabhängige Funktionsfähigkeit des Risikomanagementprozesses sicherstellt.

Die Geschäftsführung berichtet regelmäßig den Gremien, insbesondere dem Aufsichtsrat, über die wesentlichen Risiken, deren wirtschaftliche Auswirkungen und über geeignete Gegenmaßnahmen sowie über mögliche Chancen. Allen Aufsichtsratsmitgliedern liegen das Risikohandbuch, die aktuelle Risikomatrix und die ausführlichen Risikoberichte über die wesentlichen Risikofelder vor. Der Aufsichtsrat hat die Angemessenheit des bestehenden Risikomanagementsystems bestätigt.

Risiken sind untrennbar mit jeder unternehmerischen Tätigkeit verbunden und können den Prozess der Zielsetzung und Zielerreichung negativ beeinflussen. Angesichts des gestiegenen Risikopotentials sind nicht genutzte Chancen auch Risiken.

Branchenspezifische Herausforderungen der Gaswirtschaft sind die vielfältigen rechtlichen und regulatorischen Vorgaben, die merklich auf das Gasgeschäft einwirken, in ihrer konkreten Ausgestaltung im Vorfeld aber zumeist nur schwer zu kalkulieren sind. Vor dem Hintergrund der langfristig ausgelegten Investitionen sind Gasversorger aber in sehr starkem Maße auf verlässliche und transparente energiepolitische Rahmenbedingungen angewiesen.

Die Anreizregulierung setzt den Netzbetreibern jährlich zu reduzierende Erlösbergrenzen, die sich auf der Grundlage eines bundesweiten Effizienzvergleichs an den branchenbesten Unternehmen orientieren.

Neben den witterungsbedingten und den allgemeinen konjunkturellen Risiken ergeben sich aufgrund der hohen Volatilität der Gaspreise wettbewerbsbedingte Bezugs-, Absatz- und Preisrisiken, aber auch neue Chancen zur Vermarktung. Zusätzlich beeinflussen ein höherer Bürokratieaufwand, steigende IT-Kosten, umfangreiche Kundenanforderungen an Preisgestaltung, sowie technische Entwicklungen das Netz- und Vertriebsgeschäft von Gasversorgungsunternehmen.

Den hieraus resultierenden Umsatz-, Beschaffungs- und Kundenabwanderungsrisiken begegnet die Gesellschaft durch eine gezielte Beschaffungsstrategie, einem konsequenten Kostenmanagement sowie einem marktorientierten Produkt- und Kundenmanagement. Die Gasversorgung Lahn-Dill stellt uns den Herausforderungen und den sich ständig verändernden Rahmenbedingungen durch kontinuierliche Weiterentwicklung interner Prozesse, der gezielten Steuerung von Investitionen und der Wahrung von Chancen.

Der Druck auf die Ertragslage erhöht sich stetig, operative und strategische Entscheidungen sind von der Regulierung und den Gesetzesänderungen geprägt. Die Eingriffe der Politik haben zu einer Kostensteigerung geführt.

Die Umsätze sind in hohem Maße witterungsabhängig. Ungewöhnlich milde Wetterphasen während der Herbst- und Wintermonate können sich negativ auf das Ergebnis auswirken.



Bei der Gasbeschaffung können durch Preisschwankungen und nicht zutreffende Absatzprognosen Risiken entstehen. Insbesondere eine sinkende Differenz zwischen Beschaffungs- und Verkaufspreisen sowie das Auseinanderlaufen von Absatzprognosen und tatsächlichen Verbräuchen können einen großen Einfluss auf die Ertrags- und Liquiditätslage haben. Verstärkter Wettbewerb könnte die Margen nachhaltig mindern.

Fremdanbieter liefern Gas, Material, Dienstleistungen, Anlagen und Anlagenkomponenten. Dabei sind Lieferverzögerungen, Lieferausfälle und Qualitätsmängel der bezogenen Komponenten möglich. Dies kann zu Ausführungsstörungen führen und die Ertragslage beeinflussen. Die Gesellschaft begrenzt derartige Risiken durch eine sorgfältige Auswahl der Lieferanten und eine enge Zusammenarbeit mit ihnen.

Finanzwirtschaftliche Risiken bestehen durch Zahlungsverzögerungen oder -ausfälle im Privat- und Geschäftskundenbereich, denen wir durch ein systematisches Forderungsmanagement und verstärkten Bonitätsprüfungen begegnen.

Die Liquiditätslage ist gut, es sind keine Engpässe aufgetreten und zukünftig nicht zu erwarten. Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko und zur Aufrechterhaltung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit dient eine Liquiditätsplanung, die permanent an aktuelle Änderungen angepasst wird und als Basis für die Geldmitteldisposition dient. Flüssige Mittel werden zu üblichen Zinssätzen angelegt. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus sind die Zinserträge jedoch niedrig.

Für mögliche Schadensfälle und Haftungsrisiken sind Versicherungen abgeschlossen, die mögliche Auswirkungen auf das Unternehmen eng begrenzen.

Komplexe Informationstechnologien gewinnen in Unternehmen eine immer stärkere Bedeutung. Dies bedingt eine zunehmende Abhängigkeit. Ausfälle oder Störungen der Systeme und der Verlust oder Missbrauch von Daten können den Betrieb erheblich beeinträchtigen. Prozessoptimierungen ziehen kontinuierliche Anpassungen und Investitionen in die IT-Infrastruktur nach sich. Die Aufrechterhaltung der IT-Systeme ist durch diverse technologische Sicherungsmaßnahmen gewährleistet, die Redundanz durch ein externes Rechenzentrum sichergestellt.

Auch im Bereich der technischen Anlagen bestehen durch Nichtverfügbarkeiten operative Risiken. Dem Risiko von ungeplanten Versorgungsunterbrechungen in den Verteilnetzen wird durch gezielte Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten begegnet. Die Gesellschaft lässt sich regelmäßig nach TSM zertifizieren.

Risiken bestehen aus den Aktivitäten der Regulierungsbehörden sowie aus gerichtlichen Entscheidungen. Das Urteil des Bundesgerichtshofes zur Unwirksamkeit von Preisanpassungsklauseln mit Verweis auf die außer Kraft gesetzte AVB GasV in Normsonderverträgen vom 31. Juli 2013, aufgrund der Auslegung nach europäischem Recht, war nichts Überraschendes. Die Gesellschaft hat diese Entwicklung erwartet und hieraus resultierende Risiken angemessen bilanziert.



Chancen und die damit verbundenen Ergebnispotenziale werden im Rahmen der mittelfristigen Unternehmensplanung betrachtet. Obwohl der Wettbewerbs- und Regulierungsdruck immer stärker wird, hat die Fokussierung auf den traditionellen Geschäftsbereich bisher gute bis sehr gute Ergebnisse erbracht. Durch den zunehmenden Wettbewerbsdruck wird jedoch immer mehr Aufwand zulasten der Marge benötigt, um Bestandskunden zu halten oder Neukunden zu gewinnen. Auch im Berichtsjahr hat die Gasversorgung Lahn-Dill ihr Versorgungsnetz weiter ausgebaut.

Nach kritischer Prüfung der Risiko- und Chancensituation sind derzeit keine bestandsgefährdenden Risiken bekannt oder zu erwarten. Die vorhandenen Risiken sieht die Gesellschaft als beherrschbar an. Das Risikomanagementsystem, das jährlich durch den Abschlussprüfer geprüft wird, erfüllt alle gesetzlichen Vorgaben und ist geeignet, Entwicklungen, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, frühzeitig zu erkennen.

Ausblick

Das Investitionsbudget trägt den Interessen an einer Erdgasversorgung Rechnung, ist mit 302 T€ geplant und soll vollständig mit eigenen Mitteln finanziert werden.

Im scharfen Kundenwettbewerb wird auf Kundenbindung durch faire Konditionen und kompetenten Service vor Ort gesetzt. Unterstützend kann die Gesellschaft aufgrund der Preisentwicklung auf den Großhandelsmärkten ihren Kunden in 2014 wiederum stabile Preise bieten.

Gleichwohl ist für die Gesellschaft als Marktführer im angestammten Versorgungsgebiet mit unvermeidlichen Kundenverlusten zu rechnen. Dies wurde bei der Ergebnisplanung durch Reduzierung des erreichbaren Unternehmenserfolges angemessen berücksichtigt.

Die außergewöhnlich milde Witterung in den ansonsten absatzstarken Wintermonaten zu Beginn des Geschäftsjahres hat zu einer erheblichen Unterschreitung der hierfür geplanten Transport- und Absatzmengen geführt. Mit dem Erreichen der angestrebten Mengenziele ist nicht mehr zu rechnen und der mit 1.197 T€ geplante Jahresüberschuss wird voraussichtlich deutlich verfehlt.

Allerdings bleibt die wirtschaftliche Stabilität des Unternehmens von diesem witterungsbedingten Ergebniseinbruch unberührt.



1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Gründung:

Die **GEWOBAU - Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH** wurde durch den Gesellschaftsvertrag vom 28. Oktober 1939 gegründet.

1.2 Unternehmensgegenstand:

Zweck der Gesellschaft ist eine sichere und verantwortbare Wohnraumversorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke veräußern, erwerben und belasten sowie Erbbaurecht ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen unterhalten. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Geschäftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich sind.

1.3 Öffentlicher Zweck

Der Öffentliche Zweck ergibt sich im Rahmen der Daseinsvorsorge aus der Bereitstellung von ausreichend sozial vertretbaren Wohnungen. Die Gewobau nimmt die Aufgaben des sozialen Wohnungsbaues und die Bewirtschaftung entsprechender Liegenschaften wahr.

1.4 Stammkapital:

1.533.875,64 €

Aufteilung:

Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG, Wetzlar	943.844,81 €	61,5 %
Stadt Wetzlar	384.491,49 €	25,11 %
Lahn-Dill-Kreis	180.997,33 €	11,8 %
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	24.542,01 €	1,6 %

**1.5 Organe:****Gesellschafterversammlung**

Gemäß § 16 des Gesellschaftsvertrages hat der Vorsitzende des Aufsichtsrates die Leitung der Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat

Klaus Lange	Vorsitzender, Leitender Rechtsdirektor i.R.
Wolfram Dette	stellv. Vorsitzender, Oberbürgermeister der Stadt Wetzlar
Karl Heinz Bauer	Oberamtsrat i. R., Vorstandsmitglied Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG
Jochen Hedderich	Aufsichtsratsmitglied der Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG
Roland Esch	Bürgermeister der Stadt Aßlar, Aufsichtsratsvorsitzender der Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG
Klaus Hugo	Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter des Lahn-Dill-Kreises (ab 12.04.2013)
Wolfgang Hofmann	Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter des Lahn-Dill-Kreises (bis 11.04.2013)
Günter Luckey	Prokurist der Nassauischen Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH Frankfurt am Main
Andrea Simon	Amtsleiterin, Aufsichtsratsmitglied der Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG

Geschäftsführung

Dipl.-Ök. Thorsten Köhler

1.5.1 Bezüge Aufsichtsrat: Die Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder der Aufsichtsratsmitglieder betragen im Geschäftsjahr 12.650 Euro.



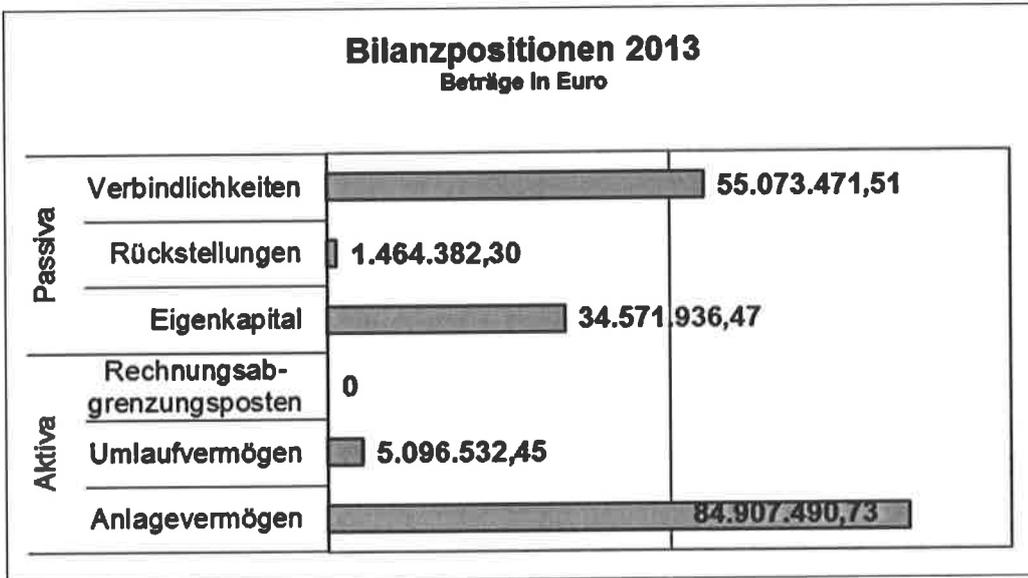
2. Unternehmenskennzahlen

Unternehmenskennzahlen	2013	2012	Veränderung 2012 - 2013
	Euro	Euro	Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	84.907.490,73	81.321.577,75	3.585.912,98
Umlaufvermögen	5.096.532,45	4.712.523,61	384.008,84
Forderungen	722.386,61	551.264,56	171.122,05
Flüssige Mittel	506.451,48	1.581.991,26	-1.075.539,78
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	91.232.861,27	88.167.357,18	3.065.504,09
Passiva			
Eigenkapital	34.571.936,47	33.467.117,75	1.104.818,72
<i>davon Stammkapital</i>	1.533.875,64	1.533.875,64	0,00
Rückstellungen	1.464.382,30	1.483.906,63	-19.524,33
Verbindlichkeiten	55.073.471,51	53.098.911,05	1.974.560,46
Rechnungsabgrenzungsposten	123.070,99	117.421,75	5.649,24
Bilanzsumme	91.232.861,27	88.167.357,18	3.065.504,09
Gewinn- und Verlustrechnung			
Umsatzerlöse	14.135.741,06	13.646.106,28	489.634,78
sonstige betriebliche Erträge	168.670,36	181.033,05	-12.362,69
sonstige Erträge	379.641,50	360.076,48	19.565,02
Betriebsleistung	14.684.052,92	14.187.215,81	496.837,11
Aufwand bez. Lieferung und Leistung	5.992.153,34	5.409.396,64	582.756,70
Personalaufwand	2.236.676,81	2.317.806,39	-81.129,58
Abschreibungen	2.774.932,33	2.827.202,82	-52.270,49
sonst. betr. Aufwendungen	710.825,56	694.816,22	16.009,34
Betriebsaufwand	11.714.588,04	11.249.222,07	465.365,97
Zinsen und ähnliche Erträge	5.154,33	10.922,18	-5.767,85
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.865.326,96	2.070.190,12	-204.863,16
außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Ergebnis aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit	1.109.292,25	878.725,80	230.566,45
außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	119,22	-119,22
sonstige Steuern	4.473,53	4.441,52	32,01
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	1.104.818,72	874.165,06	230.653,66
Gewinnvortrag	0,00	0,00	0,00
Einstellung Ergebn isrücklage	1.104.818,72	874.165,06	230.653,66
Entnahme aus Bauerneuerungsrücklage	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn	0,00	0,00	0,00

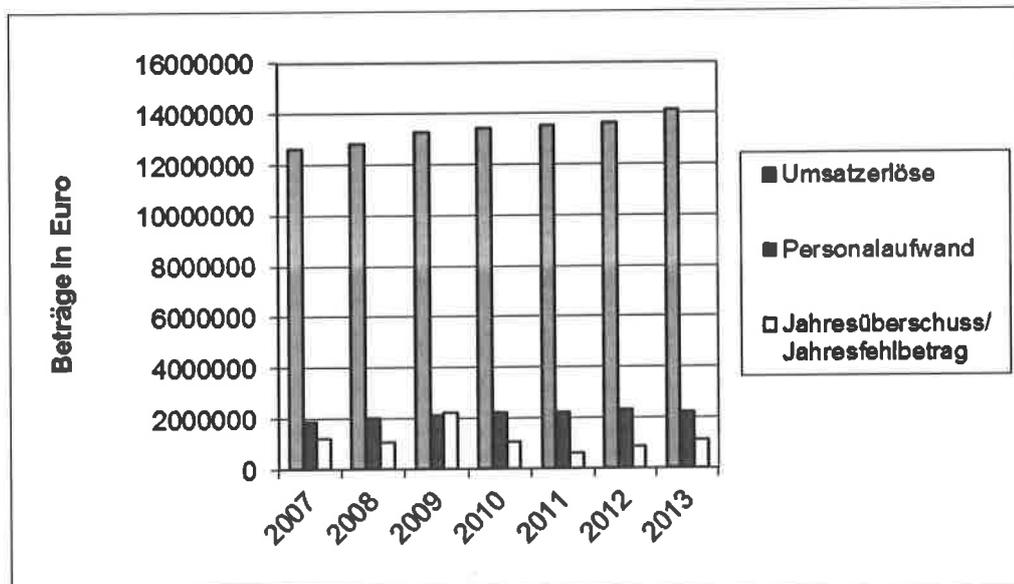


2.2. Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Gewinn- und Verlustrechnung





3. Verbindung zum städtischen Haushalt im Jahr 2013:

a) Darlehen

Die Stadt gewährte der Gewobau Wohnungsbau Darlehen zum Stand vom 31.12.2013 in Höhe von 465.991,42 €.

b) Sicherheiten

Keine

c) Erträge / erhaltene Zuschüsse

Keine

d) Aufwendungen / geleistete Zuschüsse

Keine

4. Unternehmensverlauf und -entwicklung 2013

4.1. Wohnungswirtschaftliche Tätigkeit

Modernisierung, Instandhaltung

Der Wohnungsmarkt ist nach wie vor durch Entspannung gekennzeichnet; aus diesem Grund sind keine Neubaumaßnahmen geplant. Die Anzahl der Wohnungskündigungen bei der Gesellschaft sind im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr nahezu gleich geblieben. Innerhalb der Bürogemeinschaft mit der Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG konnten durch Wohnungstausch manche Wohnungswünsche erfüllt werden. Die Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum bleibt nach wie vor ein wesentliches Gesellschaftsziel.

Obwohl der Wohnungsmarkt schwieriger geworden ist, hat die Gesellschaft durch die seit Jahren mit einem enormen Kostenaufwand praktizierte Bestandspflege keine Leerstände von längerer Dauer zu verzeichnen. Durch die konsequente Fortführung des eingeschlagenen Weges kann die Gewobau mit der Konkurrenz am Markt standhalten und die Nachfrage nach den Wohnungen auch zukünftig sichern.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden insgesamt 51 Wohneinheiten modernisiert. In nahezu allen Wohnungen wurden sehr umfangreiche Arbeiten durchgeführt. Das Entfernen von Kaminen und Versorgungschächten hatte Grundrissänderungen zur Folge.

Es wurden in 7 Liegenschaften energetische Maßnahmen mit Dach- und Fassadensanierung sowie Anbau von Balkonen durchgeführt. Bei 3 Liegenschaften erfolgten Renovierungen der Treppenhäuser.

Für diese Maßnahmen wurde ein Betrag in Höhe von rund 4,64 Mio. € aktiviert. Insgesamt hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr für Modernisierungen und Instandhaltungen rund 7,6 Mio. € investiert. Auf Grund der durchgeführten Modernisierungen wurde eine deutliche Verbesserung des Qualitätsstandards erzielt.



Personal- und Sozialbereich

Die durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter einschließlich Geschäftsführung beträgt im Geschäftsjahr 2013 58; davon sind 3 Angestellte in leitender Position beschäftigt. Die Entlohnung der Beschäftigten erfolgt auf Grundlage der Tarifverträge für die Angestellten und gewerblichen Arbeitnehmer in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft. Für 48 Mitarbeiter bestand im Geschäftsjahr 2013 eine zusätzliche Altersversorgung bei der KDZ – Kommunales Dienstleistungszentrum Wiesbaden.

Die betriebliche Organisation wird in gewohnter Weise fortgeführt. Die kooperative Zusammenarbeit mit der Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG hat sich auch im Berichtsjahr wieder hervorragend bewährt.

4.2. Lage der Gesellschaft

Finanzierungsinstrumente

Das Anlagevermögen ist weitgehend langfristig finanziert. Bei den langfristigen Fremdmitteln handelt es sich überwiegend um Annuitätendarlehen mit einer Laufzeit von 10 oder 20 Jahren. Auf Grund steigender Tilgungsanteile halten sich die Zinsänderungsrisiken in beschränktem Rahmen. Die Zinsentwicklung wird im Rahmen des Risikomanagements beobachtet.

Die Gesellschaft hat in den letzten Jahren 20 Forward Payer-Zinsswaps und 1 Zinssatz- und Währungsswap zur Absicherung des Zinsrisikos abgeschlossen. Ziel ist eine feste Kalkulationsgrundlage für die in den nächsten Jahren entstehenden Anschlussfinanzierungen. Zudem hat die Geschäftsführung das günstige Zinsniveau genutzt und ist der Gefahr eines möglicherweise starken Zinsanstiegs bis zur Prolongation zuvorgekommen.

Umweltschutz

Im Rahmen der Modernisierungsarbeiten an den Gebäuden leistet die GEWOBAU - Gesellschaft für Wohnen und Bauen einen aktiven Beitrag zum Umweltschutz. Wärmeisolierungen im Bereich der Fassaden und Dächer sowie der Einbau von Gasetagen- bzw. Gaszentralheizungen mit neuester Brennwerttechnik, unterstützt durch Solartechnik, tragen nachhaltig zur Reduzierung des Ausstoßes von CO₂ und sonstigen klimaschädlichen Treibhausgasen bei.

Energieausweise für die Gebäude liegen vor.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Gemäß Wirtschaftsplan 2014 ist mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 654,3 T€ zu rechnen. Auch für das Geschäftsjahr 2015 wird mit einem positiven Ergebnis gerechnet.



Zur Verbesserung der Ertragschancen und um eine nachhaltige Vermietung sicherzustellen, wird das große Modernisierungs- und Instandhaltungsaufkommen auch in den nächsten Jahren fortgeführt werden müssen, wenn auch in einem nicht mehr ganz so großen Umfang.

Nach wie vor verfolgt die Gesellschaft die sich weiter drehende Preisschraube bei den Mietnebenkosten, der sogenannten zweiten Miete; insbesondere bei den Energiekosten. Hier sind immer wieder Preissteigerungen zu verzeichnen. Auf Grund gesetzlicher Vorgaben kommen oftmals neue Betriebskosten hinzu. Die GEWOBAU – Gesellschaft für Wohnen und Bauen ist bestrebt, die beeinflussbaren Betriebskosten zu Gunsten der Mieter zu optimieren. Durch die teilweise schwierige Vermietungssituation in den Randgebieten muss evtl. mit einem Anstieg der Leerstandsquote gerechnet werden.

Es sind keine Wohnungsneubaumaßnahmen geplant.

Insgesamt überwiegen die Chancen, die sich auf dem Wohnungsmarkt ergeben, die derzeit bestehenden Risiken. Dies zeigen auch die Wirtschaftspläne der Jahre 2013 bis 2018 auf, die von einem stetigen Wachstum der Gesellschaft ausgehen.



1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Gründung:

Die Lahnpark GmbH wurde durch den Gesellschaftsvertrag vom 04.03.2009 gegründet.

1.2 Unternehmensgegenstand :

Die Entwicklung und Gestaltung der Lahnaue als zentraler Grünbereich zwischen den Städten und Gemeinden Gießen, Heuchelheim, Lahnau und Wetzlar. Einzelmaßnahmen außerhalb dieser Flächen sind möglich, wenn sie dem Gesellschaftszweck dienen und alle Gesellschafter zustimmen. Die Umsetzung soll erfolgen durch Maßnahmen und Projekte in den Handlungsfeldern Erholung, Freizeit, Tourismus, Landwirtschaft, Naturschutz, Siedlungsentwicklung, Infrastruktur.

1.3 Stammkapital:

28.000,00 €

Aufteilung:

Stadt Gießen	7.000,00 €
Gemeinde Heuchelheim	7.000,00 €
Gemeinde Lahnau	7.000,00 €
Stadt Wetzlar	7.000,00 €

1.4 Organe:

Gesellschafterversammlung

Gemäß § 8 des Gesellschaftsvertrages führt den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung die Gesellschafter im jährlichen Wechsel. Der Vertreter eines Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung darf nur ein rechtsgeschäftlicher Vertreter des Gesellschafters oder einer seiner gegen Entgelt Beschäftigten sein.

Herr Bürgermeister Burkhard Steinz	Heuchelheim
Herr Bürgermeister Eckhard Schultz	Lahnau
Vorsitzender	
Herr Oberbürgermeister Wolfram Dette	Wetzlar
Frau Bürgermeisterin Gerda Weigelt-Greilich	Gießen



Aufsichtsrat

Herr Burkhard Steinz	Bürgermeister
Herr Eckhard Schultz	Bürgermeister
Herr Wolfram Dette	Oberbürgermeister
Herr Udo Volck	Stadtverordnetenvorsteher
Herr Walter Bepler	Gemeindevertreter
Herr Michael Mondre	Gemeindevertreter
Herr Egon Fritz	Stadtverordnetenvorsteher
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin

Geschäftsführung

Herr Holger Hartert (bis 31.03.2013)
Herr Lutz Adami (ab 01.04.2013)

1.4.1. Bezüge Aufsichtsrat:

Die Bezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 2013 insgesamt 1.050 €.



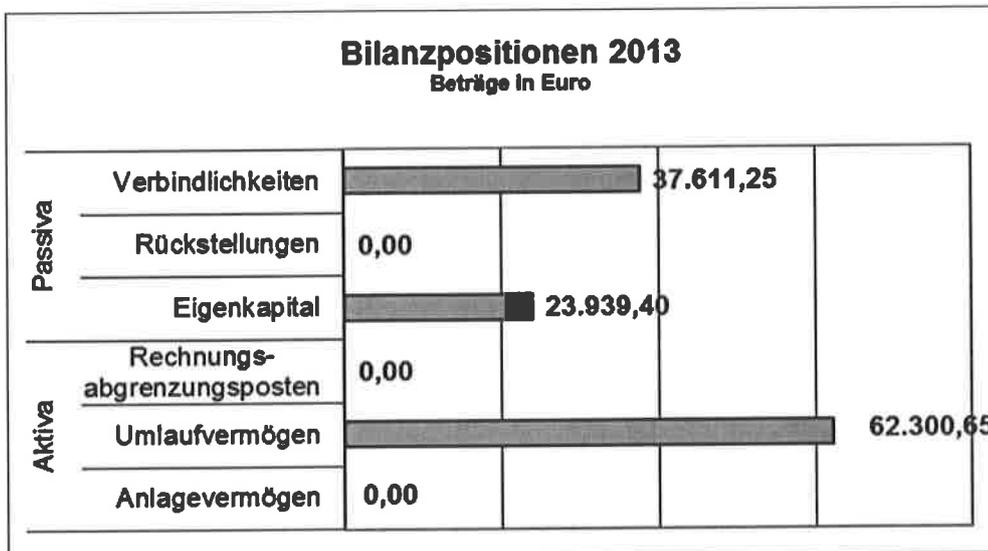
2. Unternehmenskennzahlen

Unternehmenskennzahlen	2013	2012	Veränderung
	Euro	Euro	2012 - 2013
			Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00
Umlaufvermögen	62.300,65	57.258,87	5.041,78
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	62.300,65	57.258,87	5.041,78
Passiva			
Eigenkapital	23.939,40	24.768,93	-829,53
<i>davon Stammkapital</i>	<i>28.000,00</i>	<i>28.000,00</i>	<i>0,00</i>
Rückstellungen	750,00	580,00	170,00
Verbindlichkeiten	37.611,25	31.909,94	5.701,31
Bilanzsumme	62.300,65	57.258,87	5.041,78
Gewinn- und Verlustrechnung			
sonstige betriebliche Erträge	0,00	0,00	0,00
sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	24.353,51	67.852,80	-43.499,29
Betriebsleistung	24.353,51	67.852,80	-43.499,29
Materialaufwand	0,00	0,00	0,00
Personalaufwand	7.277,02	5.882,24	1.394,78
Abschreibungen	0,00	0,00	0,00
sonst. betr. Aufwendungen	17.976,57	63.888,60	-45.912,03
Betriebsaufwand	25.253,59	69.770,84	-44.517,25
Zinsen und ähnliche Erträge	95,81	205,13	-109,32
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-804,27	-1.712,91	908,64
Steuern	25,26	54,24	0,00
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-829,53	-1.767,15	937,62

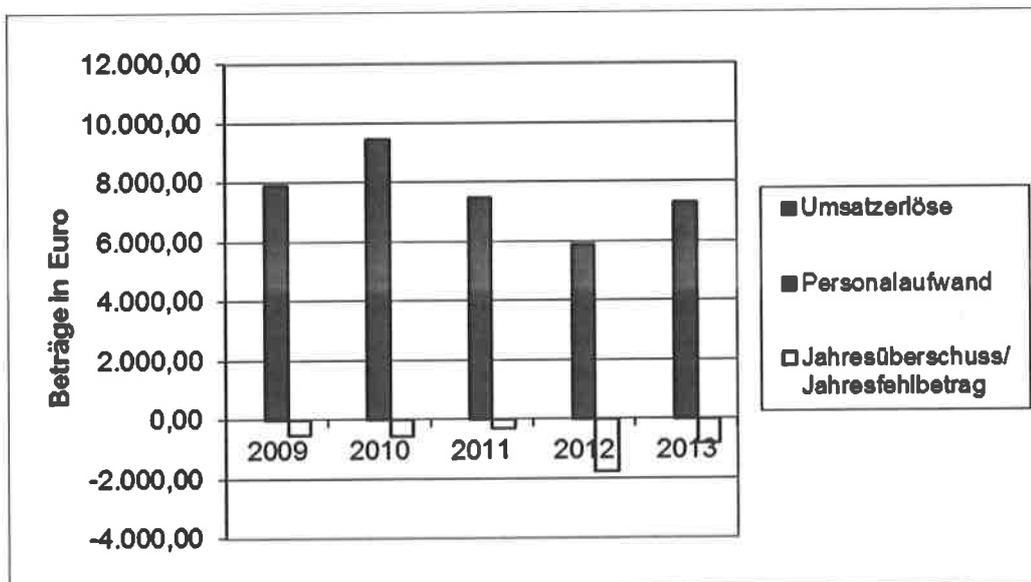


2.2. Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Gewinn- und Verlustrechnung





3. Verbindung zum städtischen Haushalt im Jahr 2013:

a) Darlehen

Keine

b) Sicherheiten

Keine

c) Erträge / erhaltene Zuschüsse

Keine

d) Aufwendungen / geleistete Zuschüsse

Die Stadt Wetzlar gewährt der Lahnpark GmbH jährlich einen Zuschuss in Höhe von 10.000,-- € für laufende Zwecke.

4. Unternehmensverlauf und –entwicklung 2013

Mit der Gründung der Lahnpark GmbH standen für das Jahr 2009 zunächst die Präzisierung der Unternehmensziele, d.h. die Vorstellung für die künftige Entwicklung der Lahnaue sowie die inhaltlichen und organisatorischen Schritte für die künftige Einrichtung der Kommunikations- und Entscheidungsstruktur im Mittelpunkt.

Den Arbeitsschwerpunkt des Jahres 2010 bildete die Erarbeitung des mit EFRE-Mitteln geförderten „Integrierten Entwicklungskonzepts Lahnpark“, welches im Herbst 2010 fertig gestellt wurde. Darin eingeschlossen war ein umfassender Abstimmungsprozess mit Behörden und Interessenvertretern u. a. von Tourismus, Naturschutz und Landwirtschaft.

Die Beratung in den politischen Gremien verzögerte sich zunächst durch die Kommunalwahlen im März 2011. Erst nach Neubesetzung der Gremien – zum Teil erst im Spätsommer 2011 – konnte die Vorstellung des Konzeptes beginnen. Den abschließenden Beratungen in den Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen gingen ausführliche Erörterungen in den Ausschüssen, Ortsbeiräten und Magistraten voraus. In deren Ergebnis haben die politischen Gremien der beteiligten vier Gebietskörperschaften dem Integrierten Entwicklungskonzept einmütig zugestimmt. Wesentliche Inhalte der Beschlussvorlage waren:

1. Das Integrierte Entwicklungskonzept wird beschlossen.
2. Das Entwicklungskonzept ist in den kommunalen Bauleitplanverfahren zu berücksichtigen.
3. Bei investiven Maßnahmen liegt die Verantwortung für Planung, Umsetzung und Finanzierung der Maßnahmen jeweils bei der betroffenen Gebietskörperschaft.
4. Die zügige und zielgerichtete Umsetzung des Konzepts mit den einzelnen Maßnahmen wird angestrebt. Gemeinsame Maßnahmen werden mit Priorität verfolgt.

Im Anschluss daran fand im März 2012 eine öffentliche Informationsveranstaltung in Heuchelheim statt, in welcher die Inhalte des Integrierten Entwicklungskonzeptes erläutert und anschließend diskutiert wurden. Dabei wurde insbesondere der Vorwurf artikuliert, dass der Naturschutz nicht ausreichend beteiligt worden sein. Obwohl das Konzept lediglich Handlungs-



empfehlungen für die Bereiche außerhalb der Naturschutzgebiete beinhaltet, sahen zahlreiche Naturschützer die Gebiete und eigene Entwicklungsvorhaben gefährdet.

Die Anregung und Kritik aus der öffentlichen Informationsveranstaltung aufnehmend kam es nach Vorgesprächen im Juli 2012 zur Gründung eines Arbeitskreises Naturschutz/Lahnpark, welcher jeweils aus 5 Vertretern von Naturschutzverbänden und 5 Vertretern der Lahnpark GmbH bzw. der beteiligten Gebietskörperschaften besteht. Durch die Einrichtung des Arbeitskreises kam es zu einer neuen, guten Qualität in der Zusammenarbeit mit den Vertretern der Naturschutzverbände. Die Überarbeitung bzw. Streichung aus naturschutzfachlicher Sicht als kritisch anzusehender Maßnahmen findet Niederschlag in einer Fortschreibung des Integrierten Entwicklungskonzeptes.

Im Jahr 2013 wurden für die Umsetzung der folgenden Projekte Fördermittel aus dem LEADER-Programm beantragt:

- Maßnahmenkonzept für die qualitative Verbesserung des Lahn-Kanutourismus
- Beschilderung im Lahnpark
- Neuaufstellung des Internetauftritts

Durch das Konzept zur qualitativen Verbesserung des Lahn-Kanutourismus soll in enger Kooperation mit Naturschutz- und Tourismusverbänden für die Lahnaue zwischen Gießen und Wetzlar und perspektivisch auch darüber hinausgehend ein Konzept für die dauerhaft tragfähige Entwicklung des Lahntourismus in Einklang mit den Zielen des Naturschutzes erarbeitet werden. Die geplante Beschilderung in der Lahnaue sieht eine Verbesserung, d. h. Vereinfachung und Vereinheitlichung der touristischen Wegweisung sowie eine Information der Besucher insbesondere auch in Hinblick auf einen besseren Schutz der naturschutzfachlich sensiblen Bereiche vor.

Ausblick

Die Umsetzung der o. g. LEADER-Projekte erfolgt im Jahr 2014.

Weiterhin wird die im Jahre 2012 mit sehr guter Unterstützung durch das Vermessungsamt der Stadt Gießen ausgearbeitete und 2013 aufgelegte Lahnpark-Karte, eine erstmalige Darstellung des Gesamtgebietes, aufgrund der sehr guten Nachfrage im Jahre 2014 fortgeschrieben und neu aufgelegt werden. Weiterhin beabsichtigt die Lahnpark GmbH im Jahr 2014 mehrere Maßnahmen im Naturschutzbereich zu unterstützen.

Eine Fortschreibung des Integrierten Entwicklungskonzeptes soll in den ab 2014/2015 folgenden Jahren erfolgen. In diese Fortschreibung sollen die planerischen Ergebnisse der Untersuchungen zum Lahntourismus sowie anderen noch detailliert zu betrachtenden (Fach-)Bereichen ebenso Berücksichtigung finden wie Anregungen aus der Bevölkerung, weshalb die Fortschreibung einen kontinuierlichen Prozess darstellen wird. Die bereits abgestimmten und noch abzustimmenden Projekte und Planungen werden per Beratungs- und Beschlussvorlage in die Beratungen der Stadtverordneten- und Gemeindevertreterversammlungen Einzug finden.



1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Gründung:

Die Regio MIT GmbH wurde mit Gesellschaftervertrag am 03. März 2005 gegründet.

1.2 Unternehmensgegenstand:

Gegenstand der Gesellschaft ist der Erwerb, die Verwaltung und die Veräußerung von zeitlich befristeten Beteiligungen im Ziel 2-Gebiet (Entscheidung der EU-Kommission vom 09.02.2000) der Städte Gießen und Wetzlar oder im Gebiet des Landkreises Gießen an kleinen und mittleren (insbesondere innovativen und technologie-orientierten) Unternehmen – bei der Gründung, in der Frühphase, bei der Erweiterung sowie bei Existenzgründungen im Zusammenhang mit der Unternehmensnachfolge und des Betriebsübergangs sowie alle sonstigen Geschäfte, die dem Hauptzweck dienlich sind. Der Fonds darf nur in Geschäftstätigkeiten investieren, die von den Fondsverwaltern und dem Beteiligungsausschuss des Fonds als potentiell rentabel eingestuft werden. Der Fonds investiert nicht in Unternehmen, die sich in Schwierigkeiten befinden.

1.3 Öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck besteht in der Förderung und Stärkung der Wirtschaftskraft in der Region Mittelhessen. Der Fonds unterstützt Unternehmen in der Start- und Wachstumsphase, so dass Arbeitsplätze in der Region gesichert bzw. geschaffen werden können.

1.4 Stammkapital:

100.000,00 €

Aufteilung:

Stadt Gießen	10.000 €	10,0 %
Stadt Wetzlar	10.000 €	10,0 %
Landkreis Gießen	10.000 €	10,0 %
Volksbank Mittelhessen eG	13.600 €	13,6 %
Sparkasse Gießen	6.400 €	6,4 %
Sparkasse Wetzlar	6.400 €	6,4 %
Sparkasse Laubach-Hungen	1.000 €	1,0 %
Sparkasse Grünberg	1.000 €	1,0 %
Volksbank Heuchelheim	1.600 €	1,6 %
Land Hessen	40.000 €	40,0 %

**1.5 Organe:****Gesellschafterversammlung**

Der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung beruft gem. § 6 des Gesellschaftervertrags die ordentliche Gesellschafterversammlung innerhalb der ersten sechs Monate eines jeden Geschäftsjahres ein. Gem. § 7 des Gesellschaftsvertrags entfällt auf je 100 € Geschäftsanteil eine Stimme.

Beteiligungsausschuss

Oliver Kimpel	Vorsitzender, Sparkasse Gießen
Sabine Wilcken-Görich	Stellv. Vorsitzende, Universitätsstadt Gießen
Rüdiger Bollweg	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Wiesbaden
Gabriele Gotthardt	Landkreis Gießen, Stabreferat Wirtschaftsförderung
Harald Semler	Magistrat der Stadt Wetzlar
Boris Kniß	Volksbank Mittelhessen eG, Gießen
Birgit Hartmann	Sparkasse Laubach-Hungen

Geschäftsführung

Diplom-Betriebswirt B.A. Jürgen Zabel

1.5.1. Bezüge Beteiligungsausschuss:

Die Mitglieder des Beteiligungsausschusses erhielten keine Bezüge.



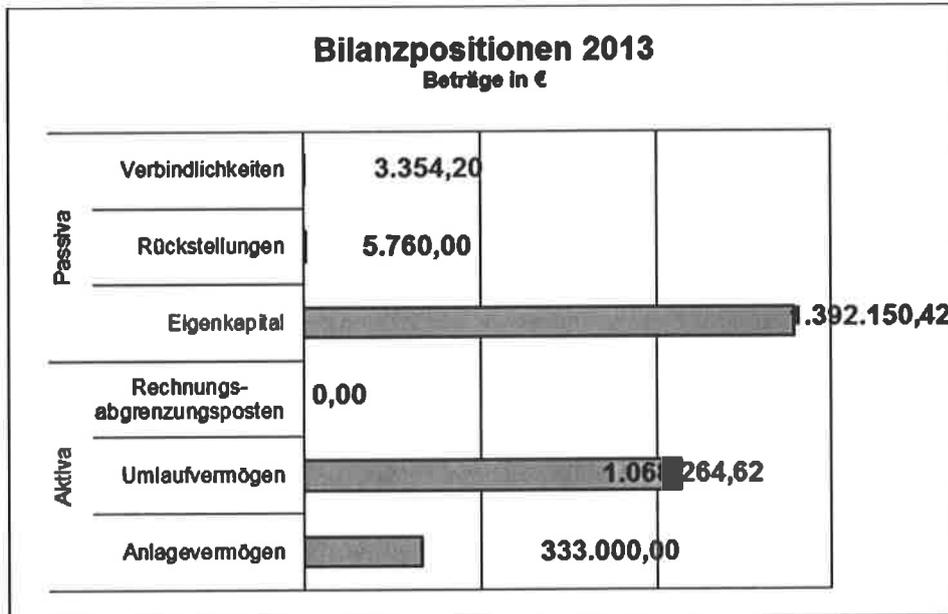
2. Unternehmenskennzahlen

Unternehmenskennzahlen	2013 Euro	2012 Euro	Veränderung 2012 - 2013 Euro
<u>Bilanz</u>	-	-	
Aktiva			
Anlagevermögen	333.000,00	790.000,00	-457.000,00
Umlaufvermögen	1.068.264,62	768.154,83	300.109,79
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	1.401.264,62	1.558.154,83	-156.890,21
Passiva			
Eigenkapital	1.392.150,42	1.546.583,91	-154.433,49
<i>davon Stammkapital</i>	100.000,00	100.000,00	0,00
Rückstellungen	5.760,00	6.355,00	-595,00
Verbindlichkeiten	3.354,20	5.215,92	-1.861,72
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	1.401.264,62	1.558.154,83	-156.890,21
<u>Gewinn- und Verlustrechnung</u>	-	-	
Erträge aus Beteiligungsgeschäft	85.878,24	89.373,57	-3.495,33
sonstige betriebliche Erträge	824,21	8,43	815,78
sonstige Erträge	0,00	0,00	0,00
Betriebsleistung	86.702,45	89.382,00	-2.679,55
sonst. betr. Aufwendungen	-72.431,15	-85.756,45	13.325,30
Betriebsaufwand	14.271,30	3.625,55	10.645,75
Zinsen und ähnliche Erträge	1.294,11	3.037,22	-1.743,11
Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
Abschreibungen auf Finanzanlagen	-170.000,00	0,00	-170.000,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-154.434,59	6.662,77	-161.097,36
Steuern	1,10	0,00	1,10
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-154.433,49	6.662,77	-161.096,26

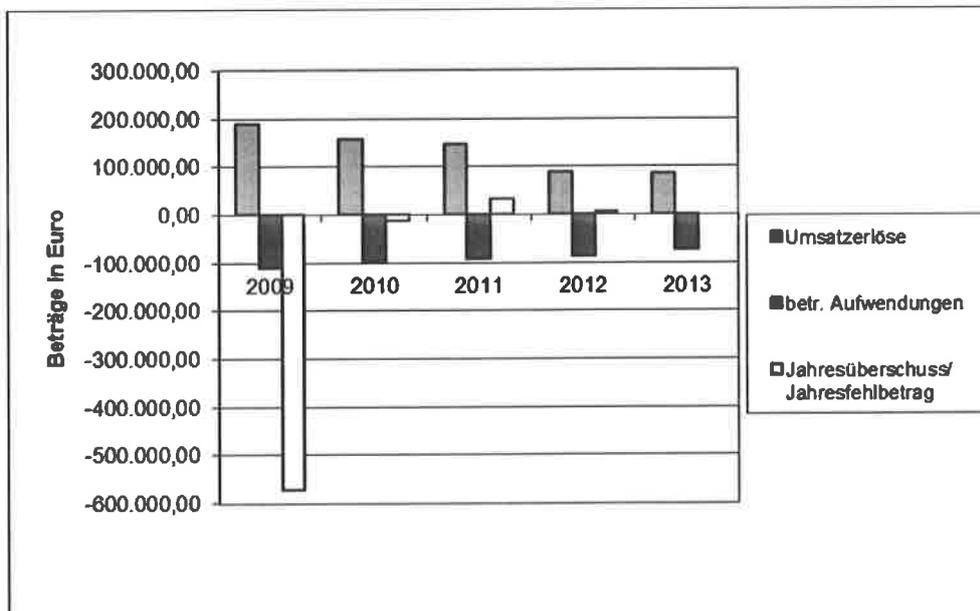


2.2 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Gewinn- und Verlustrechnung





3. Verbindung zum städtischen Haushalt im Jahr 2013:

- a) **Darlehen**
keine
- b) **Sicherheiten**
keine
- c) **Erträge / erhaltene Zuschüsse**
keine
- d) **Aufwendungen / geleistete Zuschüsse**
keine

4. Unternehmensverlauf- und entwicklung 2013

Geschäftsmodell

Der Regionalfonds Mittelhessen hat in den Jahren 2005 bis 2010 Betriebe mit bis zu 250 Beschäftigten, deren Gründung nicht länger als zehn Jahre zurückliegt, im Gebiet der Städte Gießen und Wetzlar sowie im Gebiet des Landkreises Gießen in der Start- und Wachstumsphase mit Beteiligungskapital bis maximal € 250.000 in Form stiller Beteiligungen, und zwar für innovative und technologieorientierte kleine und mittlere Unternehmen bei der Gründung, in der Frühphase, bei der Erweiterung sowie bei Existenzgründungen im Zusammenhang mit der Unternehmensnachfolge und des Betriebsübergangs.

Das Gesamtvolumen des am 1. März 2005 von den Städten Gießen und Wetzlar, dem Landkreis Gießen, den regionalen Kreditinstituten und dem Land Hessen gegründeten Fonds RegioMIT beträgt € 2,5 Mio. Darin enthalten sind Fördermittel des Landes Hessen aus dem Europäischen Fonds für die regionale Entwicklung (EFRE) in Höhe von € 1 Mio. Die Verwaltung des Fonds wurde der BM H Beteiligungs-Managementgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main, einer Tochter der Helaba/Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen, übertragen.

Geschäftsverlauf

Die Gesellschafter haben im Geschäftsjahr 2013 beschlossen, den Fonds, der lediglich noch aus drei Portfoliounternehmen besteht, zu schließen, das Neugeschäft einzustellen und alle noch vorhandenen Beteiligungen entsprechend ihrer Laufzeit zurückzuführen. Der Fonds hat bei seiner Gründung den Bedarf an alternativen Finanzierungsformen in der Region optimal abgedeckt, eignet sich jedoch aufgrund des aktuell sehr niedrigen Zinsniveaus nur eingeschränkt für die Einbindung in Unternehmensfinanzierungen. Zudem bestehen mittlerweile alternative Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsgeschäfts durch den ebenfalls von der BM H verwalteten Mittelhessensfonds bzw. die Hessen Kapital-Fonds.



Im abgelaufenen Geschäftsjahr musste kein Portfoliunternehmen Insolvenz anmelden. Der Beteiligungsbestand umfasst am 31. Dezember 2013 noch drei Unternehmen. Bisher sind nahezu 54 % des investierten Fondskapitals insolvenzbedingt ausgefallen. Rechnet man die Erträge aus Beteiligungsentgelten abzüglich der aufgelaufenen Verwaltungskosten hinzu, so hat der Regionalfonds Mittelhessen in den fast neun Jahren seiner Laufzeit 35 % seines Fondsvermögens verloren.

Grundsätzlich zeigt sich, dass die Finanzierung in der frühen Unternehmensphase mit hohen Risiken verbunden ist. Junge Unternehmen, wie sie im Investitionsfokus der RegioMIT GmbH stehen, haben es aufgrund ihrer geringen Kapitalpuffer und fehlender Liquiditätsreserven sehr schwer, starke Auftragseinbrüche oder auch lange Markterschließungsphasen zu verkraften. Dies hat sich auf die Ertragssituation und somit auf das Fondsvermögen der RegioMIT GmbH ausgewirkt.

Trotz des Wertberichtigungsbedarfs können positive Aspekte der Arbeit des Regionalfonds Mittelhessen hervorgehoben werden, wie die mit Hilfe der Beteiligungen geschaffene und erhaltene Zahl von Arbeitsplätzen sowie das damit verbundene Investitionsvolumen. Auch die positive Außenwirkung auf andere Regionen Deutschlands, z. B. durch die Verleihung des PPP-Preises 2008 als überzeugendes Projekt öffentlich-privater Partnerschaft, und die überregionale Kooperation aller Beteiligten in der Region Gießen-Wetzlar sind zu nennen.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Ertragsseite ist geprägt von den Erträgen aus dem Beteiligungsgeschäft in Höhe von € 85,9 (Vorjahr: T€ 89,4) sowie Zinseinnahmen auf Bankguthaben von € 1,3 (Vorjahr: T€ 3,0). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von T€ 72,4 (Vorjahr: T€ 85,8) bestehen im Wesentlichen aus der Geschäftsbesorgungsvergütung für die BM H als verwaltende Managementgesellschaft sowie Abschluss- und Prüfungskosten.

Liquide Mittel zum 31. Dezember 2013 in Höhe von T€ 1.045,3 stellen die Finanzierung des Geschäftsbetriebes für die kommenden Geschäftsjahre sicher. Die Kapitalstruktur ist ausgewogen. Sämtliche der RegioMIT GmbH zur Verfügung gestellten Fondsmittel sind in die Kapitalrücklage des Fonds eingezahlt und bilden im Fall von Beteiligungsabschreibungen einen ausreichenden Risikopuffer zur Vermeidung einer bilanziellen Überschuldung.

Der Anteil der liquiden Mittel beträgt ca. 75 % (Vorjahr: ca. 45 %) an der Bilanzsumme von T€ 1.401 (Vorjahr: T€ 1.558). Der Anstieg ist begründet in der Rückzahlung von zwei stillen Beteiligungen. Die Eigenkapitalquote liegt weiterhin bei ca. 99 % (Vorjahr: ca. 99 %).

Chancen- und Risikobericht

Aufgrund der Einzahlung der Fondsmittel in die Kapitalrücklage der RegioMIT GmbH besteht aktuell keine Gefahr der bilanziellen Überschuldung. Die Liquidität des Fonds ist durch die noch vorhandenen finanziellen Mittel mittelfristig gesichert. Durch die vorge-



nommenen Wertberichtigungen auf kritische Beteiligungsengagements sind die aktuellen Risiken im Beteiligungsportfolio angemessen berücksichtigt.

Chancen bestehen in der Rückführung der noch ausgereichten stillen Beteiligungen, womit die ausschüttungsfähige Liquidität für die Gesellschafter erhöht wird.

Ausblick

Die Geschäftsführung geht derzeit davon aus, dass es aufgrund des bereinigten Fondsportfolio und der stabilen Entwicklung von zwei der drei noch vorhandenen Beteiligungsengagements im laufenden Geschäftsjahr zu keinem weiteren Wertberichtigungsbedarf kommen wird. Die drei im Fonds noch verbliebenen Beteiligungen sollen möglichst zeitnah zurückgeführt werden, so dass der Regionalfonds Mittelhessen geschlossen werden kann. Für 2014 wird ein positives Ergebnis erwartet, sofern die wertberichtigte Beteiligung zurückgeführt wird. Andernfalls wird für 2014 von einem leicht negativen Ergebnis ausgegangen.



1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Gründung:

Die **Stadtentwicklungsgesellschaft Wetzlar mbH** wurde am 21. November 1994 gegründet.

1.2 Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Stadtentwicklung durch Maßnahmen zur Überführung der bisherigen Bundeswehrliegenschaften in eine zivile Nachfolgenutzung. Insbesondere: Werbung von Interessenten für Flächen und Gebäude, Klärung aller für die Investitionsentscheidung maßgeblichen Fragen mit den hierfür zuständigen öffentlichen Dienststellen und Versorgungsunternehmen, Auswahl der Interessenten, Information und Vermittlung von Zuschüssen und Beihilfen, Geschäftsführung in Gremien, die der Ansiedlung von privaten und öffentlichen Institutionen dienen sowie der Grunderwerb. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten, pachten oder verpachten sowie Unternehmens- und Interessengemeinschaftsverträge schließen.

1.3 Öffentlicher Zweck

Der Öffentliche Zweck besteht in der Wirtschaftsförderung, insbesondere im Rahmen des Abzugs der Bundeswehr aus der Stadt Wetzlar. Ein Teil der Konversionsflächen wurde bereits einer zivilen Nutzung zugeführt. Die Umstrukturierung der ehemaligen Bundeswehrflächen gilt es weiter voranzubringen.

1.4 Stammkapital:

51.129,19 €

Aufteilung:

Stadt Wetzlar 100 %

**1.5 Organe:****Gesellschafterversammlung**

Die Einberufung der Gesellschafterversammlung und Vorsitz sind in § 15 des Gesellschaftsvertrages geregelt. Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt der/ die Vorsitzende des Aufsichtsrates.

Wolfram Dette	Oberbürgermeister
Harald Semler	Stadtrat, Vorsitzender
Manfred Wagner	Bürgermeister

Aufsichtsrat

Harald Semler	Stadtrat, Vorsitzender
Wolfram Dette	Oberbürgermeister, stellv. Vorsitzender
Manfred Wagner	Bürgermeister
Christa Lefèvre	Fraktionsvorsitzende
Dr. Matthias Büger	Fraktionsvorsitzender
Andreas Altenheimer	Fraktionsvorsitzender
Jörg Kratkey	Fraktionsvorsitzender
Dr. Barbara Greis	Fraktionsvorsitzende

Geschäftsführung

Herr Stefan Franz
Herr Holger Hartert

1.6. Bezüge Aufsichtsrat:

Die Aufwandsentschädigungen für den Aufsichtsrat betragen im Geschäftsjahr 1.265,00 €.

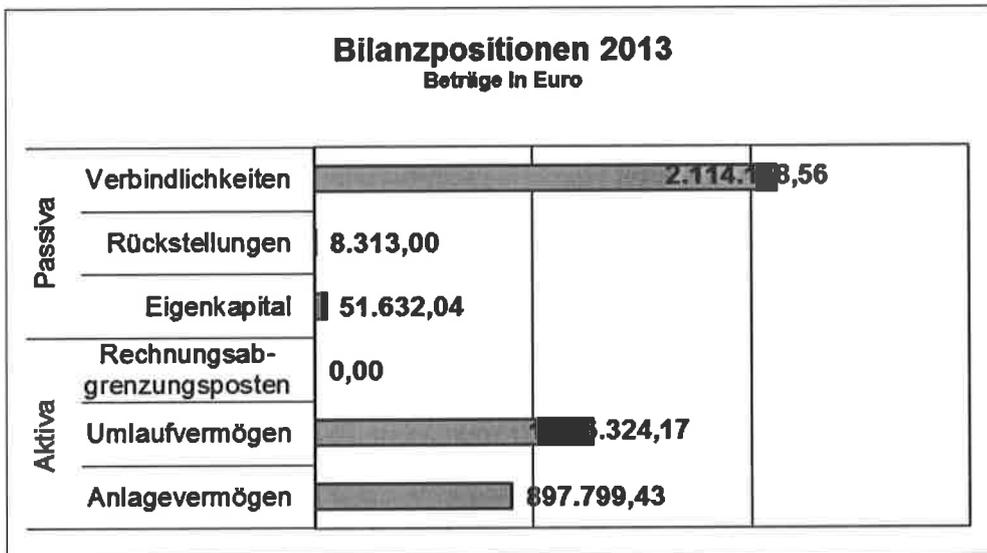
**2. Unternehmenskennzahlen**

Unternehmenskennzahlen	2013	2012	Veränderung 2012 - 2013
	Euro	Euro	Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	897.799,43	16.849,00	880.950,43
Umlaufvermögen	1.276.324,17	1.277.615,22	-1.291,05
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	2.174.123,60	1.294.464,22	879.659,38
Passiva			
Eigenkapital	51.632,04	88.498,40	-36.866,36
<i>davon Stammkapital</i>	<i>51.129,19</i>	<i>51.129,19</i>	<i>0,00</i>
Rückstellungen	8.313,00	8.980,00	-667,00
Verbindlichkeiten	2.114.178,56	1.196.985,82	917.192,74
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	2.174.123,60	1.294.464,22	879.659,38
Gewinn- und Verlustrechnung			
Umsatzerlöse (<i>verm. Bestand in Ausführung befindlicher Baufträge</i>)	97.785,24	117.245,34	-19.460,10
sonstige betriebliche Erträge	28,28	6.954,68	-6.926,40
sonstige Erträge	0,00	0,00	0,00
Betriebsleistung	97.813,52	124.200,02	-26.386,50
Materialaufwand	0,00	0,00	0,00
Personalaufwand	15.171,60	15.210,04	-38,44
Abschreibungen	1719,61	432,14	1.287,47
sonst. betr. Aufwendungen	107.232,14	101.892,50	5.339,64
Betriebsaufwand	124.123,35	117.534,68	6.588,67
Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.312,05	7.296,70	15,35
außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-33.621,88	-631,36	-32.990,52
Steuern	3.244,48	2.211,38	1.033,10
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-36.866,36	-2.842,74	-34.023,62

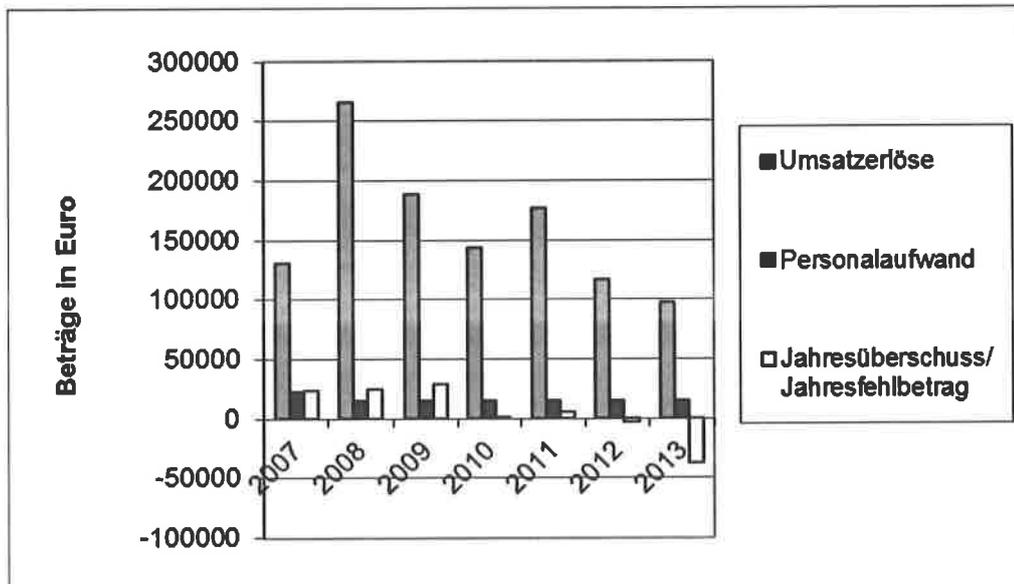


2.2 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Gewinn- und Verlustrechnung





3. Verbindung zum städtischen Haushalt im Jahr 2013:

- a) **Darlehen**
keine
- b) **Sicherheiten**
keine
- c) **Erträge / erhaltene Zuschüsse**
keine
- d) **Aufwendungen / geleistete Zuschüsse**
keine

4. Unternehmensverlauf und –entwicklung 2013:

A) Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Wichtigste Produkte und Geschäftsprozesse der Gesellschaft sind

- die Entwicklung und Vermarktung der Gewerbe-, Mischgebiets- und Wohnbauflächen in den ehemaligen Bundeswehrstandorten Spilburg und Sixt-von-Armin,
- die Werbung und Vermittlung von Interessenten für diese Flächen und Gebäude,
- Grunderwerb, soweit dies aus städtebaulichen und strukturpolitischen Gründen unerlässlich ist,
- das Betreiben eines „Haus der Optik“/„Viseum“ in Wetzlar, Kornmarkt 2.

Wohn- und Gewerbepark Westend

Bezüglich der drei bei der SEG verbliebenen Baufelder von 6400 qm, 4800 qm und 4600 qm Größe wurden Verhandlungen mit der HP&P Architekt- und Ingenieurgesellschaft aus Gießen geführt, die ihr Investitionsvorhaben bereits in der Aufsichtsratssitzung am 08.09.2011 vorstellte. Die Baufelder wurden zum Kauf angeboten. Ein Verkauf verzögerte sich dadurch, dass zwischen dem Investor und der Königsberger Diakonie als Betreiber der geplanten „Seniorenresidenz Magdalenenhäuser Weg“ Vertragsverhandlungen zu führen waren. Diese Vertragsverhandlungen sind letzten Endes leider gescheitert.

Die ursprünglich bereits für 2012 geplante Erschließung weiterer 8 Bauplätze auf der Fläche des 3. Bauabschnittes am Magdalenenhäuser Weg wird seitens der Stadt Wetzlar nun wieder forciert. Haushaltsmittel für den Ausbau der Stichstraße wurden für 2014 eingestellt. Indes teilte die HP&P Architekt- und Ingenieurgesellschaft der SEG mit, dass sie beabsichtige, einen erneuten Kaufantrag auf die Baufelder zu stellen, mit dem Ziel, dort Einfamilienwohnhäuser zu verwirklichen. Über einen solchen Antrag ist in einer Aufsichtsratssitzung in 2014 zu entscheiden.

Die Stadt Wetzlar wird ein ca. 2.355 qm großes Gewerbegrundstück an der Westendstr. im Verbund mit einer rd. 5.900 qm großen Grünanlage Anfang 2014 von der BRD erwerben. Dabei wird die Grün-



anlage gemäß dem zwischen der BRD und der Stadt Wetzlar geschlossenen Besitzeinweisungsvertrag kostenfrei auf die Stadt Wetzlar übergehen. Für das Gewerbegrundstück wurde aus Sicht der Stadt Wetzlar ein angemessener Kaufpreis gezahlt, der sich im Wiederverkauf der Fläche nebst Nebenkosten in jedem Falle realisieren lässt. Ein Kaufinteressent ist bereits vorhanden.

Das privateigene Gebäude A 1 an der Straße „Alte Wache“ wird zurzeit für Wohnzwecke modernisiert und umgebaut. Hier entstehen 43 neue Wohnungen. Die SEG wird in 2014 die Übertragung größerer Grün- und Straßenflächen vom Bund auf die Stadt Wetzlar voranbringen und begleiten. Mit dem Bund besteht Einvernehmen, die noch verbliebenen und unentgeltlich auf die Stadt Wetzlar zu übertragenden Flächen von rd. 15.000 qm nunmehr einem Eigentumswechsel zuzuführen. Damit kann die Konversion im Westend als abgeschlossen bezeichnet werden. Der Bund hat keine Flächen mehr im Bereich der ehemaligen Kaserne in seinem Eigentum.

Gewerbepark Spilburg

Im Eigentum der SEG befindet sich nach wie vor das Flurstück 13/83 in der Franz-Schubert-Straße mit einer Größe von 10.016 qm. Es ist - neben einer rund 17.000 qm großen Baufläche der Software AG Stiftung - eine der wenigen noch verbliebenen kompakten Großflächen im Gewerbepark Spilburg, die allerdings etwas abseits der Hauptverkehrsstraßen liegt.

Die Verkaufsbemühungen wurden Mitte 2012 zurück gestellt, als sich abzeichnete, dass das Grundstück möglicherweise eine herausragende Rolle bei der Fortentwicklung des Hochschulstandortes Wetzlar erfahren kann.

Bis zu einer eventuellen diesbezüglichen Bebauung wurde die Fläche zwischenzeitlich als Parkplatz an die Fachhochschule vermietet. Dadurch soll der Parkdruck, der sich aufgrund der stetig steigenden Studentenzahlen entwickelte, gemindert werden.

Die Stadt Wetzlar beansprucht von der BRD die Übertragung einer ca. 1.100 qm großen Grundstücksfläche an der Franz-Schubert-Straße, direkt neben dem Gebäude der zentralen Leitstelle des Lahn-Dill-Kreises gelegen. Hierauf befindet sich ein Regenwassersammler. Diesbezügliche Verhandlungen wurden geführt, mit dem Ergebnis, dass die Fläche bis ca. Mitte 2014 kostenfrei auf die Stadt Wetzlar übertragen werden soll.

Allgemeine Vermittlungstätigkeiten in den Konversionsgebieten Spilburg und Westend

Die SEG vermittelt weiterhin aktiv zwischen privaten Gewerbeimmobilien-Anfragern und der BRD, vertreten durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) in Koblenz und in Kassel. Sie ist damit erster und kompetenter Ansprechpartner für Immobilien-Interessenten vor Ort.

Im Berichtsjahr konnte der Bund das Gebäude mit der Bezeichnung B 6 in der Schanzenfeldstraße abschließend veräußern. Das ehemalige Verwaltungsgebäude aus der Bundeswehrzeit, das lange Zeit leer stand, wird künftig für gewerbliche Zwecke genutzt.

Folgende bundeseigenen Liegenschaften im Gewerbepark Spilburg sind noch einer Nachfolgenutzung zuzuführen:

- Gewerbe-Halle T 10 an der Sportparkstraße. Es besteht Erwerbsinteresse des Lahn-Dill-Kreises zur Nutzung als Parkraum, nach Abbruch des maroden Gebäudes.



des („Lehrerparkplatz“)

- 4.100 qm GE-Fläche an der Franz-Schubert-Straße. Die Mischgebietsfläche wurde öffentlich ausgeschrieben. Ein Verkauf wird Anfang 2014 erwartet.
- 2 Gebäudeteile der A 2 südlich des ehem. Exerzierplatzes.
- 1.000 qm Parkplatz östlich des ehem. Exerzierplatzes.
- 4.000 qm GE-Fläche an der Henry-Duffaut-Straße. Erwerbsinteresse im Rahmen der geplanten Schulneubauten (siehe nachfolgende Erläuterung).

Außerdem sind ca.

- 61.000 qm Grün- und Ausgleichsfläche sowie ca.
- 50.000 qm Straßen- und Verkehrsflächen vom Bund auf die Stadt Wetzlar zu übertragen.

Der Lahn-Dill-Kreis beabsichtigt für die Käthe-Kollwitz-Schule und die Theodor-Heuss-Schule Neubauten im Gewerbepark Spilburg zu errichten. Potenzielle Standorte in der Spilburg sind Grundstücksflächen im Bereich der Liegenschaften des TV Wetzlar; sie sind teilweise im Bundeseigentum und teilweise im Eigentum des Turnvereins. Die SEG hatte hier die Federführung in der Vermittlung der verschiedenen Interessen übernommen.

Es zeichnet sich eine einvernehmliche Lösung ab. Der Bund hat dem Lahn-Dill-Kreis angeboten, die Flächen zu angemessenem Kaufpreis zu veräußern. Sobald die Frage der Finanzierung des Schulbauvorhabens seitens des Lahn-Dill-Kreises geklärt ist, kann mit der Umsetzung der Maßnahme begonnen werden.

Projekt Spilburgstr. 6 im Gewerbepark Spilburg

Von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Koblenz (BIMA) wurde der Stadtentwicklungsgesellschaft Ende 2011 signalisiert, dass die Nutzung des Kreiswehrrersatzamtes in der Spilburgstr. 6 in absehbarer Zeit aufgegeben wird. Die Stadt Wetzlar bzw. die Stadtentwicklungsgesellschaft haben daraufhin in zahlreichen Gesprächen und Schreiben das Interesse am Erwerb angezeigt, um eine Nutzung des Gebäudes für Zwecke der Hochschulausbildung für das in unmittelbarer Nähe ansässige expansive StudiumPlus der Technischen Hochschule Mittelhessen (THM) zu ermöglichen. Ferner könnte das Gebäude für stadteigene Verwaltungszwecke (Archiv) genutzt werden.

Die von der BIMA beauftragte Wertermittlung der Liegenschaft hatte einen Verkehrswert von 810.000,00 € zum Ergebnis. Dem Wunsch der SEG folgend, kam es zu keiner öffentlichen Ausschreibung der Liegenschaft durch die BIMA (obwohl weitere Interessenten vorhanden waren), sondern zum direkten Angebot an die SEG. Damit setzte der Bund ein klares Zeichen für die gewünschte Nachfolgenutzung der Kommune bzw. des Schulträgers.

Nach entsprechender Beschlussfassung im Aufsichtsrat wurde der Erwerb im Juli 2013 vollzogen. Die Liegenschaft nimmt für die Weiterentwicklung der Standorterweiterung der THM und StudiumPlus eine Schlüsselfunktion ein. Aufgrund der stetig steigenden Studierendenzahl besteht ein langfristiger



Raumbedarf, der mit der vorgesehenen langfristigen Anmietung (mind. 10 Jahre) von zwei vollflächigen Etagen (EG und I.OG) sowie von Teilflächen im Keller- und 2. Obergeschoss erfüllt werden kann.

Neben der Vermietung an die THM bzw. StudiumPlus ist die Nutzung der restlichen Gebäudeflächen durch Anmietungen der StadtWetzlar beabsichtigt. Die Bereiche des Kellergeschosses sind überwiegend als Lager- und Magazinflächen der Städtischen Sammlungen vorgesehen. Die im Bereich des 2. Obergeschosses zunächst für Studienzwecke nicht genutzten Flächen stehen für eine vorübergehende Anmietung durch die Stadtverwaltung Wetzlar (ca. 2 Jahre) zur Verfügung (Auslagerung von Ämtern während der Umbaumaßnahmen im Rathaus). Die vollflächige Vermietung an THM/StudiumPlus wird ab Mitte/Ende 2016 angestrebt.

Der Anmietungswille der Hochschule wurde durch eine bindende schriftliche Erklärung artikuliert. Bevor der Einzug der künftigen Mieter erfolgen kann, sind umfangreiche Umbau- und Modernisierungsarbeiten im Gebäude vorzunehmen.

Mit der Durchführung der Maßnahme wurde das renommierte Architekturbüro Rohrbach & Schmees, Gießen, beauftragt. Das Büro beaufsichtigt nicht nur die im Auftrag der SEG zu bewerkstellenden Arbeiten, sondern wurde auch von der Hochschule mit der Innenausstattung der Schul- und Büroräume beauftragt.

Gemäß der im Dezember nach intensiven Vorermittlungen von Rohrbach & Schmees erstellten Kostenberechnung entsteht für die SEG ein Kostenaufwand von insgesamt 1,831 Mio Euro (einschließlich der Umsatzsteuer).

Für die Projektsteuerung und Bauberatung zeichnet Herr Udo Ketterer, Limburg, verantwortlich. Eine Beauftragung der Fachfirmen ist nach dem Vorliegen der Ausschreibungsergebnisse der einzelnen Gewerke im März/April 2014 vorgesehen. Ausgenommen von den Umbau- und Modernisierungsarbeiten sind Teile des 2. Obergeschosses, die zunächst durch die Stadt Wetzlar bezogen werden. Der Einzug einzelner Ämter der Stadtverwaltung ist im Juni 2014 geplant. Die komplett umzubauenden und zu renovierenden Räume für die Hochschule sollen bis zum 01.09.2014 bezugsfertig sein.

Außerhalb der Konversionsgebiete war die Stadtentwicklungsgesellschaft in den nachfolgenden Projekten tätig:

Kornmarkt 2

Die SEG ist erster Ansprechpartner für alle Belange rund um das VISEUM und bewirtschaftet die von der Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH angemieteten Räume des Museums.

B) Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Ergebnisse aus den Geschäftsfeldern im Einzelnen:



	2013		2012	
Grundstücksverkehr Westend und Spilburg				
Ertrag	3.500		69.785,22	
Aufwand	0	3.500	-53.702,80	16.082,42
Viseum				
Mietertrag	94.285,24		101.162,92	
Mietaufwand	-83.308,37	10.976,87	-84.100,31	17.062,61
Sonstige Erträge		28,28		6.954,68
Personalkosten	-15.171,60		-15.210,04	
Versicherung	-5.259,31		-5.235,01	
Werbung	0		-1.570,80	
Verwaltungskosten	-18.664,46		-10.986,38	
Sonstige Steuern	-3.244,48		-2.620,24	
Abschreibungen	-1.719,61	-44.059,46	-432,14	-36.054,61
Zinsaufwand		-7.312,05		-7.296,70
Ertragssteuern		0		408,86
Ergebnis		-36.866,36		-2.842,74

Finanzlage

Durch laufende Zahlungen des Gesellschafters ist die Liquidität unserer Gesellschaft jederzeit gewährleistet. Der mit der Stadt Wetzlar vereinbarte Verfügungsrahmen wurde aufgrund der Zahlungsverpflichtungen in Zusammenhang mit dem Investitionsobjekt Kreiswehrrersatzamt vorübergehend um 1,4 Mio Euro auf 3,0 Mio Euro erhöht. Wir rechnen damit, auch in Zukunft unsere Verpflichtungen jederzeit erfüllen zu können.

Vermögenslage

Der Anteil des Anlagevermögens beträgt 41,3 % (Vorjahr 1,3 %) des Gesamtvermögens. Das Umlaufvermögen beträgt 58,7 % (Vorjahr 98,7 %) der Bilanzsumme. Die Verbindlichkeiten haben einen Anteil von 97,2 % (Vorjahr 92,4 %) der Bilanzsumme. Die Eigenkapitalquote beträgt 2,4 % (Vorjahr 6,8 %).

C) Nachtragsbericht (Bericht über Ereignisse nach dem Bilanzstichtag)

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage haben.



D) Risikobericht

Spilburg, Gewerbegebietsgrundstück, Flurstück 13/83, 10.016 qm

Es besteht weiterhin das Risiko, dass bei einem späteren Verkauf weitere Zinsaufwendungen entstehen, die durch den Verkaufspreis nicht gedeckt sind. Eine weitere Verkaufspreiserhöhung entspricht nicht der Marktlage (der Bodenrichtwert des Gutachterausschusses beträgt 55,-€) und führt möglicherweise dazu, dass das Grundstück keinen Käufer findet. Zur Vermarktung des Grundstückes ist ferner ein Preisnachlass nicht auszuschließen.

Spilburg, Spilburgstraße 6

Aufgrund des geplanten Umbaus der Liegenschaft Spilburgstr. 6 werden erhebliche Investitionen erforderlich. Zur Finanzierung sind Kapitalmarktmittel aufzunehmen. Es besteht das Risiko, dass die Mieteinnahmen den Kapitaldienst nicht abdecken. Auf langfristige Mietverträge und eine ebenso lange und gleichbleibende Verzinsung des aufzunehmenden Kapitals ist zu achten.

Westend, 2. Bauabschnitt

Es bestehen weiterhin Unwägbarkeiten bei der Vermarktung der verbliebenen 3 Baufelder. Kommt ein Gesamtverkauf an den derzeit vorhandenen Erwerbsinteressenten nicht zustande, ist aufgrund erforderlicher werdender Erschließungsmaßnahmen und Teilflächenverkäufen mit langwierigen Verkaufsbemühungen zu rechnen.

Um einen finanziellen Ausgleich der Aufwendungen (Erwerbs- und Abbruch- sowie Nebenkosten) zu erzielen, wurde der Veräußerungspreis für die Wohn- und Mischgebietsflächen im 2. Bauabschnitt auf 95,23 €/qm festgesetzt. Der Kaufpreis wird voraussichtlich auch im 3. Bauabschnitt zum Ansatz gelangen. Der Preisansatz ist durchaus vertretbar und gegenwärtig auf dem Markt zu realisieren; allerdings besteht auch eine Abhängigkeit von der weiteren Entwicklung des Immobilienmarktes. In Umlandgemeinden wurden und werden Baugebiete aufgelegt, die die Nachfrage in Wetzlar beeinflussen.

Es besteht das Risiko, dass Bauflächen nicht veräußert werden können und die laufenden Kapitalkosten mittelfristig durch den Verkaufspreis nicht mehr gedeckt sind. Ferner sind Preisnachlässe bei schwierig zu vermarktenden Grundstücken nicht auszuschließen. Auch ist bei einer zusammenhängenden Vermarktung der drei verbliebenen Baufelder ein Kaufpreisnachlass nicht auszuschließen.

Kornmarkt 2

Die Vertragslaufzeiten zwischen der Stadtentwicklungsgesellschaft und den 14 Unternehmen aus der optisch-feinmechanischen Branche sind analog dem Vertragsverhältnis zwischen der Stadtentwicklungsgesellschaft und der Wetzlarer Wohnungsgesellschaft ebenfalls auf zehn Jahre ausgelegt, allerdings besteht eine außerordentliche Kündigungsmöglichkeit seitens der Unternehmen. Sollten diese in eine Notlage geraten, kann das Vertragsverhältnis gekündigt werden. Sofern in diesem Fall kein Nachmieter gefunden wird, könnte es zu Mietmindereinnahmen für die Stadtentwicklungsgesellschaft kommen.



Altlasten

Die Baugebietsflächen in der Spilburg und im Westend befinden sich auf ehemals militärisch genutztem Gelände. Es ist nicht auszuschließen, dass sich im Untergrund Altlasten befinden, deren Entsorgung Aufgabenpflicht der Stadtentwicklungsgesellschaft ist.

E) Prognosebericht

Die Umbauarbeiten in der Spilburgstr. 6 werden zu Beginn des Jahres 2014 durch das Architekturbüro Rohrbach & Schmees ausgeschrieben. Mit den Arbeiten soll im März/April bereits begonnen werden. Der Einzug von StudiumPlus ist für den 01.09.2014 vorgesehen. Die Stadt Wetzlar wird bereits zum 01.07.2014 die Räumlichkeiten im 2. Obergeschoss und im Kellergeschoss beziehen. Die derzeit langfristig günstige Verzinsung von Darlehen kommt dem Vorhaben zupass. Die Verkaufsbemühungen bezüglich des verbliebenen Gewerbegrundstückes in der Spilburg werden fortgesetzt.

Aufgrund der kaum noch verfügbaren Bauflächen kann das SEG-Grundstück „Schlüsselfunktion“ für ein prädestiniertes Bauvorhaben (auch hinsichtlich der Hochschule) erhalten.

Obwohl die Stadt Wetzlar im Bereich „Rasselberg“ ein neues Wohngebiet mit rund 60 Bauplätzen erschließt und in den Abverkauf der Bauplätze eingetreten ist, ist die Nachfrage nach Baugrundstücken in Wetzlar weiterhin sehr groß, besonders auch in niedrigpreisigen Wohnlagen. Daher darf mit einem relativ zügigen Abverkauf der noch zu erschließenden Bauplätze im Westend gerechnet werden. Nach heutiger Einschätzung wird auch die geplante private Erschließung von Baugrundstücken im Baugebiet Rotenberg in Hermannstein hieran nichts ändern.

Es sind zwei Interessenten vorhanden, welche die 3 zu erschließenden Baufelder insgesamt oder teilweise erwerben möchten. Damit könnte die eigene Erschließung entfallen. Eingehende Verhandlungen sind allerdings noch zu führen.

Unter der Erwartung, dass die oben aufgeführten Ereignisse eintreten, erwarten wir für das Jahr 2014 zusätzliche Umsatzerlöse in Höhe von 224 TEuro und ein positives Ergebnis von 10 TEuro. Der Finanzbedarf unserer Gesellschaft wird künftig durch mittel- und langfristige Bankdarlehen gedeckt werden.



1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Gründung: Die **Werner Gimmler Wetzlarer Verkehrsbetriebe und Reisebüro GmbH** wurde durch den Gesellschaftsvertrag vom 08. Juli 1967 gegründet.

1.2 Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist das Betreiben von Verkehrsunternehmen jeder Art, insbesondere das Betreiben von Omnibuslinien, Omnibusgelegenheitsfahrten und Reisebüros, die Veranstaltung von Geschäftsreisen („Gimmler-Reisen“) sowie die Unterhaltung von Reparaturwerkstätten, Tankstellen und Gaststätten. Zur Erfüllung des Geschäftszweckes ist die Gesellschaft befugt, im In- und Ausland unter gleicher oder besonderer Firma Zweigniederlassungen zu errichten und sich an anderen Unternehmen jeder Rechtsform zu beteiligen.

1.3 Öffentlicher Zweck Gemäß § 4 ÖPNVG ist die Stadt Wetzlar zuständiger Aufgabenträger für die Planung, die Organisation und die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs auf ihrem Gebiet. Der Aufgabenträger hat derzeit die Wetzlarer Verkehrsbetriebe mit der Durchführung der ÖPNV beauftragt.

1.4 Stammkapital: **1.354.923,50 €**

Stadt Wetzlar 100 %

1.5 Organe: Gesellschafterversammlung

Gemäß Nr. V der Satzung wird die Versammlung durch den Oberbürgermeister der Stadt Wetzlar oder das von ihm beauftragte Magistratsmitglied geleitet. Sie ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Gesellschafter erschienen sind und mehr als die Hälfte des Stammkapitals vertreten ist.

Wolfram Dette
 Manfred Wagner

Oberbürgermeister
 Bürgermeister



Aufsichtsrat

Wolfram Dette	Vorsitzender, Oberbürgermeister
Waldemar Droß	Stadtverordneter (bis 17.12.2013)
Ingeborg Koster	Stadtverordnete (ab 18.12.2013)
Thomas Heyer	Stadtverordneter
Dr. Barbara Greis	Stadtverordnete
Dr. Andreas Viertelhausen	Stadtverordneter
Herbert Wolf	Stadtverordneter

Geschäftsführung

Manfred Thielmann

1.6. Bezüge Aufsichtsrat:

Für die Aufsichtsratssitzungen erhielten die Mitglieder im Geschäftsjahr 2013 insgesamt 300 Euro als Aufwandsentschädigung.

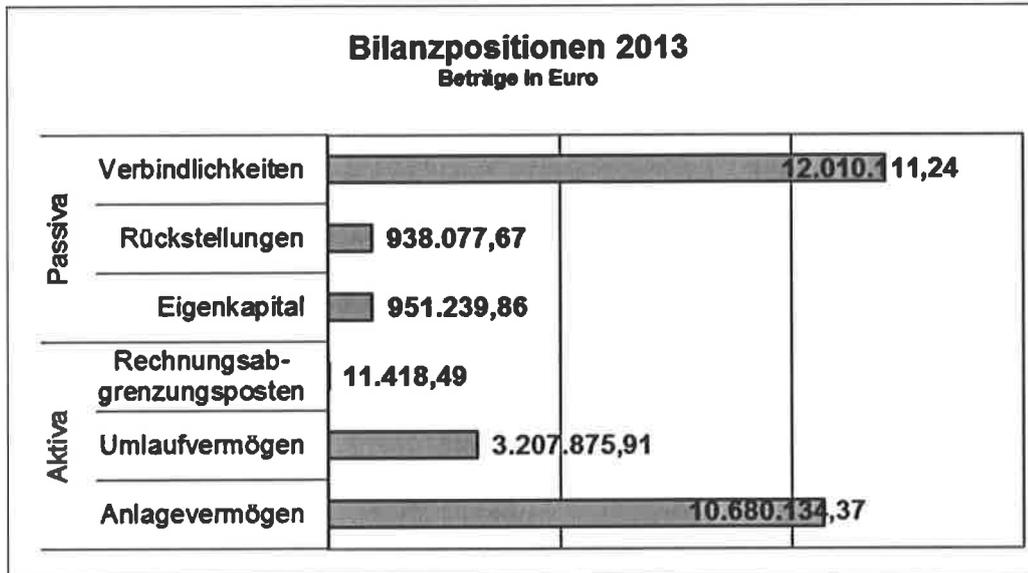
**2. Unternehmenskennzahlen**

Unternehmenskennzahlen	2013	2012	Veränderung 2012 - 2013
	Euro	Euro	Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	10.680.134,37	11.158.309,37	-478.175,00
Umlaufvermögen	3.207.875,91	2.912.314,45	295.561,46
Rechnungsabgrenzungsposten	11.418,49	10.169,00	1.249,49
Bilanzsumme	13.899.428,77	14.080.792,82	-181.364,05
Passiva			
Eigenkapital	951.239,86	769.909,79	181.330,07
<i>davon Stammkapital</i>	<i>1.354.923,50</i>	<i>1.354.923,50</i>	<i>0,00</i>
Rückstellungen	938.077,67	772.880,41	165.197,26
Verbindlichkeiten	12.010.111,24	12.538.002,62	-527.891,38
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	13.899.428,77	14.080.792,82	-181.364,05
Gewinn- und Verlustrechnung			
Umsatzerlöse	11.256.905,28	11.634.880,18	-377.974,90
sonstige betriebliche Erträge	1.241.462,94	1.278.199,49	-36.736,55
sonstige Erträge	0,00	0,00	0,00
Betriebsleistung	12.498.368,22	12.913.079,67	-414.711,45
Materialaufwand	3.346.824,85	3.704.437,50	-357.612,65
Personalaufwand	5.163.463,87	5.241.185,89	-77.722,02
Abschreibungen	1.575.072,87	1.532.056,68	43.016,19
sonst. betr. Aufwendungen	1.864.254,60	1.879.450,70	-15.196,10
Betriebsaufwand	11.949.616,19	12.357.130,77	-407.514,58
Zinsen und ähnliche Erträge	4.006,90	8.615,60	-4.608,70
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	326.964,09	362.707,30	-35.743,21
außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	225.794,84	201.857,20	23.937,64
außerordentliche Aufwendungen	-14.942,00	-14.942,00	0,00
Steuern	29.522,77	27.881,61	1.641,16
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	181.330,07	159.033,59	22.296,48

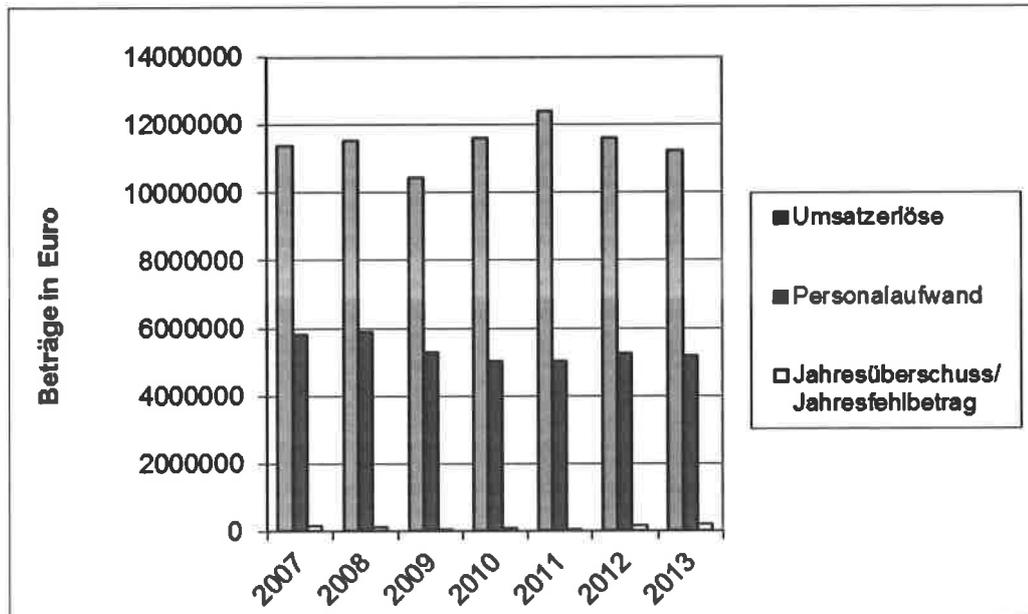


2.2 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Gewinn- und Verlustrechnung





3. Verbindung zum städtischen Haushalt im Jahr 2013:

a) Darlehen

keine

b) Sicherheiten

Gegenüber den Wetzlarer Verkehrsbetrieben und Reisebüro besteht zum 31.12.2013 eine Bürgschaftsverpflichtung der Stadt Wetzlar in Höhe von 247.337,06 € und eine Patronatserklärung in Höhe von 6.000.000 €.

c) Erträge / erhaltene Zuschüsse

Das Unternehmen erhält aufgrund einer Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung vom 21.06.1994 (DRU 6577 – I/201) die Infrastrukturkostenhilfe des Rhein-Main-Verkehrsverbundes in Höhe von 511.922 Euro jährlich ausgezahlt.

Weitere Entschädigungen ergeben sich aus dem unten angeführten Verkehrsvertrag.

d) Aufwendungen / geleistete Zuschüsse

Einzelne Ämter der Stadtverwaltung Wetzlar treten hier als Kunde auf und nehmen die angebotenen Leistungen des Unternehmens in Anspruch.

e) Verkehrsvertrag (gültig ab 01.01.2010)

Mit dem Vertrag zum Stadtbusverkehr vom 19.10.2009 zwischen der Stadt Wetzlar, vertreten durch den Magistrat als „Aufgabenträger“ und der Firma Werner Gimmler Wetzlarer Verkehrsbetriebe und Reisebüro GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Manfred Thielmann, wurde das Verkehrsunternehmen mit der Erbringung der Beförderungsleistungen auf den 10 Stadtbuslinien beauftragt. Die Verkehrsleistung beträgt rund 1,4 Mill. Nutzwagenkilometer im Jahr. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis Dezember 2017.

f) Kapitalrücklage

Gemäß der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung vom 01.06.1999 wurde dem Unternehmen im Jahr 1999 eine Kapitalrücklage in Höhe von 511.291,88 € gewährt.



4. Unternehmensverlauf und –entwicklung 2013

A. Darstellung des Geschäftsverlauf

1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Im Jahr 2013 wurde die im Jahr 2009 vom Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung beschlossene Qualitätsoffensive, im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs, weiter umgesetzt. Das Unternehmen hat in den vergangenen Jahren 33 neue Linienfahrzeuge angeschafft. Mit unserem leistungsfähigen und modernen Verkehrsmanagement überwachen und steuert die Gesellschaft die ÖFNV-Linien im Stadtgebiet Wetzlar und auf der Linie 11 bis in das Stadtgebiet Gießen. In der Verkehrsleitstelle wird sich um einen möglichst reibungslosen Linienbetrieb im Zuständigkeitsbereich des Unternehmens gekümmert. Zudem werden Datenmaterial zur Qualitätsprüfung gesammelt und erfasst, die für eine umfassende Fahrgastinformation sorgen.

Im Rahmen der Einführung des E-Ticketings im Bereich des Rhein-Main Verkehrsverbundes war die Gesellschaft gezwungen, ein umfassendes EDV-Projekt auf den Weg zu bringen. Diese Maßnahmen, neue Busdrucker, Verkaufseinrichtungen für E-Ticketing, neue Serveranlagen bis hin zu einem komplett neuen Hintergrundsystem für Dienst- und Fahrplangestaltungen, wird gemeinsam mit den Partnern seit dem Jahr 2012 entwickelt und die Gesamtmaßnahme, im Zuge der Einführung des E-Ticketings Rhein-Main Verkehrsverbund, im Jahr 2015 abschließen. Hierfür werden Investitionen in der Größenordnung 500.000 Euro notwendig.

In der Bustouristik hat sich das Unternehmen in den vergangenen Jahren zu Deutschlands umsatzstärksten Busreiseunternehmen entwickelt. Erstmals in der Firmengeschichte konnten im Jahr 2013 mehr als 280.000 Kunden in der Bustouristik begrüßt werden. die steile Aufwärtsbewegung in diesem Bereich soll auch in den kommenden Jahren erfolgreich weitergeführt werden.

2. Gesamtleistung

Die Werner Gimmler Wetzlarer Verkehrsbetriebe und Reisebüro GmbH verzeichnen im Berichtsjahr Gesamterträge in Höhe von TEuro 12.498. Die Erlöse aus Verkehrsdienstleistungen in Höhe von TEuro 5.569, in denen neben den RMV-Tarifeinnahmen unter anderem auch Ausgleichszahlungen „Schülerbeförderung“ nach § 45 a PBefG und die Erstattungen „Schwerbehinderter“ nach § 148 SGB IX enthalten sind, konnten auf fast gleichem Niveau gehalten werden. Auch für das Reisegeschäft konnte eine Ertragssteigerung verzeichnet werden. Dies stellt eine sehr beruhigende Entwicklung für das Gesamtunternehmen dar.



Vergleich der Jahresabschlüsse:

2003	- 1.017.953,42 €
2004	- 672.871,73 €
2005	- 583.166,42 €
2006	- 297.540,75 €
2007	+ 151.113,30 €
2008	+ 122.573,97 €
2009	+ 48.029,43 €
2010	+ 78.024,27 €
2011	+ 25.473,24 €
2012	+ 159.033,59 €
2013	+ 181.330,07 €

3. Dienstleistungen

Die Gesellschaft ist in folgenden Teilgebieten tätig:

- Linienverkehr
- Ausflugsfahrten
- Eventreisen
- Mietomnibusse
- Ferienzielreisen
- Ticketverkauf
- Reisebüro für Flug-, Bahn- und Schiffsreisen

4. Investitionen

Die Investitionen in das Anlagevermögen betragen im Geschäftsjahr TEuro 1.485 und lagen um TEuro 90 unter den Abschreibungen.

Der Schwerpunkt der Investitionen lag im Bereich der Omnibusse (TEuro 1.442); die Zugänge mussten nur teilweise über die Aufnahme von Bankdarlehen finanziert werden.

Der Fuhrpark wurde in den vergangenen vier Jahren ganz erheblich verjüngt und in der Bustouristik komplett auf Euronorm 5 umgestellt.

5. Finanzierungsmaßnahmen

In den vergangenen Jahren wurde mehrfach auf das sehr geringe Eigenkapital des Unternehmens, bedingt durch die Verlustvorträge aus den Jahren 1999 bis 2003, hingewiesen. Es kann dauerhaft nicht ausgeschlossen werden, dass der Gesellschafter, im Zuge kommender Investitionen, das Eigenkapital des Unternehmens erheblich stärken muss.



6. Personal und Sozialbereich

Im abgelaufenen Geschäftsjahr gab es keine bedeutenden Veränderungen im Mitarbeiterstamm. Die Personalkosten im Unternehmen haben sich wie folgt entwickelt:

2003	6.657.153,08 €
2004	6.671.942,23 €
2005	6.277.598,14 €
2006	6.020.600,31 €
2007	5.805.328,58 €
2008	5.884.276,41 €
2009	5.276.230,59 €
2010	5.008.050,91 €
2011	5.028.593,15 €
2012	5.241.185,89 €
2013	5.163.463,87 €

B. Darstellung der Lage

1. Ertragslage

Die Gesamtleistung von TEuro 12.498 hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEuro 415 vermindert. Die Gesamtleistung führt zu einem Jahresüberschuss in Höhe von TEuro 181.

Die Ertragslage der Gesellschaft ist ausreichend, muss jedoch in den kommenden Jahren weiter stabilisiert werden.

Der Turnaround wurde im Jahr 2007 erreicht und in den Geschäftsjahren 2008 – 2013, trotz schwieriger Rahmenbedingungen, fortgesetzt.

C. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Nach jahrelangen Verhandlungen trat am 01.01.2013 die Novelle des PBefG in Kraft. Bund und Länder hatten sich Mitte September 2012 auf einen Kompromiss verständigt. Rund 4 Jahre nach Inkrafttreten des neuen EU-Rechtes für den ÖPNV wird damit das nationale Recht an die Maßnahmen der Verordnung angepasst. Der Kompromiss sieht auf Drängen der Länder eine Stärkung der ÖPNV-Aufgabenträger vor. Den Aufgabenträgern wird ausdrücklich die Befugnis eingeräumt, alle Instrumente der Verordnung (EG) zu nutzen, Ausschreibungen ebenso wie die Direktvergaben, die Gewährung ausschließlicher Rechte und die Aufstellung allgemeiner Vorschriften. Im Gegenzug konnte sich der Bund mit seiner Forderung nach einer Liberalisierung des Fernbusverkehrs durchsetzen.

Außerdem verlangt das neue Gesetz ab dem 01.01.2022 eine vollständige Barrierefreiheit im ÖPNV.



Das neue hessische ÖPNV-Gesetz ist die wesentliche Ausgestaltungsgrundlage für den ÖPNV in Hessen. Auch diese Novelle stärkt die Bedeutung der Nahverkehrspläne und unterstreicht deren Vorgaben als bindende Planungsgrundlage. Das Gesetz steht insgesamt ganz unter dem Vorzeichen der Stärkung der kommunalen Entscheidungsspielräume!

Sehr schwierige Tarifverhandlungen zwischen dem Landesverband Hessischer Omnibusunternehmen und der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di begannen im Herbst 2013 und werden im Frühjahr 2014 fortgesetzt. Das Unternehmen hat hier aufgrund der Fehlplanungen durch den sogenannten hessischen Wettbewerb im Öffentlichen Personennahverkehr mit einer erheblichen Tarifsteigerung der Fahrerlöhne zu rechnen. Über den Fortgang dieser Dinge werden die Kontrollgremien regelmäßig informiert.

Das Geschäftsjahr 2014 wird durch die Fortsetzung der erheblichen Investitionen im Bereich EDV, E-Ticketing und Busdrucker geprägt sein. Die vom Aufsichtsrat des Rhein-Main-Verkehrsverbundes beschlossenen Maßnahmen werden seit dem Jahr 2012 im Unternehmen umgesetzt und binden, neben erheblichen finanziellen Mitteln, umfassende Personalkapazitäten.

Im Bereich der Bustouristik erschließt die Gesellschaft neben dem Kerneinzugsgebiet Mittelhessen gerade verstärkt das Rhein-Main-Gebiet mit zusätzlichen Werbemaßnahmen. Die Bustouristik soll weiter expandieren. Hierzu sind umfangreiche Logistikplanungen für die Zubringerdienste vorgesehen.



1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Gründung:

Die **Wetzlar Arena GmbH** wurde durch den Gesellschaftsvertrag vom 24. September 2002 gegründet.

1.2 Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb und die Vermarktung der Wetzlar Arena für Veranstaltungen aller Art. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten, pachten oder verpachten sowie Unternehmens- und Interessengemeinschaftsverträge schließen.

1.3 Öffentlicher Zweck

Der Öffentliche Zweck besteht in der Verbesserung der touristischen Infrastruktur in der Region Mittelhessen durch die Ausweitung des kulturellen und sportlichen Angebots mit der Sicherstellung des Betriebes einer im städtischen Eigentum befindlichen überregionalen Veranstaltungshalle. Die Gesellschaft hat zur Zeit ihre Aktivität eingestellt, die Veranstaltungshalle wird von einem privaten Anbieter betrieben. Zur Sicherstellung des überörtlichen Angebots kann die Gesellschaft ggfs. den Betrieb der Arena wieder aufnehmen.

1.4 Stammkapital:

25.000,00 € Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar

Aufteilung:

Stadt Wetzlar 100 %

**1.5 Organe:****Gesellschafterversammlung**

Gemäß § 7 des Gesellschaftsvertrages führt der/die Vorsitzende des Aufsichtsrates den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung. Die Zusammensetzung stellt sich wie folgt dar:

Wolfram Dette	Oberbürgermeister
Manfred Wagner	Bürgermeister

Aufsichtsrat

Manfred Wagner	Vorsitzender, Bürgermeister
Wolfram Dette	Stellv. Vorsitzender, Oberbürgermeister
Christa Lefevre	Stadtverordnete, Lehrerin
Dennis Schneiderat	Stadtverordneter, Wissenschaftl. Mitarbeiter
Waldemar Kleber	Stadtverordneter, Versicherungskaufmann
Krimhilde Tacke	Stadtverordnete, Krankenschwester
Thomas Meißner	Stadtverordneter, Bankkaufmann

Geschäftsführung

Herr Friedrich Rolf Hess

1.5.1. Bezüge Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat erhielt für seine Tätigkeit eine Vergütung von 300,00 Euro.



2. Unternehmenskennzahlen

Unternehmenskennzahlen	2013	2012	Veränderung 2012 - 2013
	Euro	Euro	Euro
<u>Bilanz</u>			
Aktiva			
Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00
Umlaufvermögen	20.464,47	21.624,66	-1.160,19
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	20.464,47	21.624,66	-1.160,19
Passiva			
Eigenkapital	18.527,09	20.322,08	-1.794,99
<i>davon Stammkapital</i>	<i>25.000,00</i>	<i>25.000,00</i>	<i>0,00</i>
Rückstellungen	1.650,00	610,00	1.040,00
Verbindlichkeiten	287,38	692,58	-405,20
Bilanzsumme	20.464,47	21.624,66	-1.160,19
<u>Gewinn- und Verlustrechnung</u>			
Umsatzerlöse	0,00	0,00	0,00
sonstige betriebliche Erträge	0,00	0,00	0,00
sonstige Erträge	0,00	0,00	0,00
Betriebsleistung	0,00	0,00	0,00
Materialaufwand	0,00	0,00	0,00
Personalaufwand	0,00	0,00	0,00
Abschreibungen	0,00	0,00	0,00
sonst. betr. Aufwendungen	1.943,88	1.517,34	426,54
Betriebsaufwand	1.943,88	1.517,34	426,54
Zinsen und ähnliche Erträge	148,89	173,80	-24,91
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.794,99	-1.343,54	-451,45
Steuern	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-1.794,99	-1.343,54	-451,45



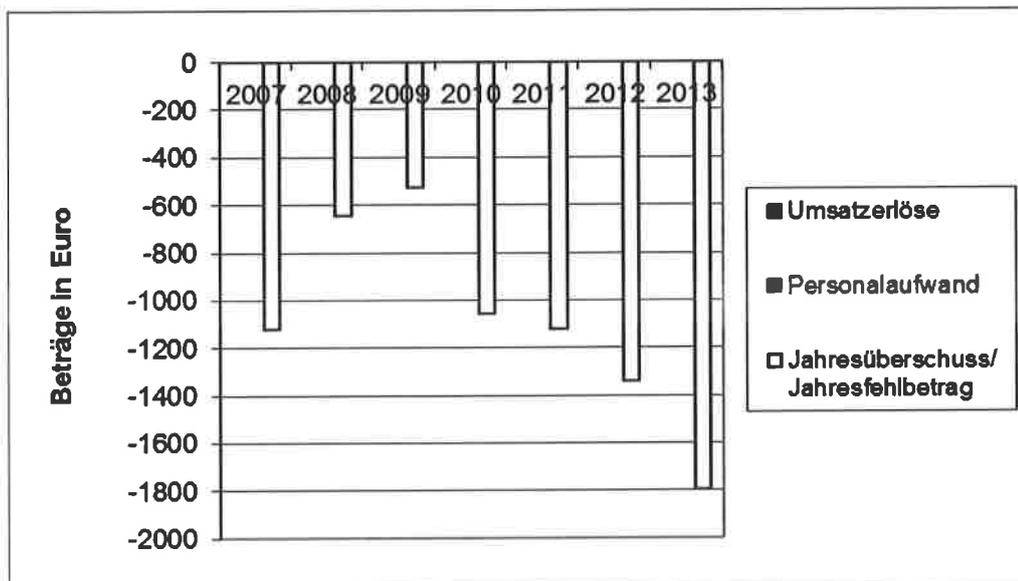
2.2 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz

Bilanzpositionen 2013
Beträge in Euro

Passiva	Verbindlichkeiten	287,38				
	Rückstellungen	1.650,00				
	Eigenkapital				18.527,09	
Aktiva	Rechnungsabgrenzungsposten	0,00				
	Umlaufvermögen				20.464,47	
	Anlagevermögen	0,00				

b) Gewinn- und Verlustrechnung



Seit dem Jahr 2005 fällt lediglich geringfügiger sonstiger Aufwand an.



3. Verbindung zum städtischen Haushalt und Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadthallen Wetzlar im Jahr 2013:

- a) **Darlehen**
keine
- b) **Sicherheiten**
keine
- c) **Erträge / erhaltene Zuschüsse**
keine
- d) **Aufwendungen / geleistete Zuschüsse**
keine
- e) **Kapitalrücklage**

Dem Unternehmen wurden in verschiedenen Jahren folgende Kapitalrücklagen gewährt:
2004 in Höhe von 35.000 Euro
2003 in Höhe von 76.000 Euro
2002 in Höhe von 10.000 Euro.

4. Unternehmensverlauf und –entwicklung 2013

Die Wetzlar Arena GmbH wurde am 24. September 2002 für die Vermarktung der Arena gegründet. Bei der Wetzlar Arena handelt es sich um eine multifunktionale Halle mit einer Kapazität von bis zu 6.000 Personen. Neben Kongressen, Tagungen und Seminaren finden dort Musik- und Sportveranstaltungen sowie Ausstellungen und Präsentationen statt.

Seitdem ein Vertrag mit einem privaten Betreiber für die Arena abgeschlossen wurde, wird die Gesellschaft als ruhende GmbH geführt, um gegebenenfalls den Betrieb der Arena zukünftig wieder durchführen zu können.

Alleiniger Gesellschafter der Wetzlar Arena GmbH ist die Stadt Wetzlar/Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar. Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €. Das Stammkapital wurde voll eingezahlt. Im Laufe der Jahre erhielt die Wetzlar Arena GmbH vom Gesellschafter Stadt Wetzlar/Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar zur Sicherstellung der Liquidität verschiedene Kapitalrücklagen. (vgl. Punkt 3 d)



1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Gründung: Die Gesellschafterversammlung der **Wetzlarer Hof Grundstücksverwaltung GmbH** hat am 04. September 1990 den Gesellschaftsvertrag vollständig neu gefasst.

1.2 Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung der der Gesellschaft gehörenden Grundstücke mit den darauf befindlichen Gebäuden und der Betrieb des in den Gebäuden befindlichen Hotels und Restaurants sowie ähnliche Geschäfte.

1.3 Öffentlicher Zweck Der öffentliche Zweck besteht in der Verbesserung der touristischen Infrastruktur der Region. Die Stadthalle Wetzlar ist aufgrund der räumlichen Situation auf eine sachgerechte Bewirtschaftung der Grundstücke der Gesellschaft (Küche, Restaurant) angewiesen.

1.4 Stammkapital: **335.816,51 € (eingefordertes Kapital)**

<u>Aufteilung:</u>	Stadt Wetzlar/EB Stadthalle	332.339,73 €	98,96 %
	Bürgerverein Wetzlar	3.476,78 €	1,04 %
	Summe:	335.816,51 €	100 %

Die in den Vorjahresberichten ausgewiesenen eigenen Anteile in Höhe von 11.861,97 € werden gemäß des BilMoG (Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz) in dem Bereich „Andere Gewinnrücklagen“ ausgewiesen.



1.5 Organe:

Gesellschafterversammlung

Gemäß § 5 des Gesellschaftsvertrages wird die Gesellschafterversammlung durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrates oder seinen Stellvertreter einberufen.

Aufsichtsrat

Manfred Wagner	Vorsitzender, Bürgermeister
Wolfram Dette	stellv. Vorsitzender, Oberbürgermeister
Angelo De Bona	Gastronom
Krimhilde Tacke	Krankenschwester
Werner Gerhardt	Rechtsanwalt
Waldemar Kleber	Versicherungskaufmann
Hermann Spory	Diplom-Ingenieur
Doris Ebertz	Präsidentin des Bürgervereins

Geschäftsführung

Herr Friedrich R. Hess

1.5.1. Bezüge Aufsichtsrat:

Die Aufwandsentschädigung des Aufsichtsrates betrug im Berichtsjahr 418,67 Euro.

**2. Unternehmenskennzahlen**

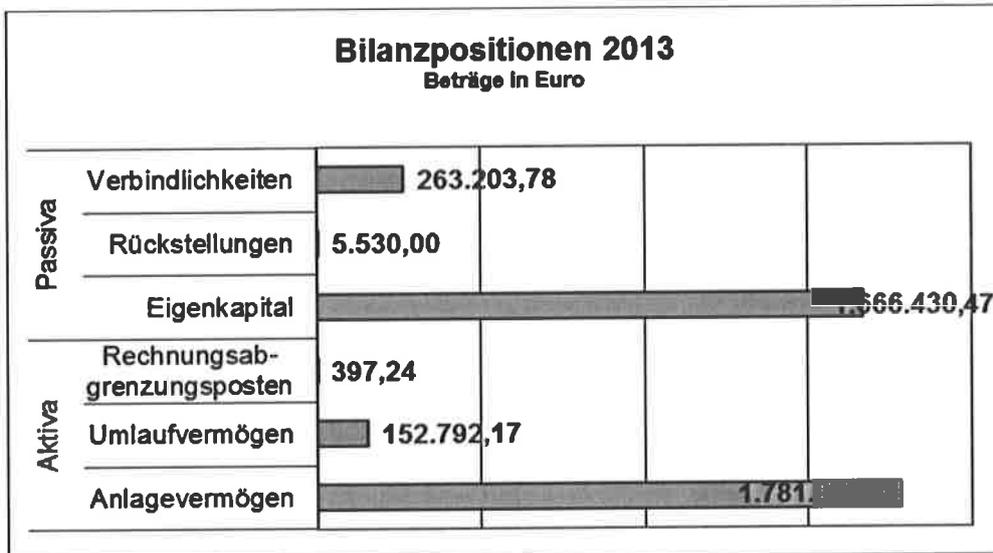
Unternehmenskennzahlen	2013	2012	Veränderung 2012 - 2013
	Euro	Euro	Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	1.781.974,84	1.862.037,90	-80.063,06
Umlaufvermögen	152.792,17	84.052,27	68.739,90
Rechnungsabgrenzungsposten	397,24	396,25	0,99
Bilanzsumme	1.935.164,25	1.946.486,42	-11.322,17
Passiva			
Eigenkapital	1.666.430,47	1.664.414,06	2.016,41
<i>davon Stammkapital</i>	335.816,51	335.816,51	0,00
<i>Anderer Gewinnrücklagen</i>	11.861,97	11.861,97	0,00
Rückstellungen	5.530,00	9.380,00	-3.850,00
Verbindlichkeiten	263.203,78	272.692,36	-9.488,58
Bilanzsumme	1.935.164,25	1.946.486,42	-11.322,17
Gewinn- und Verlustrechnung			
Umsatzerlöse	177.600,00	175.200,00	2.400,00
sonstige betriebliche Erträge	13.422,42	8.730,15	4.692,27
sonstige Erträge	1.367,15	0,00	1.367,15
Betriebsleistung	192.389,57	183.930,15	8.459,42
Materialaufwand	0,00	0,00	0,00
Personalaufwand	9.261,08	7.667,16	1.593,92
Abschreibungen	90.032,23	87.867,99	2.164,24
sonst. betr. Aufwendungen	77.683,24	73.914,75	3.768,49
Betriebsaufwand	176.976,55	169.449,90	7.526,65
Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	237,54	-237,54
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10.853,09	12.345,72	-1.492,63
außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4.559,93	2.372,07	0,00
Steuern	2.543,52	2.180,16	363,36
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	2.016,41	191,91	1.824,50

Der eigene Anteil in Höhe von 11.861,97 € wird gemäß den Vorschriften des BilMoG nicht mehr dem Stammkapital zugeordnet, sondern den „Anderen Gewinnrücklagen“.

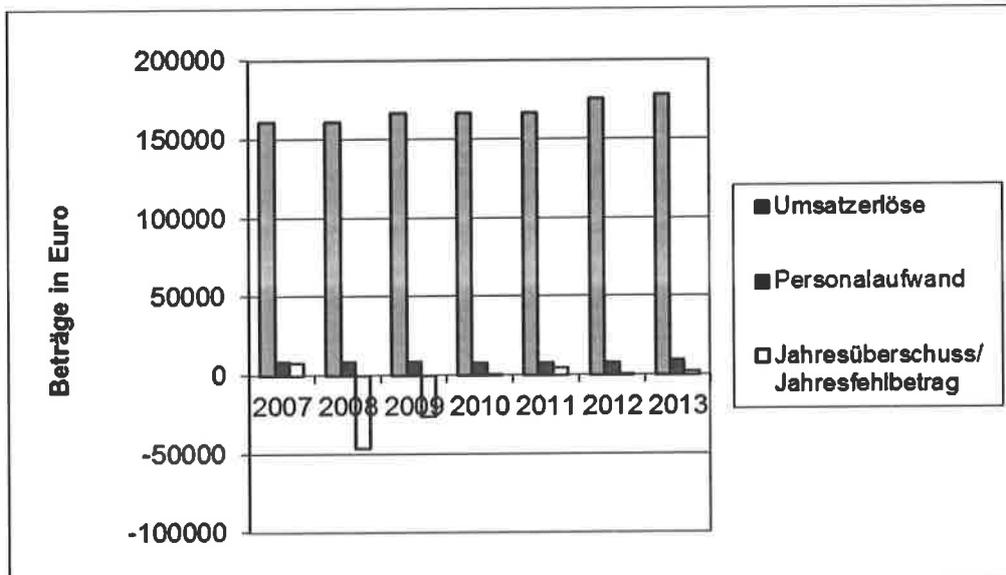


2.2 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Gewinn- und Verlustrechnung





3. Verbindung zum städtischen Haushalt und Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadthallen Wetzlar im Jahr 2013:

a) Darlehen

keine

b) Sicherheiten

keine

c) Erträge / erhaltene Zuschüsse

Die WZH GmbH erhält aufgrund eines Nießbrauchsrechtes 920,32 € jährlich vom Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar.

Die Wetzlarer Hof Grundstücksverwaltung GmbH zahlt an den Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar eine Umsatzpacht aus der Bewirtschaftung der Stadthalle. Der Pächter zahlt an die Wetzlarer Hof Grundstücksverwaltung GmbH eine Festpacht in Höhe von 14.800 € monatlich.

d) Aufwendungen / geleistete Zuschüsse

keine

4. Unternehmensverlauf- und entwicklung 2013

1. Darstellung der wesentlichen Entwicklungen im abgelaufenen Geschäftsjahr

1.1. Umsatzentwicklung / Pachtvertrag

Wesentliche Geschäftsgrundlage der Gesellschaft ist der Pachtvertrag mit der Wetzlarer Hof Gastro GmbH & Co. KG, der in 2013 zu Umsatzerlösen in Höhe von T€ 178 geführt hat. Der Pachtvertrag läuft bis zum 31.12.2014. Die Pachthöhe beträgt in 2013 14.800 € und ab 2014 monatlich 15.000 €.

Die Pächterin hat die Option, den Vertrag bis zum 31.12.2016 zu den Konditionen des Jahres 2014 zu verlängern, wahrgenommen.

1.2. Geschäftsergebnis

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2013 mit einem Jahresüberschuss von € 2.016,41 ab, im Vorjahr wurde ein Jahresüberschuss von € 191,91 ausgewiesen.



1.3. Investitionen und Instandhaltung

Im Geschäftsjahr wurde unter anderem in die Beleuchtung der Küche, den Austausch diverser Kunststofffenster sowie einen neuen Teppich-Bodenbelag investiert. Die Investitionen betragen insgesamt T€ 10. Darüber hinaus wurden Instandhaltungsmaßnahmen in Höhe von T€ 32 ausgeführt (wesentliche Instandhaltungsmaßnahmen sind die Reinigung des Küchenabluftsystems über T€ 7, die Renovierung von Zimmer 322 +323 in Höhe von T€ 2, diverse Reparaturen von Türen und Fenster in Höhe von T€ 1 sowie der Austausch Condensatorlüfter in Höhe von T€ 1). Desweiteren sind Wartungskosten in Höhe von T€ 4 für Brandmeldeanlagen, Sicherheitsbeleuchtung, Heizungsanlage, lufttechnische Anlagen angefallen.

1.4. Personal

Die Gesellschaft beschäftigte neben dem Geschäftsführer noch eine/n nebenamtliche Mitarbeiter/in.

2. Darstellung der Geschäftslage

2.1. Vermögenslage

Die im Jahresvergleich verringerte Bilanzsumme der Aktiva von T€ 11 resultiert aus den um T€ 35 höheren Barmittel- und Forderungsbestand und dem niedrigeren Sachanlagevermögen in Höhe von T€ 80 (Anlagevermögen von T€ 10 und den planmäßigen Abschreibungen T€ 90). Die Bilanzsumme der Passiva verringerte sich um T€ 11, im Bereich des langfristigen Fremdkapitals um die planmäßigen Tilgungen in Höhe von T€ 30, im kurzfristigen Bereich um T€ 11, (Rückgang von Rückstellungen T€ 4 und dem Anstieg kurzfristiger Verbindlichkeiten T€ 32).

Das Vermögen der Gesellschaft besteht fast ausschließlich aus Anlagevermögen. Es beinhaltet die Grundstücke und Gebäude des verpachteten Hotel- und Restaurantobjekts Wetzlarer Hof nebst Inventar.

2.2. Finanzlage

Der Gesellschaft standen im Geschäftsjahr 2013 ausreichend liquide Mittel zur Verfügung.

2.3. Ertragslage

Die Umsatzerlöse beinhalten eine monatliche Pacht in Höhe von 14.800 €. Die sonstigen betrieblichen Erträge (T€ 15) beinhalten im Wesentlichen den Abschreibungsbeitrag für das Brauereidarlehen (T€ 2) und weiterberechnete Kosten an den Pächter (T€



11), sowie den Ertrag aus dem Recht des Nießbrauchs (T€ 1). Der Materialaufwand (Umsatzpacht – Saalbereiche der Stadthalle) und auch die Personalaufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 1 erhöht. Die Abschreibungen verringerten sich um 2 T€. Die betrieblichen Aufwendungen erhöhe sich um T€ 3. Der Jahresüberschuss erhöhte sich um T€ 2.

3. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

3.1. Allgemeine Entwicklung

Die Gesellschaft ist nach gegenwärtigem Kenntnisstand in der Lage, die notwendige Liquidität zur Aufrechterhaltung des laufenden Geschäftsbetriebes aus eigener Kraft zu erwirtschaften. Die Gesellschaft ist bestrebt das Hotel und Restaurant auf dem gewünschten Qualitätsstandard zu halten.

3.2. Ausblick und Ergebnisprognose 2014

Durch eine Pachtanhebung ab Januar 2014 strebt die Gesellschaft für die Zukunft ein positives Jahresergebnis an. Zukünftige Planungen werden weiterhin Ersatzbeschaffungen und Instandhaltungsmaßnahmen enthalten. Im Wirtschaftsplan für das Jahr 2014 wurden für Ersatzbeschaffungen der Betriebs- und Geschäftsausstattung T€ 30 und für Instandhaltungsmaßnahmen T€ 32 eingestellt.

4. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Der Pachtvertrag mit der Wetzlarer Hof Gastro GmbH wurde bis zum 31.12.2016 verlängert. Es gelten die Konditionen wie im Jahre 2014.

Durch Beschluss des Aufsichtsrats vom 08.04.2014 wurde einer umfassenden Neugestaltung der Frontfassade sowie des Außenbereiches zugestimmt.

Derzeit sind keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Sachverhalte erkennbar.



1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Gründung: Die **Wetzlarer Verwaltungs- und Bewirtschaftungs GmbH** wurde am 12. Januar 1991 gegründet.

1.2 Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Bewirtschaftung und die Verwaltung des Bildungszentrums Wetzlar, Ernst-Leitz-Straße 49-53. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen errichten.

1.3 Öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck besteht in der Förderung des Bundesfreiwilligendienstes. Dieser wird erreicht durch die Bewirtschaftung und Verwaltung des Bildungszentrums in Wetzlar.

1.4 Stammkapital: **51.129,19 €**

<u>Aufteilung:</u>	Stadt Wetzlar	26.075,89 €	51 %
	Gbr Dück	25.053,30 €	49 %

1.5 Organe:

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung besteht gem. § 9 des Gesellschaftsvertrages aus fünf Mitgliedern. Davon werden drei Mitglieder von der Stadt Wetzlar und zwei Mitglieder von der Gbr Dück, benannt.

Aufsichtsrat

Günter Matejka	Vorsitzender
Georg Dück jun.	
Manfred Wagner	Bürgermeister
Manfred Viand	



Geschäftsführung

Walter Dück
Christian Dück

1.6. Bezüge Aufsichtsrat:

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates (Sitzungsgelder) betragen im Geschäftsjahr 2013 insgesamt 2.172,82 Euro.

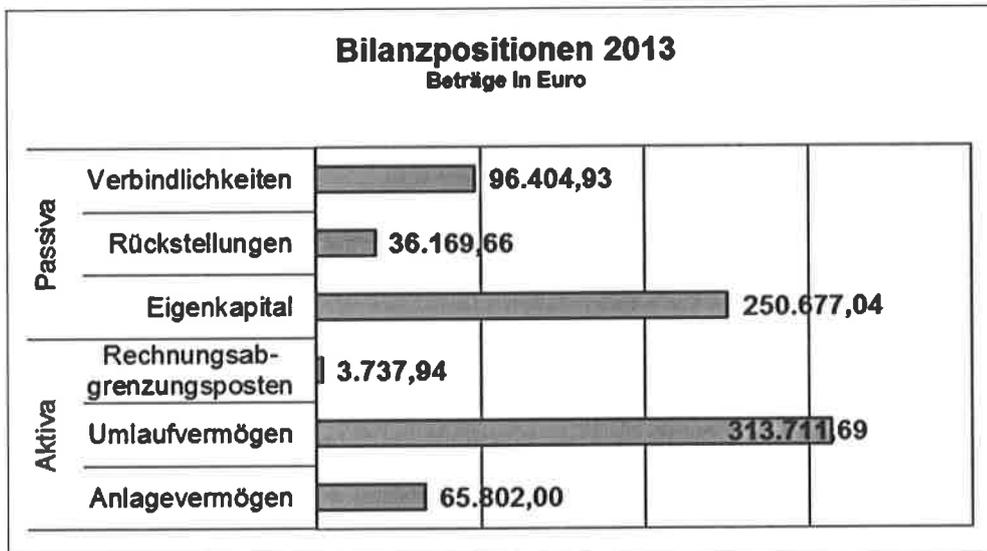
**2. Unternehmenskennzahlen**

Unternehmenskennzahlen	2013	2012	Veränderung 2012 - 2013
	Euro	Euro	Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	65.802,00	55.130,00	10.672,00
Umlaufvermögen	313.711,69	257.952,89	55.758,80
Rechnungsabgrenzungsposten	3.737,94	5.044,03	-1.306,09
Bilanzsumme	383.251,63	318.126,92	65.124,71
Passiva			
Eigenkapital	250.677,04	160.006,08	90.670,96
<i>davon Stammkapital</i>	<i>51.129,19</i>	<i>51.129,19</i>	<i>0,00</i>
Rückstellungen	36.169,66	27.687,60	8.482,06
Verbindlichkeiten	96.404,93	130.433,24	-34.028,31
Bilanzsumme	383.251,63	318.126,92	65.124,71
Gewinn- und Verlustrechnung			
Umsatzerlöse	1.919.885,80	1.803.084,57	116.801,23
sonstige betriebliche Erträge	60.518,21	82.841,26	-22.323,05
sonstige Erträge	0,00	0,00	0,00
Betriebsleistung	1.980.404,01	1.885.925,83	94.478,18
Materialaufwand	84.186,77	85.167,92	-981,15
Personalaufwand	741.446,65	704.497,62	36.949,03
Abschreibungen	30.470,08	33.208,51	-2.738,43
sonst. betr. Aufwendungen	983.794,24	959.533,53	24.260,71
Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	336,69	-336,69
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	227,40	113,40	114,00
Betriebsaufwand	1.840.125,14	1.782.184,29	57.940,85
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	140.278,87	103.741,54	36.537,33
Finanzergebnis	0,00	0,00	0,00
Steuern	49.232,56	40.305,81	8.926,75
Sonstige Steuern	375,35	346,09	29,26
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	90.670,96	63.089,64	27.581,32

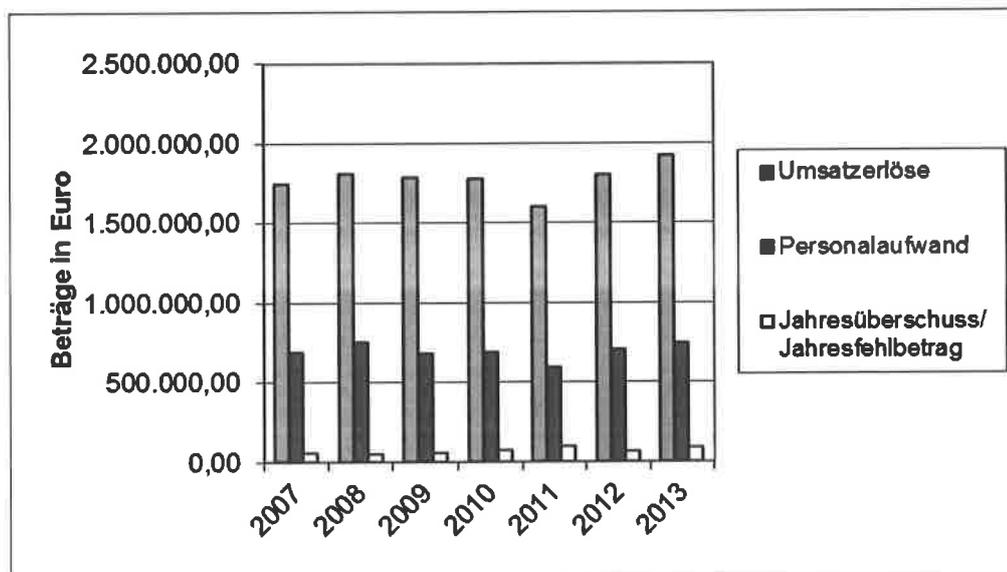


2.2 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Gewinn- und Verlustrechnung





3. Verbindung zum städtischen Haushalt und Wirtschaftsplan der Stadthallen Wetzlar im Jahr 2013:

a) Darlehen

keine

b) Sicherheiten

keine

c) Erträge / erhaltene Zuschüsse

keine

d) Aufwendungen / geleistete Zuschüsse

Dem Eigenbetrieb Stadthalle wurde eine Bruttodividende in Höhe von 35.700 € ausgezahlt.

4. Unternehmensverlauf und –entwicklung 2013

Der Jahresüberschuss 2013 hat sich um rd. 28 T€ auf 91 T€ gegenüber dem Vorjahr (2012: 63 T€) verbessert.

Wesentliche Änderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich in folgenden Bereichen:

Umsatzerlöse: + 117 T€

Sonst. betriebl. Erträge: -22 T€

Personalaufwand: + 37 T€

In 2013 wurden durchschnittlich 28,25 Arbeitnehmer (2012: 26,5) beschäftigt.

Seit Abschaffung des Wehrdienstes und damit auch des Zivildienstes dient das Bildungszentrum der Aus- und Weiterbildung im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes.

Mögliche Risiken können sich dann ergeben, wenn das zuständige Bundesministerium die Beauftragung der Gesellschaft mit Aufgaben des Bundesfreiwilligendienstes beenden sollte.



1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Gründung:

Die **Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH** wurde durch den Gesellschaftsvertrag vom 09. Juli 1952 gegründet.

1.2 Unternehmensgegenstand:

Vorrangiger Gesellschaftszweck ist eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Zu diesem Zweck errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet die Wetzlarer Wohnungsgesellschaft Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen. Sie kann alle Aufgaben im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten, veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleitungen bereitstellen. Sie ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu gründen, zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Sie darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich sind.

1.3 Öffentlicher Zweck

Der Öffentliche Zweck ergibt sich im Rahmen der Daseinsvorsorge aus der Bereitstellung von ausreichend sozial vertretbaren Wohnungen. Die WWG nimmt die Aufgaben des sozialen Wohnungsbaus und die Bewirtschaftung entsprechender Liegenschaften wahr.

1.4 Stammkapital:

4.800.000,00 €

Aufteilung

Stadt Wetzlar	4.234,0 T€	88,21 %
Nassauische Heimstätte	245,0 T€	5,10 %
Eigene Anteile der Gesellschaft	321,0 T€	6,69 %



1.5 Beteiligungen: 0,05 % Beteiligung an der Nassauischen Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH

1.6 Organe: Gesellschafterversammlung

Die Leitung der Gesellschafterversammlung hat gemäß § 17 des Gesellschaftsvertrags der Vorsitzende des Aufsichtsrates oder bei seiner Verhinderung sein Stellvertreter.

Aufsichtsrat

Wolfram Dette	Vorsitzender, Oberbürgermeister
Manfred Wagner	Bürgermeister, stellv. Vorsitzender
Dirk Schumacher	Geschäftsführer der Nassauischen Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main
Ruthild Janzen	Stadträtin
Sigrid Kornmann	Stadträtin
Norbert Kortlüke	Stadtrat (seit 03.07.2013)
Harald Semler	Stadtrat

Geschäftsführung

Harald Seipp, hauptamtlich

1.6.1 Bezüge Aufsichtsrat:

Die Sitzungsgelder des Aufsichtsrates beliefen sich im Geschäftsjahr auf 1.632,00 EUR.



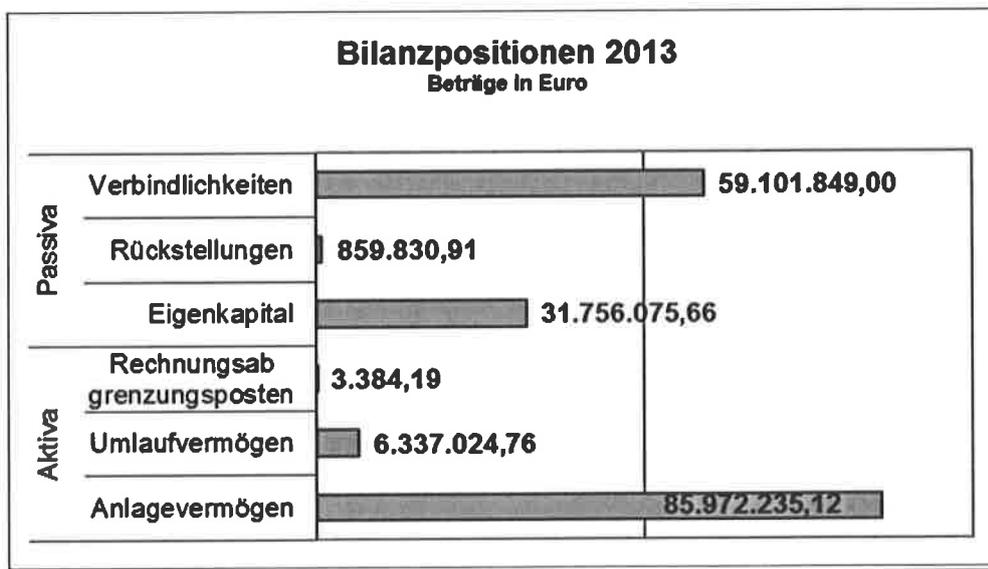
2. Unternehmenskennzahlen

Unternehmenskennzahlen	2013	2012	Veränderung
	Euro	Euro	2012 - 2013
			Euro
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	85.972.235,12	79.729.596,95	6.242.638,17
Umlaufvermögen	6.337.024,76	6.566.209,73	-229.184,97
Rechnungsabgrenzungsposten	3.384,19	2.463,28	920,91
Bilanzsumme	92.312.644,07	86.298.269,96	6.014.374,11
Passiva			
Eigenkapital	31.756.075,66	31.326.325,68	429.749,98
<i>davon Stammkapital</i>	<i>4.800.000,00</i>	<i>4.800.000,00</i>	<i>0,00</i>
Rückstellungen	859.830,91	823.546,51	36.284,40
Verbindlichkeiten	59.101.849,00	54.008.855,23	5.092.993,77
Rechnungsabgrenzungsposten	594.888,50	139.542,54	455.345,96
Bilanzsumme	92.312.644,07	86.298.269,96	6.014.374,11
Gewinn- und Verlustrechnung			
Umsatzerlöse	16.587.246,82	15.528.315,71	1.058.931,11
sonstige betriebliche Erträge	146.959,58	270.891,53	-123.931,95
sonstige Erträge	536.662,55	730.818,91	-194.156,36
Betriebsleistung	17.270.868,95	16.530.026,15	740.842,80
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	9.244.457,07	8.822.633,18	421.823,89
Personalaufwand	2.295.770,82	2.196.489,38	99.281,44
Abschreibungen	3.440.908,36	3.202.002,60	238.905,76
sonst. betr. Aufwendungen	774.010,38	742.227,20	31.783,18
Betriebsaufwand	15.755.146,63	14.963.352,36	791.794,27
Zinsen und ähnliche Erträge	15.531,98	14.179,93	1.352,05
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	834.645,58	648.113,64	186.531,94
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	696.608,72	932.740,08	-236.131,36
außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
Steuern	87.698,74	56.975,68	30.723,06
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	608.909,98	875.764,40	-266.854,42
Einstellung in gesellschaftsvertragliche Rückstellung	70.000,00	90.000,00	-20.000,00
Bilanzgewinn	538.909,98	785.764,40	-246.854,42

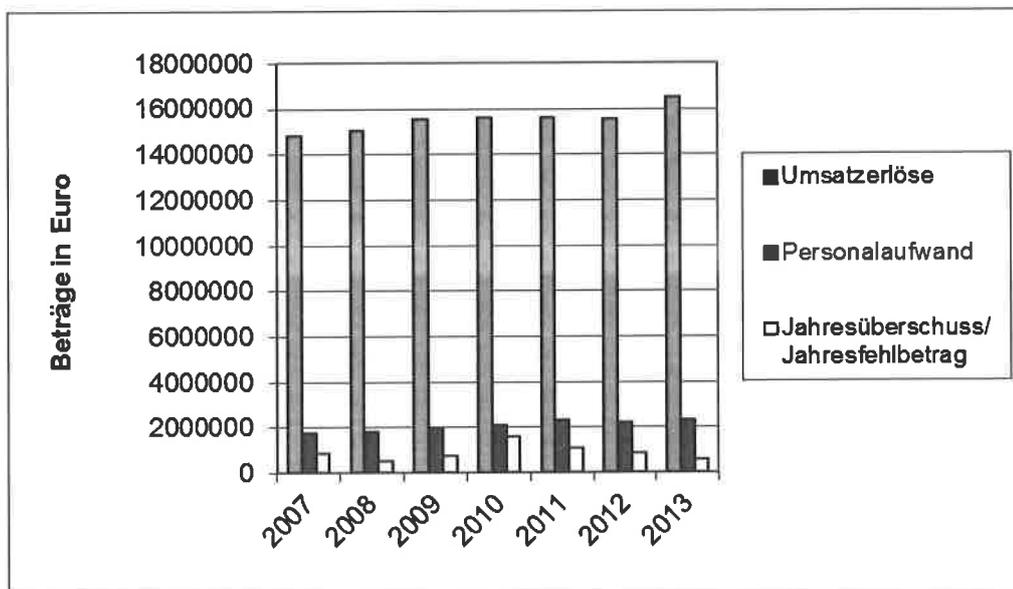


2.2 Graphische Darstellung der Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

a) Bilanz



b) Gewinn- und Verlustrechnung





3. Verbindung zum städtischen Haushalt und Wirtschaftsplan der Stadthallen Wetzlar im Jahr 2013:

a) Darlehen

Die Stadt gewährte der Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH Wohnungsbaudarlehen zum Stand vom 31.12.2013 in Höhe von 9.149.094,93 €.

b) Sicherheiten

Gegenüber der WWG bestehen zum 31.12.2013 Bürgschaftsverpflichtungen der Stadt Wetzlar in Höhe von 2.381.323,12 €.

c) Erträge / erhaltene Zuschüsse

keine

d) Aufwendungen / geleistete Zuschüsse

Dem Eigenbetrieb Stadthalle wurde eine Bruttodividende in Höhe von 169.360 € ausbezahlt.

4. Unternehmensverlauf und -entwicklung 2013:

Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Die Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH mit Sitz in Wetzlar an der Lahn verfügt zum Bilanzstichtag 31.12.2013 über 2.858 eigene Wohnungen, 584 Garagen, 968 PKW-Stellplätze und 28 sonstige Einheiten (Gewerbe, darunter seit 2013 eine stationäre Pflegeeinrichtung mit 149 Plätzen). Damit hat sich im Vergleich zum Vorjahr die Anzahl der eigenen Wohnungen um fünf erhöht. Bei den sonstigen Einheiten betrug die Steigerung eine, bei den Stellplätzen 81 und bei den Garagen sieben Einheiten. In 2014 werden planmäßig 12 Wohnungen durch Zukauf und einige Stellplätze sowie Garagen durch Umbaumaßnahmen hinzukommen.

Der Wohnungsmarkt im Geschäftsgebiet ist als ausgeglichen zu bezeichnen. Nennenswerte marktbedingte Leerstände waren daher nicht zu verzeichnen und sind auch nicht zu erwarten. Die Fluktuationsrate ist mit 8,5 % im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 % gesunken. Die Bewerberzahlen haben sich im Berichtsjahr auf hohem Niveau erneut erhöht und betragen nunmehr 1.871. Stellenweise wurden die Mieten im gesetzlich vorgegebenen Rahmen geringfügig erhöht und betragen in 2013 durchschnittlich 4,94 €/m² nach 4,91 €/m² im Vorjahr.

Die Instandhaltungsaufwendungen betragen durchschnittlich rd. 25,31 €/m² (Vorjahr rd. 24,33 €/m²). Zusätzlich wurden ca. € 2,24 Mio. (Vorjahr ca. € 3,32 Mio.) für aktivierungspflichtige Modernisierungen aufgewendet.



Insgesamt beurteilt die WWG die Entwicklung ihres Wohnungsunternehmens positiv, da der Wohnungsbestand erweitert, die Instandhaltungen und Modernisierungen planmäßig auf hohem Niveau fortgeführt und die Ertragslage bei nahezu unverändertem Personalbestand gestärkt wurden.

Ertragslage

Der Jahresüberschuss ergibt sich, wie in den Vorjahren, überwiegend aus der Bewirtschaftung des eigenen Immobilienbestandes und ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 267 auf T€ 609 zurückgegangen.

Zu dieser Entwicklung spielten die beiden großen Projekte eine entscheidende Rolle. Der Kauf des Altenzentrums mit angefangener Sanierung und der Bau des Mehrgenerationenhauses haben eine hohe Summe an Finanzmitteln benötigt. Diese wiederum müssen verzinst werden und belasten zudem über die Abschreibung die Gewinn- und Verlustrechnung. Demgegenüber stehen allerdings auch Mieteinnahmen, die das Verhältnis in etwa ausgleichen.

Die Kosten für die sog. warmen und kalten Betriebskosten sind gestiegen. Dies liegt zum Einen an höheren Energie- und Betriebskosten und zum Anderen daran, dass die Gesellschaft durch neue Liegenschaften absolut betrachtet natürlich auch höhere Kosten hat. Da jedoch die Betriebskosten auf die Mieter umgelegt werden, belastet diese Entwicklung die Gewinn- und Verlustrechnung nicht, sondern verzerrt lediglich das Ergebnis über zwei Jahre. Der Ausgleich erfolgt über die „Veränderungen des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen“.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagementsystem der Gesellschaft erfasst das Controlling und regelmäßige interne Berichterstattung. Es wird laufend aktualisiert. Wesentliche Risiken sind nicht erkennbar. Auch für die Zukunft wird eine günstige Vermietungssituation mit punktuell leicht steigenden Mieten erwartet. Weitere Chancen werden bei der Wirtschaftlichkeit durch Neubau und Erwerb von Wohnungsbeständen ebenso wahrgenommen wie durch die moderate Ausweitung des Betreuungsgeschäftes. Wohnungsverkäufe sind derzeit nicht geplant.

Die aktuelle Zinsentwicklung auf historisch niedrigem Niveau begünstigt die Ertragslage und ggf. weiteres Wachstum durch Neubau oder Erwerb weiterer Immobilien. Wegen steigender Tilgungsanteile bei den Annuitätendarlehen und der recht gleichmäßigen Verteilung der Zinsbindungsfristen halten sich die Zinsänderungsrisiken für die Gesellschaft in überschaubarem Rahmen.

Der besondere Vorteil des Geschäftsmodells liegt in den regelmäßig eingehenden Nutzungsgebühren (Mieten). Weder ist aufgrund der aktuellen Marktlage noch der erwarteten Entwicklung mit nennenswertem Leerstand oder mit umfangreichen Mietausfällen zu rechnen. Bei auch zukünftig leicht steigenden Nutzungsgebühren (Mieten), bei weiterhin nicht ansteigenden Zinsen, sowie planmäßiger Fortführung von Instandhaltung und Modernisierung rechnet die WWG für 2014 mit Erträgen aus der Hausbewirtschaftung von T€ 16.900, Zinsaufwendungen



von T€ 880 und plant die Kosten für Hausbewirtschaftung mit T€ 9.450. Als Jahresüberschuss wird mit einem Betrag von T€ 660 gerechnet. Damit wird das Eigenkapital weiter gestärkt und die finanzielle Basis für künftige Investitionen weiter verbessert.



Anlagen

**Abschreibung**

Bestandteil der GuV (Gewinn- und Verlustrechnung). Materielle und immaterielle Vermögensgegenstände des Unternehmens werden abgeschrieben. Die Höhe der Abschreibung bestimmt sich gemäß der Nutzungsdauer und der Höhe der Auszahlung für den Vermögensgegenstand sowie gesetzlicher Regelungen. Die Abschreibung dient dazu, die hohe Auszahlung für die Anschaffung des Vermögensgegenstandes in kleine Beträge über mehrere Jahre in der GuV zu verteilen um den Vermögenswert wieder zu erwirtschaften. Bei den Abschreibungen handelt es sich um eine zeitliche Umverteilung einer Auszahlung und nicht um einzelne zahlungswirksame Beträge. Daher ist sie nur in der GuV aufzuführen, niemals in der Liquiditätsplanung.

Aktiva

Summe der Vermögensgegenstände eines Unternehmens. Die Aktivseite einer Bilanz umfasst das betriebliche Vermögen, unterteilt in Anlagevermögen und Umlaufvermögen. Die Aktiva sind die linke Seite der Bilanz und stellen die Mittelverwendung dar. Die Summe der Aktiva in der Bilanz muss immer gleich der Summe der Passiva sein.

Anlagevermögen

Dauieranlagen eines Unternehmens, die normalerweise nicht verkauft werden sollen. Dazu zählen Sachanlagen wie Maschinen, Finanzanlagen wie Aktien und immaterielle Vermögenswerte wie Konzessionen, Patente, Lizenzen usw. ; Gegensatz: Umlaufvermögen (§247 Abs. 2 HGB)

Anhang zur Vermögensrechnung

Im Anhang zur Vermögensrechnung sind die wesentlichen Posten der Vermögensrechnung zu erläutern. Im Absatz 2 zu § 50 GemHVO – Doppik sind abschließend weitere Angaben aufgeführt, die darzustellen sind. Das sind u.a. die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; Haftungsverhältnisse, die nicht in der Vermögensrechnung auszuweisen sind; Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können und Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften.

Aufwand

Der kaufmännische Begriff des Aufwandes (Gegenstück: Ertrag) ist von den Auszahlungen sowie den Ausgaben zu unterscheiden. Aufwand ist in Geld ausgedrückter, aber nicht unbedingt zahlungswirksamer Werteverzehr von Gütern und Dienstleistungen (Ressourcenverbrauch) einer Organisationseinheit in einem Zeitabschnitt.

**Außerordentliche Aufwendungen**

Bestandteil der GuV. Hierzu zählen Aufwendungen, die nicht direkt mit dem Unternehmenszweck und den Unternehmensleistungen (Produkten oder Dienstleistungen) verknüpft sind und daher nicht regelmäßig anfallen (zum Beispiel Gerichtskosten).

Außerordentliche Erträge

Finanzielle Mittel, die dem Unternehmen zufließen und nicht mit seinem Unternehmenszweck oder Leistungen in Verbindung stehen.

Beteiligungen

Beteiligungen sind Anteile an Unternehmen, die in der Absicht gehalten werden, eine dauernde Verbindung zum Unternehmen herzustellen. Der Begriff wird im Rahmen der Gemeindehaushaltsverordnung auch im Zusammenhang mit Anteilen an Verbänden verwendet.

Betriebliche Steuern

Man unterscheidet Verbrauchs-, Verkehrs-, Substanz- sowie Einkommens- und Ertragssteuern. Letztere sind vom betrieblichen Erfolg (Gewinn) abhängig. Die übrigen werden nach anderen Kriterien bemessen. Bis auf die Einkommens- und Körperschaftsteuer können alle anderen Steuern in die Kostenrechnung einbezogen werden.

Bilanz

Eine Bilanz ist die Gegenüberstellung von Vermögenswerten (Aktiva) und Fremd- und Eigenkapital (Passiva) eines Unternehmens. Die Aktivseite zeigt, in welchen Formen das Vermögen des Unternehmens vorhanden ist (zum Beispiel Bargeld, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Wertpapiere). Die Passivseite zeigt, mit welchen Mitteln die Vermögenswerte der Aktivseite finanziert wurden. Diese Mittel setzen sich zusammen aus dem Eigenkapital des Unternehmens und dem Fremdkapital. Aus der Passivseite ist zudem die Art der Finanzierung ersichtlich (kurz-, mittel-, langfristige Verbindlichkeiten). Die Bilanzsumme entspricht dem in der Bilanz ausgewiesenen Gesamtkapital, das im Unternehmen eingesetzt wird – also die Summe der Aktiva bzw. Passiva.

Eigenkapital

Das vom Unternehmer oder den Gesellschaftern in das Unternehmen eingebrachte Kapital, für das kein Anspruch auf eine feste Verzinsung oder Rückzahlung des Be-



trages besteht, dafür aber auf Beteiligung am Geschäftserfolg und beim Verkauf des Unternehmens.

Es wird ermittelt durch die Gleichung: Vermögen - Fremdkapital = Eigenkapital. Durch diese Gleichung wird die Bilanz stets ausgeglichen. Es besteht aus den Posten gezeichnetes Eigenkapital, Kapitalrücklage, Gewinnrücklage, Gewinn - bzw. Verlustvortrag sowie Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag.

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Posten in der GuV, Gewinn oder Verlust aus der normalen Geschäftstätigkeit.

Eröffnungsbilanz

Die erstmalig aufgestellte Bilanz wird als Eröffnungsbilanz bezeichnet. Die Vermögensbewertung erfolgt zum Bilanzstichtag zu vorsichtig geschätzten Zeitwerten.

Des Weiteren wird auch die Bilanz zu Beginn eines Wirtschaftsjahres als Eröffnungsbilanz – auch Anfangsbilanz – bezeichnet. Die Angaben entsprechen denen der Schlussbilanz des abgelaufenen Jahres (Prinzip der Bilanzidentität).

Ertrag

Der kaufmännische Begriff des Ertrags (Gegenstück: Aufwand) ist von den Einzahlungen sowie den Einnahmen zu unterscheiden. Ertrag ist in Geld ausgedrückte, aber nicht unbedingt zahlungswirksame Wertezuwachs (Ressourcenaufkommen) in einem Zeitabschnitt.

Fremdkapital

Bezeichnung für die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten des Unternehmens gegenüber Dritten. Es sind die ausgewiesenen Schulden eines Unternehmens, die ferner in langfristiges und kurzfristiges Fremdkapital unterschieden werden.

Gewinn/Jahresüberschuss

Die Differenz zwischen Ertrag und Aufwand nennt man Jahresüberschuss (Gewinn) oder Jahresfehlbetrag (Verlust). Verwendet wird dieses Begriffpaar zur Ermittlung des Unternehmenserfolges wie er in der gesetzlichen GuV vorgeschrieben ist.

**Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)**

Die Gewinn- und Verlustrechnung dient zur Darstellung der Ertragslage eines Unternehmens. Sie ermittelt den Jahresüberschuss beziehungsweise den Jahresfehlbetrag und bildet daher die Rentabilität eines Unternehmens ab. Sie ist handels- und steuerrechtlich notwendig. Zu ihren gesetzlichen Vorschriften siehe § 275 Handelsgesetzbuch (HGB). Der Jahresüberschuss dient auch als steuerliche Bemessungsgrundlage.

Gewinnvortrag

Der Gewinnvortrag ist der Teil des Bilanzgewinns des Vorjahres oder der Vorjahre, über dessen endgültige Verwendung erst später entschieden werden soll.

Der das Eigenkapital einer Unternehmung vermindernde Verlustvortrag entspricht dem Bilanzverlust des Vorjahres.

Gewöhnliche Geschäftstätigkeit

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit weist eine Zwischensumme aus:

Betriebsergebnis plus Zinserträge minus Zinsaufwand
= Ergebnis vor Berücksichtigung des Steueraufwandes

Investition

Als Investition bezeichnet man die Anschaffung eines Vermögensgegenstandes (zum Beispiel Maschinen). Merkmal einer Investition ist, dass der beschaffte und mit dem Kaufpreis bezahlte Gegenstand dauerhaft beziehungsweise über eine längere Dauer im Unternehmen genutzt werden muss. Büromittel wie Papier, Stifte oder Hilfsstoffe (zum Beispiel Schmierstoffe, Reinigungsmittel) sind dagegen keine Investition, da sie zügig (meist noch im Laufe des Geschäftsjahres) verbraucht werden. Die Auszahlung für eine Investition wird nur in der Liquiditätsplanung ersichtlich. In der GuV werden nur ihre Abschreibungen eingetragen.

Jahresabschluss

Gesetzlich vorgeschriebener Abschluss der Buchführung eines Jahres. Besteht aus Bilanz, GuV sowie bei mittelgroßen und großen Gesellschaften dem Lagebericht.

Kommunaler Verwaltungskontenrahmen (KVKR)

Aus dem Industriekontenrahmen (KVKR) abgeleiteter Kontenrahmen für Hessen, der die Systematik eines kaufmännischen Rechnungswesens mit Spezifika der öffentlichen Verwaltung kombiniert und sowohl betriebswirtschaftliche als auch kamerale Berichtsstrukturen unterstützt.

**Kosten**

Betriebsnotwendige Aufwendungen; bewerteter Verzehr wirtschaftlicher Güter zur Erstellung oder Vertrieb von Produkten oder Dienstleistungen. Der Begriff Kosten umfasst die betrieblichen Aufwendungen (Betriebsaufwand) und enthält zusätzlich die kalkulatorischen Kosten. Beispiele für letzteres sind kalkulatorische Zinsen auf Eigenkapital oder kalkulatorische Abschreibung). Gegensatz: Leistungen

Lagebericht

Er ist Teil des Jahresabschlusses bei mittelgroßen und großen Unternehmungen. Ein Lagebericht soll Geschäftsverlauf, Lage des Betriebes und Risiken der künftigen Entwicklung realistisch darstellen.

Materialaufwand

Der Materialaufwand setzt sich zusammen aus Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren und Aufwendungen für bezogene Leistungen (Fremdleistungen auf die produzierten Erzeugnisse, Fremdreparaturen sowie Strom- und Energielieferungen).

Passiva

Passiva bilden die rechte Seite der Bilanz. Sie umfassen das Eigenkapital (inkl. Rücklagen) sowie Rückstellungen, Verbindlichkeiten und passive Rechnungsabgrenzungsposten. Sie zeigt die Finanzierungsquellen der Vermögensgegenstände auf der Aktivseite an. Die Summe der Passiva in der Bilanz muss immer gleich der Summe der Aktiva sein.

Rechnungsabgrenzung (RAP)

Rechnungsabgrenzungsposten sind ein Instrument zur zeitlichen Abgrenzung und Zurechnung von Erträgen und Aufwendungen. Sie finden sich auf beiden Seiten der Bilanz.

Aktive RAP: Ausgaben vor dem Abschlussstichtag, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Passive RAP: Einnahmen vor dem Abschlussstichtag, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.



Rücklagen

Sind Eigenkapital, das auf der Passivseite der Bilanz verbucht wird. Rücklagen entstehen meist durch Gewinnthesaurierung oder durch Einlagen der Gesellschafter. Offene Rücklagen sind in der Bilanz ausgewiesen. Sie bestehen aus Kapitalrücklagen (Einlagen, Agio auf Aktienemissionen u.a.) sowie den Gewinnrücklagen, die aus Gewinnthesaurierungen entstanden sind. Stille Rücklagen sind als solche nicht in der Bilanz ausgewiesen. Sie werden auch stille Reserven genannt. Sie umfassen unterbewertete Vermögensgegenstände, die aus abgeschriebenen, jedoch noch genutzten Anlagegütern bestehen, oder überbewertete Schulden.

Rückstellungen

Im Gegensatz zu den ähnlich klingenden Rücklagen sind Rückstellungen als Fremdkapital anzusehen. Ein Beispiel sind Pensionsrückstellungen. Sie haben also ihre Ursache in der abgelaufenen Periode, werden jedoch erst in einer künftigen Periode zu Auszahlungen. Zum Beispiel, wenn die jetzt tätigen Beschäftigten den Ruhestand erreichen. Andere Beispiele sind Rückstellungen für künftige Steuerzahlungen, Umweltschäden, Instandhaltung, Gewährleistung sowie Jubiläumsszuwendungen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Sonstige betriebliche Aufwendungen werden als Sammelposten ausgewiesen. Er erfaßt alle Aufwendungen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, soweit sie nicht in gesonderten Posten enthalten sind.

- Vertriebsgemeinkosten
- Produktionsgemeinkosten
- Logistikkosten
- Werbung
- Anlagen-Instandhaltung
- Entwicklungskosten
- Gebäudemieten
- Gebühren (Unternehmensberater, Wirtschaftsprüfer)
- Forderungsausfälle
- Aufwendungen durch Veräußerung von Vermögensgegenständen unterhalb ihres Buchwertes

Sonstige betriebliche Erträge

Sie sind als Sammelposten in GuV nach § 275 HGB ausgewiesen. Er erfasst alle Erträge aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, soweit diese nicht bereits in anderen Ertragspositionen enthalten sind. Beispiele sind Auflösung von Rückstellungen, erhaltener Schadensersatz, Erträge aus Vermietung und Verpachtung oder aus dem Verkauf in der Kantine u.a.m.



Stammkapital

Das Stammkapital oder gezeichnete Kapital stellt das Nominalkapital von Kapitalgesellschaften dar und entspricht in einer Aktiengesellschaft dem Grundkapital. Das gezeichnete Kapital gibt den Betrag an auf den die Haftung der Gesellschafter für die Verbindlichkeiten des Unternehmens gegenüber den Gläubigern beschränkt ist.

Umlaufvermögen

Vermögensgegenstände, die dem Unternehmen nicht längerfristig oder ständig dienen, sondern zum Verkauf oder Verbrauch bestimmt sind. Nach § 266 HGB umfasst das Umlaufvermögen Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände, Wertpapiere sowie Schecks, Kassenbestände u.ä. liquide Bestandteile. Es bildet zusammen mit dem Anlagevermögen die Aktiv-Seite der Bilanz.

Umsatzerlös

Umsatz minus Mehrwertsteuer. Nicht dazu gehören Erlöse aus nicht betriebstypischen Geschäftsfällen.

Verbindlichkeiten

Alle am Bilanzstichtag dem Grunde, der Höhe und der Fälligkeit nach feststehende Verpflichtungen. Sie sind mit dem Rückzahlungsbetrag anzusetzen und gehören zum Fremdkapital.

Vermögensrechnung (Kommunen)

In der Vermögensrechnung (Bilanz) sind das Anlage- und Umlaufvermögen, das Eigenkapital, die Sonderposten, die Schulden und die Rechnungsabgrenzungsposten vollständig aufgeführt. Die Vermögensrechnung ist in die Aktiv- und Passivseite untergliedert und wird stets stichtagsbezogen dargestellt.

Zinsaufwand

Der Zinsaufwand entsteht durch Zinsen für Fremdkapital (Kontokorrentkredite, Darlehen und Hypotheken).



Quellen:

1. Industrie- und Handelskammer Reutlingen, Begriffe aus dem Finanzwesen
2. www.my-career.de - Design and Service © 2002-2005. All Rights Reserved
3. Neues Kommunales Rechnungs- und Steuerungssystem, doppik hessen
4. Cabs. Hilfe-System, © Copyright 1997 Virtual Management GmbH



1. Hessische Gemeindeordnung (HGO)

§ 121 Wirtschaftliche Betätigung

(1) Gemeinde darf sich wirtschaftlich betätigen, wenn

1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Soweit Tätigkeiten vor dem 1. April 2004 ausgeübt wurden, sind sie ohne die in Satz 1 Nr. 3 genannten Einschränkungen zulässig.

(1a) Abweichend von Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Abs. 5 Nr. 1 und § 122 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 dürfen Gemeinden sich ausschließlich auf dem Gebiet der Erzeugung, Speicherung und Einspeisung und des Vertriebs von Strom, Wärme und Gas aus erneuerbaren Energien sowie der Verteilung von elektrischer und thermischer Energie bis zum Hausanschluss wirtschaftlich betätigen, wenn die Betätigung innerhalb des Gemeindegebietes oder im regionalen Umfeld in den Formen interkommunaler Zusammenarbeit erfolgt. Die wirtschaftliche Beteiligung der Einwohner soll ermöglicht werden. Die wirtschaftliche Betätigung nach dieser Vorschrift ist in besonderer Weise dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit zu unterwerfen. Die wirtschaftlichen Ergebnisse dieser Betätigung sind einmal jährlich der Gemeindevertretung vorzulegen.

(1b) Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 1a dienen auch dem Schutz privater Dritter, soweit sie sich entsprechend wirtschaftlich betätigen oder betätigen wollen. Betätigungen nach § 121 Abs. 1 Satz 2 bleiben hiervon unberührt.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung gelten nicht Tätigkeiten

1. zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung sowie
3. zur Deckung des Eigenbedarfs.

Auch diese Unternehmen und Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

(3) Die für das Kommunalrecht zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Unternehmen und Einrichtungen, die Tätigkeiten nach Abs. 2 wahrnehmen und die nach Art und Umfang eine selbstständige Verwaltung und Wirtschaftsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(4) Ist eine Betätigung zulässig, sind verbundene Tätigkeiten, die üblicherweise im Wettbewerb zusammen mit der Haupttätigkeit erbracht werden, ebenfalls zulässig; mit der Ausführung dieser Tätigkeiten sollen private Dritte beauftragt werden, soweit das nicht unwirtschaftlich ist.



Beteiligungsbericht 2014

(5) Die Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes ist zulässig, wenn

1. bei wirtschaftlicher Betätigung die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen und

2. die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei gesetzlich liberalisierten Tätigkeiten gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den maßgeblichen Vorschriften eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen.

(6) Vor der Entscheidung über die Errichtung, Übernahme oder wesentliche Erweiterung von wirtschaftlichen Unternehmen sowie über eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung ist die Gemeindevertretung auf der Grundlage einer Markterkundung umfassend über die Chancen und Risiken der beabsichtigten unternehmerischen Betätigung sowie über deren zu erwartende Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Vor der Befassung in der Gemeindevertretung ist den örtlichen Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern sowie Verbänden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, soweit ihr Geschäftsbereich betroffen ist. Die Stellungnahmen sind der Gemeindevertretung zur Kenntnis zu geben.

(7) Die Gemeinden haben mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt und inwieweit die Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.

(8) Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind so zu führen, dass sie einen Überschuss für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dies mit der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu bringen ist. Die Erträge jedes Unternehmens sollen mindestens so hoch sein, dass

1. alle Aufwendungen und kalkulatorischen Kosten gedeckt werden,

2. die Zuführungen zum Eigenkapital (Rücklagen) ermöglicht werden, die zur Erhaltung des Vermögens des Unternehmens sowie zu seiner technischen und wirtschaftlichen Fortentwicklung notwendig sind und

3. eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erzielt wird.

Lieferungen und Leistungen von anderen Unternehmen und Verwaltungszweigen der Gemeinde an das Unternehmen sowie Lieferungen und Leistungen des Unternehmens an andere Unternehmen und Verwaltungszweige der Gemeinde sind kostendeckend zu vergüten.

(9) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben. Für das öffentliche Sparkassenwesen verbleibt es bei den besonderen Vorschriften.

§ 122 Beteiligung an Gesellschaften

(1) Eine Gemeinde darf eine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 vorliegen,

2. die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist,

3. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält,

4. gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weiter gehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.



Beteiligungsbericht 2014

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nr. 2 bis 4 in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen.

(2) Abs. 1 gilt mit Ausnahme der Vorschriften der Nr. 1 auch für die Gründung einer Gesellschaft, die nicht auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, und für die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft. Darüber hinaus ist die Gründung einer solchen Gesellschaft oder die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft nur zulässig, wenn ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder Beteiligung vorliegt.

(3) Eine Aktiengesellschaft soll die Gemeinde nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt werden kann.

(4) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einer Gesellschaft, so hat sie darauf hinzuwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften

- a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,
- b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zu Grunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,

2. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 121 Abs. 8) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein wirtschaftliches Unternehmen betreibt.

(5) Abs. 1 und 3 gelten entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will.

(6) Die Gemeinde kann einen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftsumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 123 Unterrichts- und Prüfungsrechte

(1) Ist die Gemeinde an einem Unternehmen in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes in der Fassung vom 19. August 1969 (BGBl. I S.1273), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Mai 2010 (BGBl. I S.671), bezeichneten Umfang beteiligt, so hat sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes auszuüben,
 2. darauf hinzuwirken, dass ihr und dem für sie zuständigen überörtlichen Prüfungsorgan die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.
- Die Aufsichtsbehörde kann Ausnahmen zulassen.

(2) Ist eine Beteiligung einer Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde darauf hinwirken, dass ihr in der Satzung oder im Gesellschaftsvertrag die Befugnisse nach den § 53 und 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Beteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist.



§ 123 a Beteiligungsbericht und Offenlegung

(1) Die Gemeinde hat zur Information der Gemeindevertretung und der Öffentlichkeit jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, an denen sie mit mindestens 20 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

(2) Der Beteiligungsbericht soll mindestens Angaben enthalten über

1. den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft, die Kreditaufnahmen, die von der Gemeinde gewährten Sicherheiten,
4. das Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 für das Unternehmen.

Ist eine Gemeinde in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang an einem Unternehmen beteiligt, hat sie darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, eines Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

(3) Der Beteiligungsbericht ist in der Gemeindevertretung in öffentlicher Sitzung zu erörtern. Die Gemeinde hat die Einwohner über das Vorliegen des Beteiligungsberichtes in geeigneter Form zu unterrichten. Die Einwohner sind berechtigt, den Beteiligungsbericht einzusehen.

§ 124 Veräußerung von wirtschaftlichen Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung einer Beteiligung an einer Gesellschaft oder eines wirtschaftlichen Unternehmens sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluss verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn dadurch die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird. Das Gleiche gilt für Einrichtungen im Sinne des § 121 Abs. 2.

(2) Abs. 1 gilt entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden und Gemeindeverbände mit mehr als 50 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, Veräußerungen sowie andere Rechtsgeschäfte im Sinne des Abs. 1 vornehmen will.

§ 125 Vertretung der Gemeinde in Gesellschaften

(1) Der Gemeindevorstand vertritt die Gemeinde in Gesellschaften, die der Gemeinde gehören (Eingengesellschaften) oder an denen die Gemeinde beteiligt ist. Der Bürgermeister vertritt den Gemeindevorstand kraft Amtes; er kann sich durch ein von ihm zu bestimmendes Mitglied des Gemeindevorstandes vertreten lassen. Der Gemeindevorstand kann weitere Vertreter bestellen. Alle Vertreter des Gemeindevorstands sind an die Weisungen des Gemeindevorstands gebunden, soweit nicht Vorschriften des Gesellschaftsrechts dem entgegenstehen. Vorbehaltlich entgegenstehender zwingender Rechtsvorschriften haben sie den Gemeindevorstand über alle wichtigen Angelegenheiten möglichst frühzeitig zu unterrichten und ihm auf Verlangen Auskunft zu erteilen. Die vom Gemeindevorstand bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Verlangen des Gemeindevorstands jederzeit niederzulegen. Sofern Beamte der Gemeinde von den Gesellschaften für ihre Tätigkeit eine finanzielle Gegenleistung erhalten, zählt diese zu den abführungspflichtigen Nebentätigkeitsvergütungen im Sinne von § 2 der



Beteiligungsbericht 2014

Nebentätigkeitsverordnung in der Fassung vom 21. September 1976 (GVBl. I S. 403), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. November 1998 (GVBl. I S. 492).

(2) Abs.1 gilt entsprechend, wenn der Gemeinde das Recht eingeräumt ist, in den Vorstand, den Aufsichtsrat oder ein gleichartiges Organ einer Gesellschaft Mitglieder zu entsenden. Der Bürgermeister oder das von ihm bestimmte Mitglied des Gemeindevorstands führt in den Gesellschaftsorganen den Vorsitz, wenn die Gesellschaft der Gemeinde gehört oder die Gemeinde an ihr mehrheitlich beteiligt ist. Die Mitgliedschaft gemeindlicher Vertreter endet mit ihrem Ausscheiden aus dem hauptamtlichen oder ehrenamtlichen Dienst der Gemeinde. Dies gilt nicht, wenn weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. Die Mitgliedschaft gemeindlicher Vertreter endet mit ihrem Ausscheiden aus dem hauptamtlichen oder ehrenamtlichen Dienst der Gemeinde.

(3) Werden Vertreter der Gemeinde aus ihrer Tätigkeit bei einer Gesellschaft haftbar gemacht, so hat ihnen die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass sie ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt haben. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadenersatzpflichtig, wenn die Vertreter der Gemeinde nach Weisung gehandelt haben.

§ 126 Beteiligung an einer anderen privatrechtlichen Vereinigung

Die Vorschriften des § 122 Abs. 1 und 2 mit Ausnahme des Abs. 1 Satz 1 Nr. 4, der §§ 124 und 125 gelten auch für andere Vereinigungen in einer Rechtsform des privaten Rechts. Für die Mitgliedschaft in kommunalen Interessenverbänden gelten nur die Vorschriften des § 125.

§ 126 a Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts

(1) Die Gemeinde kann Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umwandeln. § 122 Abs. 1 Nr. 1 gilt entsprechend.

(2) Die Gemeinde regelt die Rechtsverhältnisse der Anstalt durch eine Satzung. Diese muss Bestimmungen über den Namen und die Aufgaben der Anstalt, die Zahl der Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrates, die Höhe des Stammkapitals, die Wirtschaftsführung, die Vermögensverwaltung und die Rechnungslegung enthalten. Die Gemeinde hat die Satzung und deren Änderungen be-
kannt zu machen. § 127a gilt entsprechend.

(3) Die Gemeinde kann der Anstalt einzelne oder alle mit einem bestimmten Zweck zusammenhängende Aufgaben ganz oder teilweise übertragen. Sie kann zugunsten der Anstalt unter der Voraussetzung des § 19 Abs. 2 durch Satzung einen Anschluss- und Benutzungszwang vorschreiben und der Anstalt das Recht einräumen, an ihrer Stelle Satzungen für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen; § 5 gilt entsprechend. Die Anstalt kann sich nach Maßgabe der Satzung an anderen Unternehmen beteiligen, wenn der öffentliche Zweck der Anstalt dies rechtfertigt. Die §§ 123a und 125 gelten entsprechend.

(4) Die Gemeinde haftet für die Verbindlichkeiten der Anstalt unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist (Gewährträgerschaft). Rechtsgeschäfte im Sinne des § 104 dürfen von der Anstalt nicht getätigt werden.

(5) Die Anstalt wird von einem Vorstand in eigener Verantwortung geleitet, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Gemeinde etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt nach außen.

(6) Die Geschäftsführung des Vorstands wird von einem Verwaltungsrat überwacht. Der Verwaltungsrat bestellt den Vorstand auf höchstens 5 Jahre; eine erneute Bestellung ist zulässig. Er entscheidet außerdem über:

1. den Erlass von Satzungen nach Abs. 3 Satz 2,



Beteiligungsbericht 2014

2. die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Jahresabschlusses,
3. die Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte für die Leistungsnehmer,
4. die Bestellung des Abschlussprüfers,
5. die Ergebnisverwendung,
6. die Beteiligung oder die Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen.

Der Verwaltungsrat berät und beschließt in öffentlicher Sitzung. Dem Verwaltungsrat obliegt außerdem die Entscheidung in den durch die Satzung der Gemeinde bestimmten Angelegenheiten der Anstalt. Entscheidungen nach Satz 3 Nr. 1 bedürfen der Zustimmung der Gemeindevertretung. Die Satzung im Sinne von Abs. 2 Satz 1 kann vorsehen, dass die Gemeindevertretung dem Verwaltungsrat in bestimmten Fällen Weisungen erteilen kann oder bei Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung die Zustimmung der Gemeindevertretung erforderlich ist.

(7) Der Verwaltungsrat besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und den übrigen Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Bürgermeister. Soweit Beigeordnete mit eigenem Geschäftsbereich bestellt sind, führt derjenige Beigeordnete den Vorsitz, zu dessen Geschäftsbereich die der Anstalt übertragenen Aufgaben gehören. Sind die übertragenen Aufgaben mehreren Geschäftsbereichen zuzuordnen, so entscheidet der Bürgermeister über den Vorsitz. Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats werden von der Gemeindevertretung für die Dauer von 5 Jahren gewählt. Die Amtszeit von Mitgliedern des Verwaltungsrats, die der Gemeindevertretung angehören, endet mit dem Ende der Wahlzeit oder dem vorzeitigen Ausscheiden aus der Gemeindevertretung. Die Mitglieder des Verwaltungsrats üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus. Mitglieder des Verwaltungsrats können nicht sein:

1. Bedienstete der Anstalt,
2. Bedienstete der Aufsichtsbehörde, die unmittelbar mit Aufgaben der Aufsicht über die Anstalt befasst sind.

(8) Der Anstalt kann durch Satzung die Dienstherrnfähigkeit verliehen werden. Die Satzung bedarf insoweit der Genehmigung der obersten Aufsichtsbehörde. Wird die Anstalt aufgelöst, hat die Gemeinde die Beamten und die Versorgungsempfänger zu übernehmen.

(9) Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Anstalt gelten die Bestimmungen des Sechsten Teils und die dazu ergangenen Durchführungsbestimmungen (§ 154 Abs. 3 und 4) entsprechend. Der Haushalt der Anstalt muss in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Kredite der Anstalt bedürfen entsprechend den §§ 103 und 105 der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Ist die Anstalt überwiegend wirtschaftlich tätig, so kann sie in ihrer Satzung bestimmen, für die Wirtschafts- und Haushaltsführung die Vorschriften über die Eigenbetriebe sinngemäß anzuwenden. Das für die Gemeinde zuständige Rechnungsprüfungsamt prüft den Jahresabschluss und den Lagebericht der Anstalt. Das Rechnungsprüfungsamt hat das Recht, sich zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach § 131 Abs. 1 auftreten, unmittelbar zu unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und Schriften der Anstalt einzusehen.

(10) § 14 Abs. 2, § 25 sowie die Bestimmungen des Sechsten Teils über die Gemeindegewirtschaft und die des Siebenten Teils über die staatliche Aufsicht sind auf die Anstalt sinngemäß anzuwenden.

(11) Die Anstalt ist zur Vollstreckung von Verwaltungsakten in demselben Umfang berechtigt wie die Gemeinde, wenn sie aufgrund einer Aufgabenübertragung nach Abs. 3 hoheitliche Befugnisse ausübt und bei der Aufgabenübertragung nichts Abweichendes geregelt wird.

(12) Abs. 1 bis 11 finden auf Anstalten des öffentlichen Rechts nach § 2c des Hessischen OFFENSIV-Gesetzes vom 20. Dezember 2004 (GVBl. I S. 488), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Juni 2011 (GVBl. I S. 302), keine Anwendung.



§ 127 Eigenbetriebe

(1) Die Wirtschaftsführung, Vermögensverwaltung und Rechnungslegung der wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe) sind so einzurichten, dass sie eine vom übrigen Gemeindevermögen abgesonderte Betrachtung der Verwaltung und des Ergebnisses ermöglichen.

(2) In den Angelegenheiten des Eigenbetriebs ist der Betriebsleitung eine ausreichende Selbstständigkeit der Entschließung einzuräumen.

(3) Die näheren Vorschriften über die Verfassung, Verwaltung und Wirtschaftsführung einschließlich des Rechnungswesens der Eigenbetriebe bleiben einem besonderen Gesetz vorbehalten.

§ 127 a Anzeige

(1) Entscheidungen der Gemeinde über

1. die Errichtung, die Übernahme oder die wesentliche Erweiterung eines wirtschaftlichen Unternehmens,

2. die Gründung einer Gesellschaft, die erstmalige Beteiligung an einer Gesellschaft sowie die wesentliche Erhöhung einer Beteiligung an einer Gesellschaft,

3. den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Genossenschaft,

4. Rechtsgeschäfte im Sinne des § 124 Abs. 1

sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens sechs Wochen vor Beginn des Vollzugs, schriftlich anzuzeigen. Aus der Anzeige muss zu ersehen sein, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

(2) Abs. 1 gilt für Entscheidungen über mittelbare Beteiligungen im Sinne von § 122 Abs. 5 entsprechend.

§ 127 b Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung

Bei Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, dürfen der Anschluss und die Belieferung nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch andere Leistungen oder Lieferungen abgenommen werden.



2. Haushaltsgrundsätzegesetz

§ 53 Rechte gegenüber privatrechtlichen Unternehmen

(1) Gehört einer Gebietskörperschaft die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts oder gehört ihr mindestens der vierte Teil der Anteile und steht ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile zu, so kann sie verlangen, dass das Unternehmen

1. im Rahmen der Abschlussprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung prüfen lässt;
2. die Abschlussprüfer beauftragt, in ihrem Bericht auch darzustellen

a) die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,

b) verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,

c) die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages;

3. ihr den Prüfungsbericht der Abschlussprüfer und, wenn das Unternehmen einen Konzernabschluss aufzustellen hat, auch den Prüfungsbericht der Konzernabschlussprüfer unverzüglich nach Eingang übersendet.

(2) Für die Anwendung des Absatzes 1 rechnen als Anteile der Gebietskörperschaft auch Anteile, die einem Sondervermögen der Gebietskörperschaft gehören. Als Anteile der Gebietskörperschaft gelten ferner Anteile, die Unternehmen gehören, bei denen die Rechte aus Absatz 1 der Gebietskörperschaft zustehen.

§ 54 Unterrichtung der Rechnungsprüfungsbehörde

(1) In den Fällen des § 53 kann in der Satzung (im Gesellschaftsvertrag) mit Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals bestimmt werden, dass sich die Rechnungsprüfungsbehörde der Gebietskörperschaft zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach § 44 auftreten, unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen kann.

(2) Ein vor dem In-Kraft-Treten dieses Gesetzes begründetes Recht der Rechnungsprüfungsbehörde auf unmittelbare Unterrichtung bleibt unberührt.



Impressum

<u>Herausgeber:</u>	Magistrat der Stadt Wetzlar Ernst-Leitz-Str. 30 35578 Wetzlar Tel.: 06441/99 – 0 Internet: www.wetzlar.de
<u>Auflage:</u>	150 Exemplare
<u>Redaktion:</u>	Mitarbeiter folgender Ämter: Amt für Informationstechnik Rechtsamt Rechnungsprüfungsamt Kämmerei
<u>Koordination:</u>	Kämmerei Tel.: 06441 - 992020 Fax: 06441 – 992024 E-Mail: kaemmerei@wetzlar.de
<u>Druck:</u>	Hausdruckerei der Stadt Wetzlar